

# Die Politische Meinung



## EUROPA

---

Worum es bei der Wahl geht

**ZUM SCHWERPUNKT** Joseph Daul, Die EVP vor der Europawahl;  
Karl-Rudolf Korte/Stefan Thierse, Deutsche Parteien im Europawahlkampf;  
Herbert Reul, Über die Gurkenkrümmung; Margret Wintermantel, Studieren in Europa  
**STIMMEN AUS DER UKRAINE** Julia Timoschenko; Vitali Klitschko  
**IMPULSE** Peter Tauber, Über die Zukunft der CDU als Volkspartei  
**FOTOSTRECKE** Valerio Vincenzo, Grenzen werden zu Wegen

9 €, Nr. 524, Januar/Februar 2014, 59. Jahrgang, ISSN 0032-3446, [www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)





„Ich weiß, dass man der Europäischen Union in einigen Mitgliedsländern mit großer Skepsis gegenübersteht. In der Ukraine jedoch, wo der Rechtsstaat ein Spielzeug des Präsidenten ist, wo Oppositionspolitiker aufgrund unsinniger Beschuldigungen ins Gefängnis oder ins Exil geschickt werden und wo Privatpersonen ihr Eigentum ohne Rückgriffsmöglichkeit auf den Rechtsweg weggenommen werden kann, bedeutet die Erfüllung europäischer Normen die Verankerung unserer Freiheit in einer soliden Grundlage, die kein Einzelner zerstören kann. Für uns bedeutet das vereinte Europa ganz einfach das, was es für alle Europäer in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutet hat: die Möglichkeit, die Diktatur, die staatliche Kontrolle der Wirtschaft und willkürliche Regeln hinter sich zu lassen.“

*Julia Timoschenko, Vorsitzende der Partei  
„Batkivschtschyna“ („Vaterland“), Ukraine*

# Editorial

---

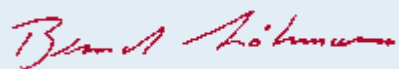
Bernd Löhmann, Chefredakteur

Schon wieder wählen? Kaum haben sich Wähler und Gewählte leidlich an die neuen politischen Konstellationen nach der Bundestagswahl gewöhnt, da steht der nächste Urnengang bevor – die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai. Es dürfte nicht leichtfallen, die durch Bundestagswahlkampf und Koalitionsverhandlungen beanspruchten Deutschen erneut zur Stimmabgabe zu motivieren, zumal sie sich zunehmend unbeeindruckt von Europawahlkämpfen gezeigt haben: 2009 gingen nur noch 43 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen. Was die Beteiligung betrifft, werden wohl auch in diesem Mai keine Blümenträume wachsen. Schließlich herrscht, noch bevor das „größte transnationale Demokratiefest“ (José Manuel Barroso) steigt, Katerstimmung wegen der europäischen Schuldenkrise.

Kurzschlüssig wäre es in dieser Situation, die Bedeutung des Wahlakts zu überhöhen und ihn zu einer europäischen Schicksalswahl auszurufen. Eher ist Zurückhaltung angeraten. Nicht allein, weil Übertreibungen den euro- und europaphoben Gruppierungen, die die Wahl als Referendum über die Zukunft des Euro und Europas verkaufen wollen, in die Hände spielte. Überhaupt hat übersteigerte Europarhetorik wenig Überzeugungskraft. Die Bürger, gerade die jüngeren, sind nicht weniger europäisch gesinnt als vor Jahrzehnten, aber sie sind nüchterne Europäer – und das nicht nur wegen der Krise.

Für immer mehr Menschen hat die Europäische Union alltäglichen Charakter. Wie selbstverständlich nehmen sie – etwa beim ERASMUS-Programm – ihre Chancen europäisch wahr. Ihnen muss nicht unmittelbar einleuchten, wieso sie ihre Zustimmung zur europäischen Idee obendrein durch eine Stimmabgabe manifestieren sollen. Auch sagt ihnen ihre Grunderfahrung zu Recht, dass am 25. Mai weder der Euro noch Europa auf dem Spiel stehen. Trotzdem ist die Wahlbeteiligung wichtig. Aber das sollte über die Themen vermittelt werden, die auf europäischer Ebene auszuhandeln sind und die durchaus zukunftsweisende Bedeutung haben. An ihnen erweist sich, worum es bei der Wahl geht.

Die Fotostrecke dieser Ausgabe dokumentiert, dass europäische Grenzen zu Wegen geworden sind. Die Bilder spiegeln die unspektakuläre Normalität des heutigen Mit- und Nebeneinanders wider, die umso ergreifender ist, je mehr man sich die einstige Bedeutung der Grenzen ins Bewusstsein ruft. Gerade im 100. Jahr nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs besitzt diese unvollkommene und unvollendete Alltäglichkeit ein eigenes Pathos. Immerhin ist es für viele Bürger der Ukraine mitreißend genug, um Teilhabe an diesem Projekt zu fordern, das aber das genaue Gegenteil von gewaltsamer Eskalation beinhaltet.



## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## Europa – worum es bei der Wahl geht

### 12 EIN „SPUTNIK-MOMENT“

Elmar Brok

Die Europäische Sicherheit und der NSA-Skandal

### 16 ÜBER DIE GURKENKRÜMMUNG

Herbert Reul

Die Europäische Union und die Bürger

### 20 GRUNDSÄTZLICH DAFÜR

Thomas Petersen

Was die Deutschen über Europa denken

### 28 INTERVIEW: „EINE ENTSCHEIDUNG FÜR EUROPA“

David McAllister

David McAllister über europapolitische Ambitionen und Impulse

### 38 FLUCHTPUNKT EUROPA

Rupert Neudeck

Wie der Not von Migranten begegnet werden kann

### 43 FÜR EINE ETWAS BESSERE WELT

Karl Lamers

Warum man die Europäische Union trotz Krise wollen muss

### 49 WEGWEISER FÜR DEN EURO

Nicolaus Heinen

Wie das Vertrauen in die gemeinsame Währung gestärkt werden kann

### 54 SPOTLIGHTS EUROPA WÄHLT

Stimmungsberichte aus fünf Ländern

### 62 EUROPAS MEHRWERT

Klaus Welle

Was es uns kostet, wenn wir nicht europäisch handeln

### 65 KEIN PARLAMENT ZWEITEN RANGES

Hans-Gert Pöttering

Die demokratische Qualität Europas

### 71 STUDIEREN IN EUROPA

Margret Wintermantel

Auslandserfahrungen bereichern die persönliche und berufliche Entwicklung

### 81 WAS TUN GEGEN NEIN-SAGER?

Nico Lange

Über den Umgang mit anti-europäischen Protestparteien

### 86 DIE EUROPÄISCHE AUFSTELLUNG

Joseph Daul

Die Europäische Volkspartei vor der Europawahl

### 90 DIE „HUNDERT ITALIEN“

Christiane Liermann Traniello

Was Italien für Europa fernab aktueller Wirren bedeutet

## Kommentiert

- 34 **DER EUROPÄISCHE KITT HAT GEHALTEN**  
Florian Eder  
Die Wirtschaft der Krisenländer entwickelt sich positiv, aber Struktur-reformen bleiben notwendig
- 75 **MIT ANGEZOGENER HANDBREMSE?**  
Karl-Rudolf Korte, Stefan Thierse  
Deutsche Parteien im Europawahlkampf

## Stimmen aus der Ukraine

- 95 **„HALTET UNS DEN WEG NACH EUROPA FREI!“**  
Julia Timoschenko  
Ein flammender Appell aus der Gefangenschaft
- 101 **AM SCHEIDEWEG ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR**  
Vitali Klitschko  
Ein Zuruf vom Euromaidan
- 104 **PRESSE UND PROTEST**  
Sonja Koschkina  
Über die politische Rolle und Gefährdung ukrainischer Journalisten

## Impulse

- 108 **„MIT ZUVERSICHT“**  
Peter Tauber  
Über die Zukunft der CDU als Volkspartei
- 112 **ZUERST DIE BARMHERZIGKEIT**  
Rainer Bucher  
Programmatisch Neues im Pontifikat des Franziskus

## Gelesen

- 116 **KONVERGENZ UND KRISE**  
Jürgen Nielsen-Sikora  
Zur Diskussion über die Wirkung des Euro
- 120 **SOLIDARISCH, FREI, „RHEINISCH KAPITALISTISCH“**  
Stefan Fuchs  
Über Fundamente und Reformdiskurse des Sozialstaates

## Aus der Stiftung

- 124 **INFORMIEREN UND WERBEN**  
Stefan Friedrich  
Die Aktivitäten der KAS im Vorfeld der Europawahlen
- 126 **FUNDSTÜCK**



Lettland

Estland

## Fotostrecke: Grenzen werden zu Wegen

Die Fotos sind Teil der Serie „Borderlines“ von Valerio Vincenzo. Sie zeigen die oft kaum mehr wahrnehmbaren Ländergrenzen in Europa. Bei dem Covermotiv handelt es sich um die Grenze zwischen Lettland und Estland.

Europa

—

Worum  
es bei der  
Wahl geht





Deutschland

Polen





Frankreich

Deutschland



Ungarn

Österreich



Deutschland

Tschechien





Belgien

Niederlande





Frankreich

Italien

# Ein „Sputnik-Moment“

---

Die Europäische Sicherheit und der NSA-Skandal

## ELMAR BROK

Geboren 1946 in Verl, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

Die Rolle der Nachrichtendienste hat sich im Zeitalter intensiver Nutzung immer komplexer werdender Kommunikationsmittel und gleichermaßen wachsender Risiken für die innen- und außenpolitische Sicherheit gründlich ge-

wandelt. Ebenso ist seit der Erfindung des Internet der Umgang der Bürger mit ihren Daten freizügiger geworden: Seit Jahren speisen wir unsere Daten durch die Nutzung digitaler Medien in das gigantische System des World Wide Web ein, die mit unserem Wissen von Unternehmen für eine gezieltere Werbung verwendet werden. Gleichzeitig ist das internationale Bewusstsein für transnationale Bedrohungen wie Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Organisierte Kriminalität oder *Cyberwar* gewachsen, was die Aufmerksamkeit nationaler Sicherheitsbehörden zunehmend auf die Entwicklung von digitalen Technologien und Kommunikationswegen lenkt. Dies geschieht in den westlichen Demokratien zum Schutz der Bürger. In den vergangenen Monaten ist jedoch ans Licht gekommen, in welchem ungeheuren Ausmaß der US-amerikanische Geheimdienst NSA Daten sammelt und bearbeitet. Zu Recht herrscht bei den EU-Bürgern Wut darüber, wie einfach und

ohne Rücksicht auf die Privatsphäre Mobiltelefone, E-Mails, soziale Netzwerke und genutzte Internetseiten ausgespäht werden können. Das Verhältnis zwischen der Gewährleistung nationaler Sicherheit und Angreifbarkeit der Privatsphäre der Bürger ist offenbar aus den Fugen geraten und ist kritisch zu hinterfragen. Es gilt, einen differenzierten Dialog über das Geschehene und dessen Auswirkungen auf Gesellschaft und Rechtsrahmen im Sinne eines verbesserten Datenschutzes und stabiler Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA zu führen.

## **ES BEGANN IN VENEDIG**

Überwachung und Spionage existieren, seitdem es gesellschaftliche und politische Macht gibt. Vor der Entstehung des institutionellen Flächenstaats im 16. und 17. Jahrhundert belauerten sich die Anführer der größeren Personenverbände gegenseitig. Es war die Seerepublik Venedig, die damit begann, systematisch Wissen zu sammeln und das Wissen zu archivieren. Jedoch blieb diese Art der Spionage lange Zeit auf diejenigen beschränkt, die Ambitionen auf eine Machtposition hegten und die dem Machthaber deshalb gefährlich werden konnten. Das einfache Volk war von der Überwachung bis zur Französischen Revolution ausgenommen. Seit dieser Zeit hielten es Staatsmänner wie Talleyrand für relevant, die Stimmung der Bürger und deren Loyalität gegenüber dem Staat in Erfahrung zu bringen. Während demokratische Staaten aber in späteren Jahren auf interne Transparenz und gegenseitige Kontrolle innerhalb des staatlichen Systems setzten und das Motiv ihrer Überwachungsaktivitäten auf den Schutz der außen-, innen- und sicherheitspolitischen Stabilität verlagerten, sahen autoritäre und diktatorische Systeme die Bedrohung in der politischen Meinung ihres Volkes und entwickelten sich zu Überwachungsstaaten. Anschaulich wurde eine solche Überwachungs-maschinerie in der DDR: Das Ministerium für Staatssicherheit beschäftigte 1989 rund 280.000 Menschen, davon 91.000 hauptamtliche und 189.000 inoffizielle Mitarbeiter, die sich auf die Überwachung von nur siebzehn Millionen Bürger konzentrierten.

## **SNOWDEN ENTHÜLLT KEINE AKTIVITÄTEN CHINAS UND RUSSLANDS**

Zugleich sind auch die Spionagemethoden und -instrumente über die Jahrzehnte und mit einer wachsenden Menge an zu verarbeitenden Informationen immer komplexer und moderner geworden. Wo vor dreißig Jahren noch – wie bei der Watergate-Affäre – mit Wanzen gearbeitet wurde, greifen Geheimdienste heutzutage vermehrt auf digitale Daten zu, die in massivem Umfang

zusammengetragen, gespeichert und analysiert werden. Diese Methoden der Dienste müssen jedoch in einer Demokratie darauf beschränkt sein, präventiv gegen sicherheitspolitische Bedrohungen vorzugehen und ausschließlich in Fällen begründeter Verdachtsmomente auf kriminelle Aktivität in die Privatsphäre eindringen zu dürfen. Es ist nicht akzeptabel, dass Bürger wahllos ausgespäht werden – schon die Systemlogik repräsentativer, liberaler Demokratien spricht dagegen. Die Ausspähung der Meinungen individueller Personen ist kein legitimes politisches Mittel. Es ist insofern kein Zufall, dass jetzt infolge von Edward Snowdens Enthüllungen intensive öffentliche und parlamentarische Debatten über das Verhältnis und die notwendige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit sowie Sicherheit und dem Recht auf Privatsphäre sowohl in der EU als auch in den Vereinigten Staaten geführt werden. Es ist aber sicherlich auch kein Zufall, dass aus den Tausenden von Dokumenten, die Snowden mitgenommen hat, keine Information über Geheimdienstaktivitäten in China und Russland – Ländern, die Snowden Schutz gewährten – offenbar geworden ist. Weder China noch Russland hätten eine solche öffentliche Debatte toleriert und ausgehalten. Sicher ist jedoch, dass diese autoritär regierten Staaten digitale Technologien zu Spionagezwecken benutzen.

Das alles rechtfertigt nicht die Tatsache, dass der amerikanische Geheimdienst jahrelang EU-Institutionen, Politiker und selbst unbescholtene Bürger ausgespäht hat. Entsprechend groß ist die Empörung darüber, die nicht zuletzt daraus resultiert, dass die Europäer ein solches Verhalten durchaus von Russland oder China, nicht aber von ihren transatlantischen Freunden erwartet hätten. Das lässt den Vertrauensbruch umso schwerer wiegen. Da eine enge EU-US-Kooperation für Europa sowie Amerika essenziell, in manchen Bereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Verteidigung, Terrorbekämpfung und Wirtschaft sogar lebenswichtig ist, müssen sich beide Seiten unverzüglich dafür einsetzen, das beschädigte Vertrauen schnellstmöglich wiederherzustellen.

## **ERWARTUNGEN GEGENÜBER DEN USA**

Während die Arbeit und Kooperation der Geheimdienste in den Kompetenzbereich der EU-Mitgliedsstaaten fällt, liegen Fragen des Datenschutzes in der Verantwortung der EU. Deswegen war ich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments seit den ersten Snowden-Enthüllungen im Juni 2013 im intensiven Kontakt mit amerikanischen Partnern darum bemüht, ihnen klarzumachen, wie dringend es erforderlich ist, Lösungen zu finden, die die Datenschutzrechte der EU-Bürger auf der gleichen Ebene ansiedeln wie jene der US-Bürger. Ebenso muss die amerikanische Seite in Zusammenhang mit internen Reformen garantieren, dass das Sammeln und



Bearbeiten der Daten von EU-Bürgern auf Fälle mit begründetem Straftatverdacht eingeschränkt wird. Die Europäische Kommission hat gegenüber Washington die gleichen Signale gesetzt. Ebenso hat die EU klargestellt, dass das TTIP – das transatlantische Handelsabkommen von enormer geostrategischer wie wirtschaftlicher Bedeutung, über das seit diesem Sommer verhandelt wird – nur Aussicht auf Ratifizierung hat, wenn es gelingt, durch Lösungen auf dem Gebiet des Datenschutzes beschädigtes Vertrauen wiederherzustellen.

Infolge dieser Kommunikation haben der Kongress sowie die amerikanische Regierung ermutigende Schritte unternommen, die signalisieren, dass der Ernst der Lage in Washington erkannt wurde. Von besonderer Bedeutung ist die in einer gemeinsamen Presseerklärung mit der EU-Kommission Mitte November 2013 veröffentlichte Verpflichtung von US-Justizminister Eric Holder, die laufenden Verhandlungen für ein EU-USA-Datenschutz-Rahmenabkommen vor Sommer 2014 abzuschließen und in diesem Zusammenhang eine Lösung für Rechte der EU-Bürger, ihren Zugang zu US-Gerichten eingeschlossen, zu finden. Die Europäische Kommission hat vor Kurzem weitere Punkte benannt, die auf US-Seite – insbesondere in Bezug auf die Erhaltung der „Safe Harbour“-Entscheidung, die Datentransfer zwischen der EU und den USA ermöglicht – dringend optimiert werden müssen.

## EIN WECKRUF FÜR EUROPA

Die EU muss weiterhin geschlossen notwendige Reformen auf der US-Seite einfordern und eine neue Balance zwischen Sicherheit und Datenschutz im transatlantischen Verhältnis sowie im globalen Kontext mitentwickeln. Wichtige Verbündete sind amerikanische IT-Firmen geworden, die verstanden haben, dass sie ohne Stärkung des Vertrauens im transatlantischen Datenfluss riskieren, ihre Kunden zu verlieren. So haben Firmen wie Google, Facebook, Microsoft oder Yahoo Anfang Dezember 2013 einen entsprechenden Aufruf veröffentlicht, der auf Prinzipien drängt, die die Möglichkeiten der Regierungen, private Daten zu Zwecken der nationalen Sicherheit zu sammeln, beschränken würden.

Nicht zuletzt sollten die Snowden-Enthüllungen für die Europäer ein ernsthafter Weckruf sein: Sie haben gezeigt, wie wenig wir technologisch imstande sind, unsere Schlüsselnetzwerke gegen Cyber-Eindringlinge von außen zu schützen, europäische IT-Technologie auf dem Markt durchzusetzen oder eigene sichere Clouds zu betreiben. So ist jetzt – in Deutschland und auch in der EU – der aktuelle Abhörskandal als ein „Sputnik-Moment“ zu begreifen, der eine Initialzündung dafür sein kann, öffentliche und auch private Investitionen in die lebenswichtige Stärkung der technologischen Fähigkeiten Europas anzustoßen.

# Über die Gurkenkrümmung

—  
Die Europäische Union und die Bürger

## HERBERT REUL

Geboren 1952 in Langenfeld,  
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe  
im Europäischen Parlament.

Glühbirne, Gurkenkrümmung, Staubsauger. Diese Stichworte genügen, um Vorurteile gegen „Brüssel“ und die „Eurokraten“ zu wecken. Die europäischen Regelungen haben Schlag-

zeilen gemacht. Sie beeinflussen das öffentliche Meinungsbild von der Europäischen Union und ihren Vertretern und Institutionen alles andere als positiv. Diese Aufzählung eurobürokratischer Übertreibungen ließe sich problemlos fortführen: Klospülung, Duschkopf, Ölkännchen, Traktorsessel und vieles mehr. Nicht nur in britischen und deutschen Boulevardmedien herrscht diebische Freude, wenn EU-Beamte wieder einmal zu kleinteilig reguliert haben. Auch die versammelten Europaskeptiker, von ganz links bis rechts außen, sind beglückt. Die Öffentlichkeit nimmt diese Regulierungen wahr – nicht jedoch die meist sinnvolle, aber nur schwer zu fassende EU-Gesetzgebung.

So überflüssig die Regulierungen auf den ersten Blick erscheinen, so überzeugend sind sie nach Meinung mancher Experten. Aus technisch-

fachlicher Sicht gibt es meist einige gute Gründe, die für solch eine EU-Regulierung sprechen. Nur ganz selten sind sie so schwachsinnig wie das 2013 zwischenzeitlich angedachte „Ölkännchen-Verbot“. Vordergründig wurden Lebensmittelsicherheit und Qualität als Argumente angeführt. Der Schutz der Bürger vor gepanschem und minderwertigem Olivenöl müsse gewährleistet werden – deshalb sollten in der gesamten EU nur noch versiegelte Ölfäschchen auf Restauranttischen stehen. Wie sich herausstellte, ging es in Wirklichkeit um neue Absatzmöglichkeiten für die südeuropäische Olivenölindustrie, deren Lobbyisten die entscheidenden Impulse gegeben hatten. Kaum wurden die Pläne öffentlich, waren sie auch schon wieder begraben. Was Spanien allerdings nicht davon abhält, das Verbot trotzdem national einzuführen. Schwieriger wird es, wenn es auch gute Gründe für neue Regulierung gibt.

## LEGENDÄRE VERORDNUNGEN

Die berühmte „Gurkenkrümmungsverordnung“, die von 1988 bis 2009 in Kraft und rechtlich bindend gewesen ist, ist ein Beispiel dafür. Die „Verordnung Nr. 1677/88/EWG zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken“ führte drei Qualitätsklassen von Gurken ein. Für Gewicht, Länge, Durchmesser und Krümmung wurden Mindestmaße festgelegt, damit Händler und Bauern vergleichbare Produkte für Transport und Verkauf hatten. Alle fachlich Beteiligten fanden die Regelung sinnvoll, bis die Öffentlichkeit Wind davon bekam. Dass „die EU“ die Gurkenkrümmung bürokratisch reguliert, war seitdem das Beispiel für überflüssige EU-Regulierung schlechthin. Vor allem aufgrund ihres Symbolwerts wurde sie schließlich 2009 zusammen mit zahlreichen anderen Obst- und Gemüsenormen abgeschafft. Bauern und Händler nutzen die für sie hilfreichen Kriterien allerdings weiter – im Rahmen einer Selbstverpflichtung.

Ein anderes Beispiel: die Glühbirne. Durch die sogenannte „Öko-design-Richtlinie“ wurde die Kommission 2005 ermächtigt, „Regelungen für die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte festzulegen, die ein erhebliches Vertriebs- und Handelsvolumen, erhebliche Umweltauswirkung und ein erhebliches Potenzial für die Verbesserung ihrer Umweltauswirkung ohne übermäßig hohe Kosten aufweisen“, zu erlassen. Das ökologische Argument gab der Kommission die Möglichkeit, die über ein Jahrhundert lang bewährte Glühbirne zu verbieten. Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel hat damals den Anstoß gegeben. Sein Vorschlag stieß auf viel Gegenliebe. Nicht nur Umweltverbände jubelten über so viel Bewusstsein für Energieeinsparung und Klimaschutz, sondern auch die Glühbirnen-Industrie freute sich. Damit mussten ihre Neuentwicklungen, ob ausgereift oder nicht, gekauft werden. Mit den herkömmlichen und günstigen Glühbirnen gab es zwar stabile, aber mäßige Einnahmen. Mit dem Verbot änderte sich das.

Auf einmal war ein Markt für Energiesparlampen geschaffen. Was nicht beachtet wurde: Im Gegensatz zu Glühbirnen enthalten sie hochgiftiges Quecksilber. Gegenwehr gegen diese „Umwelt-Industrie-Allianz“ war damals aussichtslos. Inzwischen dürfen keine neuen herkömmlichen Glühbirnen in Europa mehr produziert werden, und statt harmloser Glühbirnen hängen nun quecksilberhaltige Energiesparlampen in den meisten Haushalten – leuchtende Symbole der EU-Regelungswut. Und das war erst der Anfang.

## **EIN FEST FÜR BÜROKRATEN**

Zuletzt machte das Verbot von leistungsstarken und damit energieintensiven Staubsaugern Schlagzeilen. Denn die Ökodesign-Richtlinie ist weiterhin in Kraft, und die Kommission kann sehr frei weiterhin Produkte im Sinne des Klimaschutzes regulieren. Aktuell prüft die Kommission sogar eine Ausweitung dieser Richtlinie auf nicht Energie verbrauchende Produkte. Der „Lebenszyklus“ von Produkten ist hier das Stichwort. Dann könnten auch die ökologischen Kosten der Produktion und des Transportes in einer nie gekannten Regulierungswelle einbezogen werden. Ein Fest für Bürokraten!

Der Weg, den die EU hier eingeschlagen hat und dessen Ende bislang noch nicht absehbar ist, ist gefährlich und falsch. Mit jeder weiteren kleinteiligen Regulierung zementiert die EU vorhandene Vorurteile gegenüber „Brüsseler Bürokraten“.

Dabei brauchen wir Europa so dringend wie nie zuvor. Denn es gibt unzählige Gründe, warum die Europäische Union für ihre über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger notwendig ist. Die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise lähmt weiterhin große Teile des Kontinents. Die Rahmenbedingungen für die europäische Wirtschaft sind im Vergleich zu den weltweiten Konkurrenten nicht einfach. Die europäischen Energiepreise zählen zu den höchsten überhaupt. Rohstoffreich ist Europa im Vergleich zu vielen anderen Teilen der Welt nicht. Zahlreiche junge Leute stehen vor einer ungewissen Zukunft bei einer dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in südeuropäischen Ländern. Und blickt man auf die demografischen Entwicklungen weltweit, ist klar, dass Europas Anteil an der Weltbevölkerung weiter sinken wird, während andere Völker bei sinkendem Durchschnittsalter wachsen. Allein können 82 Millionen Deutsche wenig ausrichten, über 500 Millionen Europäer dafür umso mehr. Wir brauchen Europa, um global mithalten zu können!



## DAS WESENTLICHE TUN

Wenn sich die Europäische Union mit der Staubsaugermaximalleistung und Ölkännchen beschäftigt, geht sie in diesen Zeiten in eine falsche Richtung. Die EU ist zwar im Verständnis der Bürger schon lange aus dem reinen Friedensprojekt herausgewachsen. Die Erfahrungen der Menschen von heute sind schließlich andere als die ihrer Eltern und Großeltern. Das bedeutet auch, dass die europäische Einigung nicht mehr automatisch positiv besetzt ist.

Was ist also zu tun? Europa muss sich stärker auf die zentralen Themen konzentrieren: Überwindung der Krise, Haushaltskonsolidierung, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum. Dazu kommen Maßnahmen, mit denen das Leben der Bürger konkret verbessert wird. Die Senkung der Roaming-Gebühren oder das ERASMUS-Austauschprogramm haben hierfür Vorbildcharakter. An diesen Beispielen wird der „europäische Mehrwert“ greifbar. Weniger Gesetzgebung ist manchmal mehr. Denn nur wenn die Bevölkerung Europa weiterhin will, haben wir auch in der Welt eine Chance. Gewinnen aber jene die Überhand, die Europa ablehnen, ist absehbar, dass wir künftig mit China, den USA und anderen wirtschaftlich und politisch nur noch schwer mithalten können.

Wir brauchen ein starkes Europa mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Diese Unterstützung dürfen wir nicht verspielen. Weniger könnte manchmal mehr sein.

# Grundsätzlich dafür

—  
Was die Deutschen über Europa denken

## THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg,  
Projektleiter am Institut  
für Demoskopie Allensbach.

Seit mindestens drei Jahrzehnten zeigt sich in den Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach immer wieder, dass man zwei vollkommen unterschiedliche Ebenen der Meinungsbildung voneinander unterscheiden muss, wenn man die Haltung der Deutschen zur Europäischen Integration verstehen will. Da ist zum einen die Ebene der Tagespolitik, die meist im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Sie wird dominiert von Nachrichten über – aus der Sicht der Bevölkerung – die negativen Aspekte der Einigung.

## EUROPA MACHT NEGATIV-SCHLAGZEILEN

Dazu gehören Meldungen über eine angebliche Regulierungswut der Europäischen Union und die fast schon ritualhaft beklagte Brüsseler Bürokratie, öffentliche Diskussionen um die Staatsschuldenkrise in vielen europäischen Ländern und die diversen Versuche, mit gemeinsamen Anstrengungen der Euro-Staaten die Krise zu überwinden.

Dass heute, mehr als drei Jahre nach Ausbruch der Schuldenkrise in Griechenland, der Unmut über die Europäische Union dennoch nicht größer

ist als vor fünf Jahren, hat mit der zweiten Ebene des Europabildes der Deutschen zu tun, die in der öffentlichen Diskussion oft übersehen wird: Sobald man in den Frageformulierungen die Sphäre der Tagesaktualität verlässt und grundsätzliche Themen anspricht, wie beispielsweise das Zusammengehörigkeitsgefühl mit anderen europäischen Völkern oder das allgemeine Vorstellungsbild von Europa, zeigt sich eine recht robuste Europafreundlichkeit der Bevölkerung, die von allen aktuellen Krisen weitgehend unberührt bleibt.

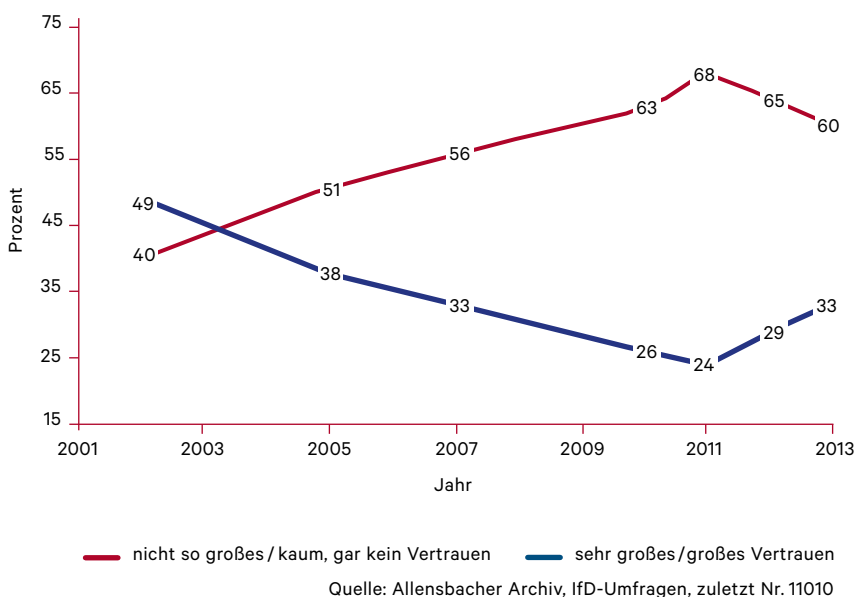
## **EIN RUCK GEHT DURCH DIE DEUTSCHE EUROPAFREUNDLICHKEIT**

Dabei sah es vor zwei Jahren noch so aus, als habe die traditionelle Europafreundlichkeit der deutschen Bevölkerung unter dem Eindruck der nicht abreißen lassen Nachrichten über immer neue Schuldenrekorde in Griechenland, Irland und anderen Euroländern doch ernsthaft Schaden genommen. Nach Ausbruch der Griechenland-Krise im Frühjahr 2010 sank der Anteil derjenigen, die sagten, sie hätten großes Vertrauen in die Europäische Union, binnen weniger Wochen von 37 auf 26 Prozent. Die Zahl derer, die der Aussage zustimmten, Europa sei „unsere Zukunft“, ging vom April 2010 bis zum Januar 2011 von 53 auf 41 Prozent zurück. Solche ruckartigen Meinungsänderungen sind in der Umfrageforschung außerordentlich selten, vor allem dann, wenn es sich, wie hier, um eher allgemein gehaltene Fragen handelt. Die Zahlen vermittelten den Eindruck eines Dammbrechens. Auf dem Höhepunkt der Vertrauenskrise im Herbst 2011 sagten 62 Prozent der Deutschen, die Situation in der Euro-Zone beunruhige sie „sehr stark“ oder „stark“.

## **DAS VERTRAUEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION WÄCHST WIEDER**

Doch seitdem hat sich die Aufregung wieder weitgehend gelegt. Obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in vielen Ländern der Europäischen Union keineswegs gelöst sind und die Bevölkerung deswegen auch durchaus besorgt ist, nähert sich das Europabild der Deutschen wieder der Situation vor Ausbruch der Krise an. Erkennbar ist dies beispielsweise an den Antworten auf die Frage „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?“ Im Jahr 2011 sagten 68 Prozent der Deutschen, sie hätten „nicht so großes“ oder „gar kein Vertrauen“ in die Gemeinschaft. Heute sind es 60 Prozent und damit weniger als 2010. Die Zahl derer, die sehr großes oder großes Vertrauen in die Europäische Union haben, ist seit 2011 von 24 auf 33 Prozent gestiegen, das sind ebenso viele wie 2007. Damit zeigt sich die Bevölkerung insgesamt zwar noch immer sehr misstrauisch, doch die Werte haben wieder das Niveau der Zeit vor Ausbruch der Schuldenkrisen erreicht.

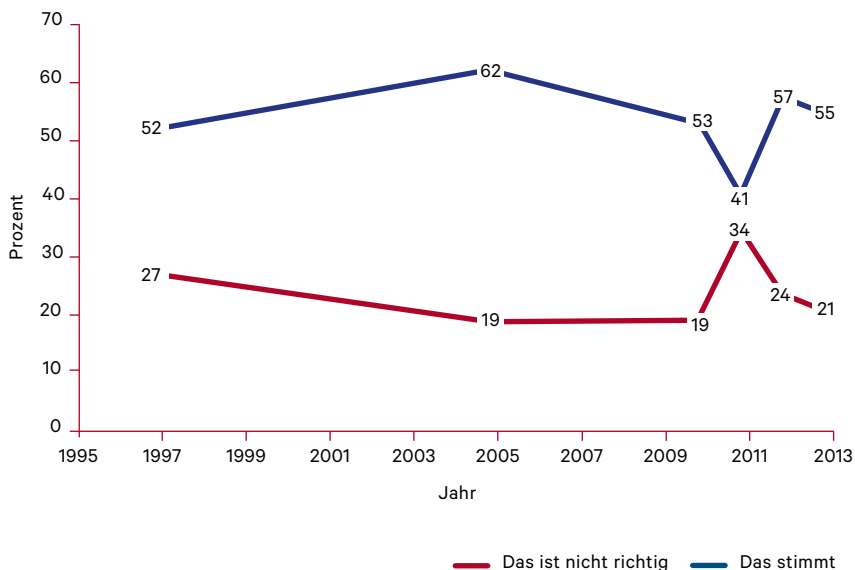
Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, nicht so großes Vertrauen, kaum, gar kein Vertrauen?“



## ZUKUNFT EUROPA

Was 2010 und 2011 wie ein Dambruch wirkte, erscheint rückblickend eher wie eine kurze Fieberphase. Beispielhaft lässt sich das illustrieren mit der bereits erwähnten Frage „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“ „Das stimmt“, sagten seit 1997, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, stets deutliche Mehrheiten der Bevölkerung. Nach dem Einbruch auf 41 Prozent 2011 lag der Wert 2012 wieder bei 57 Prozent. Heute liegt er mit 55 Prozent auf dem gleichen Niveau, wie die folgende Grafik zeigt. Von der Alarmstimmung 2011 ist zwei Jahre danach praktisch nichts mehr übrig geblieben.

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11010

## STABILE ALLGEMEINE TRENDS, SELBST IN DER KRISE

Dagegen hat sich selbst auf dem Höhepunkt der Krise vor zwei Jahren das allgemeine Urteil der Deutschen über die Europäische Einigung bemerkenswert wenig verändert. Hier zeigt sich die erwähnte zweite Ebene des Europa-bildes, die von der Tagespolitik weitgehend unbeeinflusst bleibt. Viele Trendfragen zu diesem Thema zeigen selbst in den kritischen Jahren 2010 und 2011 kaum Schwankungen, beispielsweise die Frage „Hat Deutschland durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ Im Mai 2008, vor Ausbruch der Krise, sagten 21 Prozent, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile, 31 Prozent sahen mehr Nachteile. Eine relative Mehrheit von 38 Prozent meinte, die Vor- und Nachteile gleichen sich wohl aus. Seitdem ist die Frage zehnmal wiederholt worden, und immer waren die Antworten nahezu gleich. Im Juli 2013 sagten 25 Prozent, die EU-Mitgliedschaft habe vor allem Vorteile, 27 Prozent glaubten, die Nachteile überwiegen.



## FRIEDEN UND NICHT NIEDERGANG

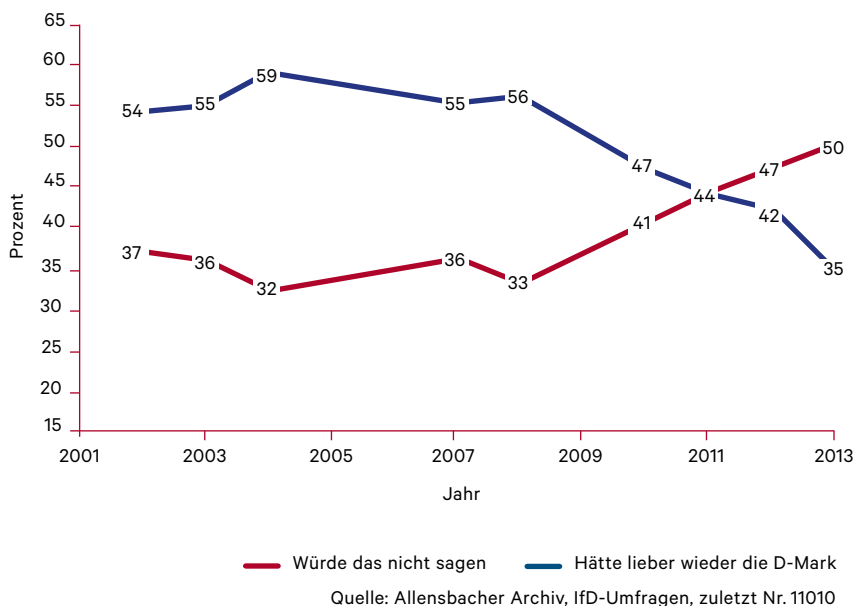
Auch wenn man die spontanen Assoziationen zum Stichwort „Europa“ erfragt, erhält man heute alles in allem die gleichen Antworten wie vor Beginn der Finanzkrise. Seit 2003 schwankt der Anteil derjenigen, die sagen, man könne bei „Europa“ an Frieden denken, zwischen 67 und 85 Prozent. Im Juli 2013 lag er bei 71 Prozent mitten in der gewohnten Bandbreite. Die Zahl derer, die beim Stichwort „Europa“ an „Einheit“ denken, sank von 2008 bis 2012 von 50 auf 39 Prozent, doch der Wert von 2008 war auch im Vergleich zu früheren Jahren außergewöhnlich hoch. 2013 lag die Zahl immerhin wieder bei 43 Prozent und damit im Mittelfeld der Ergebnisse aus den letzten zwölf Jahren. Auch der Anteil der Bürger, die mit „Europa“ Niedergang assoziieren, hält sich nach wie vor in engen Grenzen. Er stieg zwar von 2008 auf 2012 von 8 auf 19 Prozent, doch schon 2001 hatten 21 Prozent die gleiche Antwort gegeben. 2013 waren es mit 15 Prozent wieder merklich weniger.

## DIE D-MARK-NOSTALGIE SCHWINDET

Auffällig ist, dass die Akzeptanz des Euro in den Jahren, in denen oft von einer „Euro-Krise“ die Rede war, deutlich gestiegen ist. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Hätten Sie lieber wieder die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?“ Seitdem die Frage 2002 zum ersten Mal gestellt wurde, sagte stets eine deutliche Mehrheit der Befragten, ihnen wäre die D-Mark lieber als der Euro. Dies änderte sich ausgerechnet im kritischen Jahr 2011, als zum ersten Mal der Anteil derjenigen, die sich die alte Währung nicht zurückwünschten, mit 44 Prozent gleich groß war wie die Zahl der D-Mark-Anhänger. Im Juli 2013 sagten 50 Prozent, sie wünschten sich die D-Mark nicht zurück. Nur noch etwas mehr als ein Drittel, 35 Prozent, widersprachen. Mit diesen Antworten korrespondiert auch der Optimismus der Bevölkerung, dass der Euro auf Dauer Bestand haben wird. Auf die Frage „Wie schätzen Sie das ein: Glauben Sie, dass es in zehn Jahren noch den Euro geben wird, oder haben Sie da Zweifel?“ antworteten ebenfalls im Juli 2013 51 Prozent, sie glaubten, es werde die Gemeinschaftswährung auch in zehn Jahren noch geben. 39 Prozent meinten, da hätten sie Zweifel.

So geht die größte Gefahr für die Akzeptanz der europäischen Einigung vermutlich nicht von der Finanzkrise aus, sondern von einer schleichenden Zunahme des Desinteresses an Europa, die nichts mit den aktuellen Ereignissen zu tun hat.

Frage: „Hätten Sie lieber wieder die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?“



## GERINGES INTERESSE AN EUROPAPOLITIK IN DER JUNGEN GENERATION SCHON VOR DER KRISE

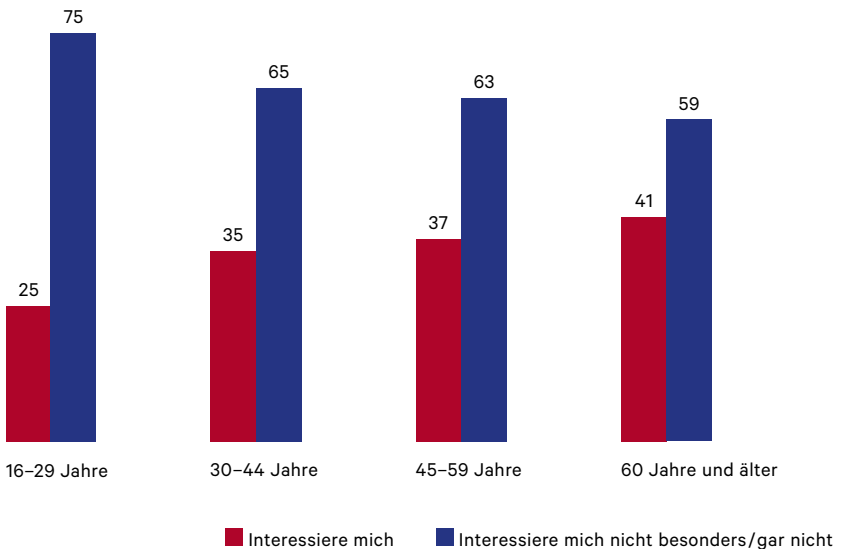
Auch wenn die Deutschen der europäischen Einigung ungeachtet aller aktuellen Probleme grundsätzlich sehr positiv gegenüberstehen, muss jedoch die Frage gestellt werden, wie lange das noch der Fall sein wird. Denn es ist bereits seit längerer Zeit zu beobachten, dass die Zustimmung zur europäischen Integration allmählich verhaltener wird, wenn sie auch bisher noch nicht in einen negativen Grundton umschlägt.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang einige Allensbacher Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2008, also aus der Zeit kurz vor Ausbruch der Finanzkrise. Sie sind durchzogen von einer desinteressierten, gleichsam lauwarmer Zustimmung. Auf die Frage „Wie sehr interessieren Sie sich allgemein für die EU und die europäische Einigung?“ antworteten damals 16 Prozent, sie interessierten sich „sehr“ dafür, 61 Prozent entschieden sich für die unverbindliche Antwort „Interessiere mich etwas dafür“, 18 Prozent bekundeten runderhand, dass sie das Thema gar nicht interessierte. Eine andere Frage lautete: „Wie sehr sind Sie für oder gegen die europäische Vereinigung?“ 13 Prozent antworteten darauf, sie seien sehr dafür, 59 Prozent, sie seien „im Großen und Ganzen dafür“, 15 Prozent meinten, das sei ihnen egal, 10 Prozent sprachen

sich gegen die europäische Einigung aus. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bekenntnisse der Bevölkerung zur Europäischen Integration den Charakter von Pflichtübungen angenommen hatten, denen man nicht aus tiefer Überzeugung nachkommt, sondern weil man weiß, dass es von einem erwartet wird.

Dabei war es nicht etwa die ältere, sondern vor allem die junge Generation, die sich dem Thema Europa gegenüber gleichgültig verhielt. Die folgende Grafik zeigt das charakteristische Antwortmuster am Beispiel der Frage „Interessieren Sie sich für Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessieren Sie sich nicht dafür?“ Drei Viertel der unter 30-jährigen Befragten sagten im Mai 2008, sie interessierten sich „nicht besonders“ oder „gar nicht“ für die Vorgänge in Brüssel und Straßburg, bei den 60-Jährigen und älteren waren es „nur“ 59 Prozent. „Ich interessiere mich dafür“, sagten 25 Prozent der Jungen und 41 Prozent der Angehörigen der älteren Generation.

Frage: „Interessieren Sie sich für die Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessieren Sie sich nicht dafür?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10020, Mai 2008

Man wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Kräfte, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Gründung der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ermöglicht haben, schwinden. Die traumatische Erfahrung, die die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs antrieb, alles zu tun, damit ein erneuter Rückfall des Kontinents in den Nationalismus unmöglich würde, wird von der Enkelgeneration – naturgemäß – nicht so geteilt. Als Bundeskanzler Helmut Kohl in den 1990er-Jahren wieder und wieder betonte, die europäische Integration sei eine Frage von Krieg und Frieden, und als der französische Staatspräsident François Mitterrand in seiner letzten großen Rede vor dem Europaparlament den Abgeordneten den Satz „Le nationalisme, c’est la guerre!“ entgegenschleuderte, wurde dies bereits damals von vielen als etwas unzeitgemäß empfunden. Heute gehen diese Botschaften an wesentlichen Teilen der jungen Generation vorbei.

## **„EUROPA WAR FRÜHER EIN HERZENSTHEMA“**

Auf den Punkt gebracht hat das Problem der damalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schäussel im Juni 2006 in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. „Europa“, sagte er, „muss jedes Mal neu begründet werden. Die Leute sind süchtig nach einer anderen Form der Vermittlung Europas. Sie wollen nicht mit Methodendiskussionen und Verfahrensstreitigkeiten gelangweilt werden, sondern sie wollen die Kernbotschaft Europas vermittelt bekommen. Das ist vor allem und nach wie vor die Friedensbotschaft. Gehen Sie auf einen Dorffriedhof, schauen Sie sich die Gräber aus den Weltkriegen an, und Sie wissen, was ich meine. Diese Botschaft ist nicht mehr selbstverständlich, und die Jungen kennen sie nicht mehr. Europa darf sich nicht nur wirtschaftlich begründen. Europa war früher ein Herzthema: ‚Nie wieder Krieg.‘ Heute ist es ein KopftHEMA, oder es ist heruntergerutscht zum Portemonnaie: Was nützt mir das? Was habe ich davon? Das ist tödlich.“

# „Eine Entscheidung für Europa“

---

David McAllister über europapolitische Ambitionen und Impulse

## DAVID MCALLISTER

Geboren 1971 in Berlin, von 2010 bis 2013 Niedersächsischer Ministerpräsident, Spitzenkandidat der CDU Deutschlands und der CDU in Niedersachsen für die Europawahl 2014.

**Herr McAllister, ein ehemaliger Niedersächsischer Ministerpräsident wird Spitzenkandidat der CDU Niedersachsen und wohl auch der Bundespartei bei der Europawahl. Was hat aus Ihrer Sicht die Europäische Union Niedersachsen zuletzt konkret gebracht und wofür wird Europa hier künftig gebraucht?**

**David McAllister:** Als Niedersächsischer Ministerpräsident war ich zugleich auch Europaminister. So sind mir die Themen sehr vertraut. Wie die anderen deutschen Länder und der Bund hat auch Niedersachsen sehr von der Europäischen Union profitiert. In der Förderperiode von 2007 bis 2013 waren es rund 2,7 Milliarden Euro aus den drei europäischen Fonds. So ist beispielsweise der Offshore-Basishafen in Cuxhaven von der EU mitfinanziert worden. Das war ein wichtiger Baustein dafür, dass Niedersachsen sich als Land der Erneuerbaren Energien auch in der Offshore-Windenergie positionieren kann.





© picture-alliance/dpa, Foto: Holger Hollemann

Für uns in Niedersachsen ist die gemeinsame Agrarpolitik von zentraler Bedeutung, ebenso die gemeinsame Fischereipolitik. Und nicht zuletzt profitieren wir im Norden auch von dem Ausbau der trans-europäischen Verkehrsnetze.

**Das hört sich so an, als ob es um das Ansehen der EU gut stehen müsste. Nur, so ganz stimmt das ja nicht. Wie beurteilen Sie die Stimmung der EU-Bürger in Niedersachsen und darüber hinaus?**

**David McAllister:** Europa ist wichtig und unverzichtbar für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Dass es keine Mauern und Schlagbäume mehr gibt, dass wir frei reisen und uns überall hinbewegen können, haben wir der Europäischen Union zu verdanken. Das sind ja Folgen, die für jeden Einzelnen spürbar sind und die zeigen, wie viel uns die europäische Einigung gebracht hat. Gleichwohl gibt es Klärungs-

bedarf und Unbehagen bei den Menschen, denn sie verbinden mit der Europäischen Union zu sehr Bürokratie, detaillierte Regelungsvorgaben und Unsicherheit über die Finanz- und Schuldenkrise. Die Europäische Union kämpft deshalb auf dem ganzen Kontinent um Vertrauen. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen, und die Menschen erwarten Antworten auf ihre Fragen. Letztlich muss es uns gelingen, Europa effizienter, bürgernäher und demokratischer zu gestalten.

**Ich habe gelesen, dass Sie zuletzt viel in Europa unterwegs gewesen sind. Wie unterscheidet sich die Stimmungslage?**

**David McAllister:** Meine Beobachtung ist, dass in den Ländern, die auf dem Weg nach Europa sind und deren Fernziel es ist, Mitglied der Europäischen Union zu werden, die positive Grundhaltung viel ausgeprägter ist als in denjenigen Staaten, die bereits Mitglied der Europäischen

Union sind. Mit der Europäischen Union werden nach wir vor große Erwartungen und Hoffnungen verbunden. Die Ereignisse in der Ukraine zeigen uns wie in einem Spiegel die gewaltigen Errungenschaften der Europäischen Union als großartiges Friedens- und Freiheitsprojekt und ebenso als erfolgreicher Binnenmarkt. Und – das ist mir ganz wichtig zu betonen – auch als Wertegemeinschaft!

**Das „Nein zu diesem Europa“ scheint in vielen Ländern der Union eine Mobilisierungswirkung für nationalpopulistische Parteien zu haben. Was sind Ihre Antworten auf diese Entwicklung?**

**David McAllister:** Die pro-europäischen konstruktiven Kräfte sind in der gesamten Europäischen Union glücklicherweise nach wie vor klar in der Mehrheit. Sie werden auch eine deutliche Mehrheit im neuen Europäischen Parlament bilden. Allerdings beobachten wir mit Sorge, dass Nationalisten, Populisten und Radikale – im rechten wie im linken Spektrum – sich anti-europäischer Ressentiments bedienen. Diese politischen Parteien sind sehr unterschiedlich und nicht über einen Kamm zu scheren. Aber eines haben sie gemeinsam: Sie geben sehr einfache und stark verkürzte Antworten auf komplexe Fragen. Wir können diesem Populismus nur begegnen, indem wir die komplexen Zusammenhänge glaubwürdig und verständlich erklären. Wir werden den Menschen in Europa deutlich machen, welchen konkreten Nutzen sie von der Europäischen Union haben und welche konkreten Vorteile die Europäische Union den Menschen in den 28 Mitgliedsstaaten bringt.

**Selbst in Ihrem „anderen Heimatland“ Großbritannien?**

**David McAllister:** Für die Heimat meiner Vorfahren gilt: Auch wenn die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) in Großbritannien um die zwanzig Prozent bei den Europawahlen erzielen würde, heißt das im Umkehrschluss, dass andere Parteien wie Konservative und Labour sowie Regionalparteien, die ja grundsätzlich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union befürworten, nach wie vor ganz klar in der Mehrheit sind.

**Ist eine strikte Einwanderungspolitik ein probates Mittel gegen Antieuropa-Populisten?**

**David McAllister:** Deutschland ist ein erfolgreiches Integrationsland. Wer unsere gemeinsamen Werte teilt, wer mit anpackt und unser Land voranbringen will, ist uns sehr willkommen. Gerade die Unionsparteien stehen für eine an den Bedürfnissen und Interessen unseres Landes ausgerichtete Zuwanderungspolitik. Deshalb sind wir auch dafür, dass die Mitgliedsstaaten der EU auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab.

## **Die Bürger sorgen sich um den Euro. Wie viel Euroskepsis teilen Sie?**

**David McAllister:** Für uns hat die Stabilität des Euro absolute Priorität. Die Krise hat die Eurozone vor besondere Herausforderungen gestellt und wird uns weiterhin fordern. Gerade Deutschland als größte Volkswirtschaft des Kontinents profitiert enorm von der gemeinsamen Währung. Deshalb stehen wir deutschen Christdemokraten für einen starken Euro und stabile Preise. Beide sind zentrale Voraussetzungen für den Erfolg unserer Wirtschaft und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

## **Wo liegt im Zusammenhang mit dem Euro die Schwelle zum Populismus?**

**David McAllister:** Selbstverständlich müssen wir uns mit der künftigen Struktur der Wirtschafts- und Währungsunion auseinandersetzen. Wer aber leichtfertig die Forderung eines Euroaustritts propagiert, bedient sich im Ergebnis populistischer Methoden. Der Austritt aus der Eurozone würde ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form nach sich ziehen. Das kann nicht in deutschem Interesse sein. Der Euro stärkt Europa als Wirtschaftsmacht. Eine Abschaffung des Euro würde dazu führen, dass nationale Währungen in den schwächeren Staaten abgewertet werden würden. Gleichzeitig würde es zu einer Aufwertung der deutschen Währung kommen. Das würde der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft schwer schaden und letztlich Hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten.

## **Was unterscheidet die heutige Europäische Union von einer „echten Europäischen Union“, wie Sie sie gefordert haben?**

**David McAllister:** Der europäische Einigungsprozess ist ein weltweit einmaliger Vorgang – im wahrsten Sinne des Wortes ein Projekt „sui generis“. Wir sind weit vorangekommen. Europa hat den gemeinsamen Binnenmarkt als Rückgrat. Für uns Deutsche bleibt die echte politische Union eine lohnenswerte Vision. Hierzu bedarf es langfristig eines Europäischen Parlaments mit Initiativrecht in der Gesetzgebung, eines Rates, der als zweite Kammer die Anliegen der Mitgliedsstaaten vertritt, starke nationale Parlamente, die sich aktiv an der europäischen Rechtsetzung beteiligen, einer Kommission als Motor der Integration und Hüterin der Verträge und eines Europäischen Gerichtshofs als oberste europäische Judikative. Insgesamt geht es dabei um klarere Verantwortlichkeiten der einzelnen Institutionen für ihre jeweiligen Aufgaben.

## **Wie unterscheiden sich Ihre Positionen von denen eines Martin Schulz und von denen eines Peter Gauweiler?**

**David McAllister:** CDU und CSU haben viele Gemeinsamkeiten in der Europapolitik und dieses zuletzt im gemeinsamen Wahlprogramm zur Bundestagswahl deutlich zum Ausdruck gebracht. Es geht uns um die Zukunft Europas. Es geht uns auch darum, deutsche Interessen in Europa engagiert zu vertreten. Starkes Deutschland – starkes Europa!, das muss unsere Botschaft sein für das europapolitische

Wahlprogramm der CDU, das wir auf einem Bundesparteitag am 5. April 2014 in Berlin beschließen werden. Ich unterstütze nachhaltig die Politik von Angela Merkel, die auf Solidarität und Eigenverantwortung in Europa setzt.

Auch wenn wir jetzt zusammen mit der SPD in Deutschland die Regierungsverantwortung haben, gibt es nach wie vor Unterschiede in politischen Sachfragen und die werden wir herausarbeiten. So haben wir uns als Union bei den Koalitionsverhandlungen in der Europapolitik klar durchgesetzt mit dem konsequenten Nein zu Eurobonds und zur Vergemeinschaftung von Schulden. Da hatten die Sozialdemokraten andere Vorstellungen und haben auch mit diesen anderen Vorstellungen im Bundestagswahlkampf zu punkten versucht. Und wie man gesehen hat, mit wenig Anklang bei den Menschen!

Wir sind für europäische Solidarität, aber wir sind nicht für eine Verschmelzung der verschiedenen europäischen Sozialversicherungssysteme. Denn das würde zu schweren Nachteilen für die deutschen Bürgerinnen und Bürger führen.

**Die Prognosen für die Wahl gehen davon aus, dass es im Europäischen Parlament eigentlich nur eine Mehrheit aus EVP und Sozialisten geben wird. Also wahrscheinlich „GroKo“ auf Europäisch. Bitte sagen Sie uns, warum es einen Unterschied macht, CDU oder SPD zu wählen!**

**David McAllister:** Die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments ist grundsätzlich über die Grenzen der Parteien und Fraktionen hinweg konsensualer, als man das aus manchen nationalen Parlamenten kennt. Hinzu kommt, dass es in der Europäi-

schen Union ja auch nicht eine einheitlich aus einer Parteienfamilie oder Koalition zusammengesetzte Kommission gibt. Ihre Zusammensetzung erfolgt auf der Grundlage der Vorschläge der Mitgliedsstaaten nach einem Votum des Europäischen Parlaments und ist daher politisch heterogen. In der gegenwärtigen Kommission sind Christliche Demokraten, Sozialisten und Liberale vertreten. Insofern kann man die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments nicht ohne Weiteres mit der eines nationalen Parlaments, beispielsweise des Deutschen Bundestags, vergleichen.

Die CDU ist und bleibt die treibende Kraft Europas. Wir sind die deutsche Europapartei. Das Bekenntnis zu Europa ist für uns als Partei Konrad Adenauers eine Frage der Vernunft und ebenso eine Herzensangelegenheit. Helmut Kohl und Angela Merkel stehen in einer großen europapolitischen Tradition. Die Parteienfamilie der EVP in den Mitgliedsstaaten wie im Europäischen Parlament hat in den letzten Jahren ganz besonders die Eurozone zusammengehalten. Wir haben Solidarität hergestellt und die Solidarität gestärkt.

Unsere Botschaft ist: Europa muss wettbewerbsfähiger werden. Wir stellen als Europäer – darauf weist Angela Merkel zu Recht hin – rund sieben Prozent der Weltbevölkerung. In Europa erwirtschaften wir rund 25 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Aber wir zahlen rund fünfzig Prozent der weltweit ausgezahlten Sozialleistungen. Es ist offenkundig, dass wir hart arbeiten müssen, um dieses hohe Niveau zu halten. Und deshalb muss sich die Politik in Europa dem Ziel widmen, Wachstum und Beschäftigung sicherzustellen. Die Wirtschaft in Europa muss wachsen, und die Menschen müssen

Beschäftigung haben. Deshalb brauchen wir auch in den nächsten Jahren eine Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite und strukturelle Reformen und mehr Investitionen für Bildung, Innovation und Infrastruktur auf der anderen Seite. Für diesen Gleichklang – dass eben Haushaltskonsolidierung und wirtschaftliche Reformen zusammengehören – steht die EVP. Deshalb soll die EVP im nächsten Europaparlament wieder stärkste Fraktion werden.

**Als Spitzenkandidat folgen Sie auf Hans-Gert Pöttering, der demnächst nach Jahrzehnten als Abgeordneter aus dem Europäischen Parlament ausscheidet. Worauf wollen Sie aufbauen? Wo wollen Sie neue Akzente setzen?**

**David McAllister:** Hans-Gert Pöttering ist seit 1979 durchgängig Abgeordneter des Europäischen Parlaments gewesen. Er ist der einzige, der seit der ersten direkten Wahl 1979 noch in Straßburg und Brüssel tätig ist. Er hat sich nicht nur in Niedersachsen und Deutschland, sondern europaweit große Verdienste erworben. Es ist eine besondere Ehre, als Spitzenkandidat der CDU Niedersachsen nun sein Nachfolger zu sein. Mit seiner Arbeit hat er ein sehr gutes Fundament geschaffen, auf dem ich nun aufbaue.

Jeder Politiker hat seinen eigenen Stil. Und so werde ich sicherlich im Laufe der Jahre auch eigene, neue Akzente setzen. Hans-Gert Pöttering bin ich sehr dankbar für seine große Unterstützung und auch für seine vielen klugen Hinweise, die er mir in den letzten Monaten mit auf den Weg gegeben hat.

**Wie steht es um die Gestaltungsspielräume im Europäischen Parlament? Ist das etwas für einen ehemaligen Ministerpräsidenten?**

**David McAllister:** Die Entscheidung, für das Europäische Parlament zu kandidieren, habe ich ganz bewusst getroffen. Sie ist eine Entscheidung für Europa und nicht gegen irgendeine andere politische Aufgabe. Die europäische Politik wird weiter an Bedeutung zunehmen. Das Europäische Parlament wird dabei eine wichtigere Rolle spielen. Wenn Europa noch demokratischer werden soll, dann ist besonders die Rolle des Europäischen Parlaments als einzige direkt von den Menschen gewählte demokratische Institution gemeint. Das Europäische Parlament ist schon jetzt bei rund neunzig Prozent der europäischen Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigter und mitwirkender Partner. Darüber hinaus spielt die Europapolitik mittlerweile eine enorme Rolle bei der nationalen Gesetzgebung, die bis zu achtzig Prozent auf europäischem Recht fußt. Die Mitwirkungsmöglichkeit des einzelnen Abgeordneten im Europäischen Parlament ist sehr groß. Nun freue ich mich auf diese ganz neue politische und parlamentarische Herausforderung.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann.*



# Der europäische Kitt hat gehalten

---

Die Wirtschaft der Krisenländer entwickelt sich positiv,  
aber Strukturreformen bleiben notwendig

## FLORIAN EDER

Geboren 1977 in Deggendorf,  
seit 2011 EU-Korrespondent der „Welt“  
und der „Welt am Sonntag“ in Brüssel.

Die Krise verlangsamte die Erweiterung des Euro-Raums, stoppen aber konnte sie sie nicht. Lettland trat der Währungsunion am 1. Januar 2014 bei, gegen Bedenken großer Teile der Letten, auf die Umfragen hinwiesen. Recht unbeirrt verfolgte die Regierung von Valdis Dombrovskis dennoch das Ziel, der Premierminister zog sich in der Neujahrsnacht den ersten Zehn-Euro-Schein aus dem Geldautomaten. Er ließ wissen, woran die Part-

ner mit ihm sein werden: Der Eintritt in die Euro-Zone dürfe kein Vorwand sein, auf eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik zu verzichten. Die Stabilitätsorientierten bekommen Unterstützung.

Der Nachbar Litauen, so sagt der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), ist auf gutem Wege, das erklärte Ziel des Euro-Beitritts im kommenden Jahr zu erreichen. Die Balten wollen in den Euro, zu einer Zeit, in der Untergangspropheten uns glauben machen wollen, es werde ihn nicht mehr lange geben. Gleichzeitig demonstrieren weiter im Osten die Ukrainer unter erheblichem Risiko für Gesundheit und Freiheit für den Weg in

die EU: In Kiew standen mehr Menschen auf der Straße als bei jeder Anti-Austeritäts-Demonstration in irgendeinem südeuropäischen Land. Weder der gemeinsame Währungsraum noch die EU als Ganzes haben an Attraktivität verloren. Diejenigen in jedem Fall, die noch nicht dazugehören, glauben an das Versprechen von Frieden und Wohlstand.

Der europäische „Kitt“ hat gehalten, was alles andere als selbstverständlich ist. Der Euro ist ein alltäglicher und daher besonders wichtiger Teil der europäischen Erfahrung. Noch einmal die Letten: Schon am ersten Wochenende des Jahres beglichen zwei Drittel aller bar zahlenden Kunden laut einer Erhebung der EU-Kommission ihre Rechnung in Euro. Nachrichten wie diese, die Europafreunde für gute Nachrichten halten müssen, bestimmen den Auftakt des Jahres der Europawahl. Unterdessen scheinen sich die Länder der südlichen Peripherie wirtschaftlich zu erholen. War es das am Ende schon wieder mit der Euro-Krise? Es gibt durchaus Entwicklungen, die zu diesem Schluss einladen.

## **DIE TROIKA LOSWERDEN**

Die Hilfsprogramme für die Krisenstaaten wirken tatsächlich, im Sinne des Ziels, nur eine vorübergehende Nothilfe zu sein. Portugal ist drauf und dran, die Troika wieder verabschieden zu können, wenn das Hilfsprogramm im Sommer ausläuft. Erst Irland, dann Spanien haben den Euro-Rettungsschirm bereits verlassen. Beide können sich problemlos wieder am Markt finanzieren, im Falle Spaniens sind die Risikoaufschläge gegenüber Bundes-

anleihen auf dem niedrigsten Stand seit Sommer 2011, für Italien gilt das ebenso. Ob Portugal, das nie ganz vom Markt verschwunden war, nach Ende der EU-Kredite ein Sicherheitsnetz braucht, wird sich zeigen. Sowohl die Regierung als auch Krisenmanager in der EU schließen aber aus, dass ein weiteres volles Programm notwendig würde.

Es ist ein doppeltes Ergebnis des Sparzwangs, dass sich die Länder wieder am Markt finanzieren können: Zum einen sorgten die vertragliche Festschreibung und die enge Überwachung der Konsolidierungspolitik für deren Umsetzung und damit für die Besserung der Staatsfinanzen. Zum anderen ist der Souveränitätsverlust durch die Troika-Präsenz politisch so unangenehm, dass eine jede Regierung sie gerne so schnell wie möglich wieder loswürde – was geht, wenn das Ziel erreicht ist. „Jeder lebt mit Druck“, sagt Portugals Vize-Premierminister Paulo Portas, „die meisten mit dem Druck der Finanzmärkte, manche mit dem Druck der Troika. Der Druck der Märkte ist die erheblich bessere Möglichkeit.“

Sogar Griechenland, das mit 250 Milliarden Euro das größte Hilfspaket der EU bekommen hat, sieht sich auf dem mühsamen Weg zurück in die Eigenständigkeit vorangekommen. Zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im Januar kündigte die Regierung an, nach Auslaufen des aktuellen zweiten Programms weder neue Kredite beantragen noch einen Schuldenerlass fordern zu wollen (Erleichterungen wie eine Verlängerung der Laufzeiten oder eine Senkung der Zinsen für bestehende Kredite hingegen sehr wohl). Der Grund für den griechischen Optimismus liegt auch in besseren Wirtschaftsdaten.

## WACHSTUM SOGAR FÜR GRIECHENLAND

Diese sind in ganz Südeuropa der zweite Grund für Zuversicht. Portugal wächst, Spanien ebenso, der größte Teil der Peripherie hat sich mittlerweile aus der Rezession befreit, seit dem zweiten Quartal 2013 verzeichnete die EU-Kommission wieder eine positive Wachstumsrate für die ganze EU. Ihr Jahreswachstumsbericht 2014 äußert die Zuversicht, die „wirtschaftliche Erholung dürfte sich fortsetzen und 2014 noch verfestigen“. Sogar für Griechenland, wo die Schulden- und Wirtschaftskrise am dramatischsten war und der Absturz am größten, rechnet die EU-Kommission mit einem geringen Wachstum im laufenden Jahr.

Ein Plus von 0,6 Prozent, so die Prognose, dürfte zwar noch nicht für neue Arbeitsplätze in erheblichem Umfang sorgen, und nach Jahren der Kontraktion ist die Wirtschaftsleistung weit vom Vorkrisenniveau entfernt. Als ein Signal sieht Außenminister Evangelos Venizelos die Trendwende dennoch: „Griechenland ist eine Erfolgsgeschichte“, sagt er, und zählt positive Daten auf, allen voran den leichten Primärüberschuss in der Staatsbilanz (also eine Bilanz ohne Zinszahlungen etwa für die zusammen 250 Milliarden Euro schweren Hilfspakete).

Auf den Primärüberschuss und das leichte Wachstum bezog sich auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach seinem Treffen mit Premierminister Antonis Samaras anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Griechenland. „Dieser Fortschritt stellt bei Griechenlands europäischen Partnern wieder Vertrauen her und zieht die Aufmerk-

samkeit internationaler Investoren an“, sagte er – was Griechenland, probehalber in jedem Fall, im laufenden Jahr testen will: „Wir bereiten uns darauf vor, 2014 zumindest einen begrenzten Zugang zu den Märkten zu erhalten“, sagte Finanzminister Yannis Stournaras.

## WARNUNG VOR REFORMMÜDIGKEIT

Wachstum aber kann als süßes Schlafmittel wirken, als Einladung, sich zurückzulehnen. Davor warnt die EU-Kommission: „Wir sind auf dem richtigen Weg, aber wir haben die Krise noch nicht hinter uns. Wir müssen entschieden und hartnäckig sein, das schulden wir denjenigen, für die Erholung noch nicht greifbar ist“, sagte Barroso als vorsorgliche Warnung an Athen im Januar. Im Jahreswachstumsbericht 2014 mahnt die Kommission alle Europäer, „die Anstrengungen entschlossen fortzusetzen und die Risiken eines Rückfalls in alte Gewohnheiten, eines Nachlassens oder der Reformmüdigkeit zu vermeiden“. Die größte Herausforderung bestehe inzwischen darin, „das Reformtempo beizubehalten“.

Ohne Reformen, die dort, wo sie unternommen werden, der dritte Grund zur Zuversicht sind, kann sich Wachstum nicht verstetigen, wird sich die internationale Konkurrenzfähigkeit der Krisenländer nicht nachhaltig verbessern. Es gibt Erfolgsbeispiele. Portugal exportiert erneut und erreichte 2013 nach Jahrzehnten erstmals wieder einen Exportüberschuss, die Waren und Dienstleistungen des Landes sind wieder attraktiv für ausländische Partner. Slowenien, das 2013 als Dauer-

kandidat für den Rettungsschirm galt, arbeitete sich hartnäckig aus dem Größten heraus, rekapitalisiert seine maroden Banken nun selbst und räumt dabei mit Altlasten aus der Transitionszeit auf: Mit der Staatswirtschaft, die das Ende der sozialistischen Herrschaft im neuen, kapitalistischen Gewand um zwanzig Jahre überdauerte, geht es zu Ende. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung sorgt dafür.

Arbeitsmarktreformen in Spanien haben die Schaffung neuer Arbeitsplätze attraktiver gemacht. Die Gewerkschaften lassen sich auf Lohnmäßigung ein und auf flexible Arbeitszeitmodelle, die Deutschland vor Jahren guttaten. Ford, GM, Renault und auch Volkswagen investierten zuletzt viel Geld in ihre dortigen Fabriken, was auch heißt: dort und nicht anderswo. Die Arbeitslosigkeit in Spanien fiel im Dezember, 108.000 Menschen weniger waren arbeitslos als ein Jahr zuvor – ein Rekordrückgang. Besonders unter den Jungen ging die Zahl zurück: die ersten Anzeichen, dass Erholung auch die Menschen erreicht. Eine Erfahrung hat ihren Grund in der Globalisierung und nicht in der Krise, aber sie hilft bei deren Bewältigung: Aufstieg und Fall von Volkswirtschaften gehen in raschem Tempo vor sich. Spanien macht vor, dass die Politik Handlungsspielraum nicht nur reklamieren, sondern auch nutzen kann.

## EUROPAS „KRANKE MÄNNER“

Skepsis ist angebracht, ob alle Regierungen das verstanden haben – und bei allen guten Nachrichten aus der Euro-Zone sollte das Anlass zur Besorgnis geben.

Nicht nur die Erholung kann rasch erfolgen, dasselbe gilt für den Abstieg. Italien, die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone, verwahrt sich seit Jahren gegen Vergleiche mit den Programmländern und hatte doch neben hoher Staatsverschuldung immer auch vergleichsweise schlechte Wachstumsaussichten mit ihnen gemein. Dennoch beschäftigte sich das Land nahezu das gesamte vergangene Jahr hindurch mit der Bewältigung hausgemachter Regierungskrisen anstatt mit Reformpolitik. Politische Stabilität als Selbstzweck aber schafft keine Arbeitsplätze. Matteo Renzi, der neue Parteivorsitzende von Premierminister Enrico Lettas Demokraten, dringt nun auf eine Arbeitsmarktreform, die hilfreich sein dürfte.

Frankreich wurde noch vor zwei Jahren als strukturell problembehaftete, aber krisenfeste Industrienation gesehen – und gilt heute mit dem gleichen Recht als „kranker Mann Europas“. Die Deindustrialisierung des Landes schreitet rasch voran, die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch Ratingagenturen liegt nicht mehr auf dem hohen Niveau, das Frankreich für sich reklamiert. Eine ernsthafte Arbeitsmarktreform steht noch aus, die schwindende internationale Wettbewerbsfähigkeit lässt die Regierung erodieren und den europäischen Stabilitätspakt Papier sein. Konsolidierte Frankreich seine Finanzen bislang nicht über Ausgabensenkungen, sondern stets über höhere Einnahmen und zog damit Kritik, etwa von EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn, auf sich, so stellte Präsident François Hollande zum Jahreswechsel nun erstmals fest, Frankreich sei ein Höchststeuerland, das kaum weitere Belastungen erträgt. Wer mag, kann Hoffnung haben, dass aus Selbsterkenntnis Politik wird.

# Fluchtpunkt Europa

---

Wie der Not von Migranten begegnet werden kann

## RUPERT NEUDECK

Geboren 1939 in Danzig (heute Polen), deutscher Journalist, Gründer von Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte e. V. und Vorsitzender des Friedenskorps Grünhelme e. V.

Verlässliches Zahlenmaterial gibt es kaum beim Thema der Migration nach Europa. Wir sind auf wenige Angaben angewiesen, die wir vor Ort erhalten – also auf Lampedusa, auf Sizilien, auf Malta oder in den spanischen Enklaven in Nord-Afrika, in

Ceuta und Melilla. Literatur ist auch kaum vorhanden. Aber es gibt immerhin ein klares Problembewusstsein, das die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten bisher nicht annähernd akzeptiert haben. Ja, schlimmer noch: In den bisherigen Flüchtlingsadministrationspolitiken sind die Kategorien, unter denen wir Fremde bei uns aufnehmen oder sie nicht sofort zurückschicken, durcheinandergeraten. Am schärfsten macht sich das in der deutschen Realität bemerkbar. Die Bundesrepublik hatte nach 1945/1949 als eine Art Wiedergutmachung den „Asylparagraphen“ Artikel 16 Absatz 2 in das Grundgesetz aufgenommen. Dieser lässt sich jedoch nicht in Gänze umsetzen, weil die Bundesrepublik nicht alle Verfolgten dieser Erde aufnehmen kann.



Faktisch musste man die Zugänge so verengen, dass man von der ursprünglichen „Großzügigkeit“ unserer Verfassungseltern heute kaum noch etwas spürt (das Wort von der „Großzügigkeit“ stammt von einem der Väter des Grundgesetzes, Carlo Schmid).

An dieser Idee hält sich die aktuelle Debatte noch fest und erreicht damit das Problem gar nicht. Dabei wird die eigentliche Schwierigkeit durch Tragödien wie die des Schiffes, das am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa mit eritreischen und somalischen Flüchtlingen gesunken war und bei der 355 Menschen ihr Leben verloren, immer wieder verdeckt. Aus Eritrea wollen eben wirklich Menschen heraus, die es dort unter dem Regime des Diktators Isayas Afeworki nicht mehr aushalten. Aus Somalia hingegen flieht man in der Gewissheit, dass man dorthin nicht zurückgeschickt werden kann und eigentlich in jedem Land Aufnahme finden müsste. Dabei droht im europäischen Zuständigkeitsstreit jedoch die Existenz als *refugee in orbit* ohne Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt und Status.

## LÄNDER DER VERHEISSUNG

Das größere Problem aber ist: Es sind Millionen von Migranten, meist junge Männer, die auf den Weg geschickt werden, um in Europa oder Südafrika etwas zu verdienen oder eine Ausbildung zu erhalten. Mit dem Geld oder dem Berufszertifikat können sie nach der Rückkehr die Existenz ihrer Familie sichern, ihr Dorf unterstützen oder ein Gewerbe aufmachen. Bei den Zahlen, die vor zehn Jahren geschätzt wurden, ging man von achtzehn Millionen jungen Afrikanern aus; etwa vier bis fünf Millionen davon sollen Südafrika als Ziel im Blick haben, die Mehrzahl aber Europa, das als verheißungsvollster Kontinent mit funktionierender Wirtschaft und Ausbildungsplätzen gilt.

Diese Schätzungen wird man heute auf zwei Drittel, wenn nicht die Hälfte reduzieren müssen. Ihre Größenordnung bleibt dennoch brandgefährlich, weil Europa außer Frontex, der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union, nichts eingefallen ist, um diesen Strom zu regulieren. Von nur halb so vielen Flüchtlingen ist momentan auszugehen, weil das Tor, durch das ein Hauptstrom von Migranten in Afrika über die Route Mali-Algerien-Libyen lange geflossen ist, gegenwärtig geschlossen bleibt. In Libyen gibt es zurzeit keinen Zugang für Schwarzafrikaner, da man in ihnen mögliche Verbündete des gestürzten Diktators sieht.

In der mauretanischen Hafenstadt Nouadhibou führt der katholisch-nigerianische Geistliche Jerome Dukaiyo genau Buch über die Menschen, die früher aus siebzehn, heute aus „nur“ dreizehn afrikanischen Ländern nach Europa wollen. Es sind an die 70.000 junge Migranten, die sich in Nouadhibou befinden. Sie kommen zu einer großen Zahl aus dem Senegal, aus Nigeria,

Kamerun, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, der Demokratischen Republik Kongo, aus Gambia, Mali, dem Niger, aus Burkina Faso, Togo, dem Tschad und Ghana.

Man wundert sich, dass bei der Debatte in Europa meist nur von *unserer* Schuld ausgegangen wird. Europa sei schuldig, dass 355 Flüchtlinge vor Lampedusa ertrunken sind. Das scheint ein eurozentrischer Komplex zu sein. Niemand kommt darauf, die Regierung in Eritrea, die Afrikanische Union oder die Regierungen der 53 Staaten Afrikas anzuklagen, aus denen diese Migranten kommen.

Schuldig, wenn das Wort überhaupt erlaubt ist, genauer: verantwortlich für diesen Exodus, den Beobachter fast als Völkerwanderung sehen, sind die souveränen Regierungen souveräner Staaten, die, beginnend mit Ghana im Jahre 1957, unabhängig geworden sind; diese Regierungen sind es, die zuerst für das Wohl und den Wohlstand, die Wirtschaft und das Überleben der Menschen in ihren Ländern zuständig sind. Niemand in Europa, auch nicht die Europäische Kommission, zieht diese Regierungen für den Exodus zur Rechenschaft.

## **DAS STERBEN VOR RETTENDEN HÄFEN BEENDEN**

Es gibt kaum eine Parallele zu der Lage im Südchinesischen Meer außer der schlichten, aber zentralen Tatsache, dass Menschen in Meeren und Ozeanen ertrinken – im Atlantik, im Roten Meer, im Indischen Ozean, im Mittelmeer. Viele krepieren und verdursten schon in der brütenden Hitze vor den Häfen der Sahararegion.

Es wird nicht reichen, ein Schiff einzusetzen, auch nicht fünf. Es wird eine „geballte Ladung“ von Maßnahmen nötig sein, um diese Völkerwanderung junger Afrikaner zu bewältigen. Natürlich werden auch Schiffe nötig sein, um Afrikaner zwischen Europa und Afrika hin- und herzubringen, nicht zuletzt, damit ihnen nach ihrer Ausbildung in Deutschland, den Niederlanden, in Frankreich oder Österreich eine Rückkehr in ihr Dorf oder ihre Stadt erleichtert werden kann.

Gleichzeitig müssen Initiativen auf vielen Ebenen in Gang kommen. In Deutschland könnte Kolping International ein Berufsausbildungszentrum eröffnen. Die Bundesregierung oder einige Landesregierungen könnten einige junge Afrikaner aus Lampedusa, aus Malta und Griechenland aufnehmen, um sie hier zu qualifizieren. Die Katholische Jugend und der CVJM könnten junge Kontakt-Stewards für diese Afrikaner bereitstellen. Rheinland-Pfalz hat eine bisher einzigartige Partnerschaft mit Ruanda, die eine gute Basis weiterer Maßnahmen bildet.

Gleichzeitig sollten wir verhindern, dass die wertvollen Mittel für Entwicklungspolitik mit der Gießkanne verteilt werden; effektiver wäre ein strategischer Fokus auf wenige Staaten. Außerdem könnte es sinnvoll sein, dass jeweils ein europäisches Land für jeweils ein afrikanisches Land eine Art partnerschaftlicher Verantwortung übernimmt.

## EXKURS NACH LAMPEDUSA

Das Flüchtlingslager auf Lampedusa 2013: Papst Franziskus besucht die Insel; bewegend zollt er denen Hochachtung, die sich diese Reise zugetraut haben, und denen, die auf der Insel das Banner der Menschenfreundlichkeit hochgehalten haben.

Ich zitiere aus meinem Bericht, weil er ein Schlaglicht auf die verfehlte Politik wirft: „Mächtige Eisentore, wir müssen unsere deutschen Pässe durch das Eisengitter schieben. Die Sozialarbeiterin Grazia Zavaglia führt uns durch ein gähnend leeres Lager. Alle Betten sind so aufgestellt, als würden sie nie wieder benutzt. Die Klinik in dem Trakt ist ordentlich aufgeräumt und ohne Krankenpfleger, Arzt und Patienten. Eine Großküche und eine Mensa stehen leer vor uns. Auf dem Innenhof, der diese Gebäude trennt, ragen die sieben Telefonsäulen, an denen, durch kleine Zäune abgesperrt, die Migranten oder Flüchtlinge telefonieren durften mit ihren Familien in Ghana, Kamerun, Guinea, Sudan, dem Tschad, Eritrea, Pakistan oder Indien. Alles ist leer, abweisend sauber, eine Bewachung durch die sechs Carabinieri nicht mehr nötig. Grazia kann uns berichten, die letzte Ladung mit einem Boot von Afrika ist hier am 2. Oktober 2009 angekommen, seit dem 2. Oktober nie mehr.“

Dabei gab es in den vorigen Jahren an die 33.000 Flüchtlinge pro Jahr. Man kann nur feststellen: Die Abschreckung hat funktioniert. Die Abschreckung und das Abkommen, das Libyen und Italien vor einigen Monaten abgeschlossen haben und in dem es um viel Geld und um Abnahmeverpflichtungen Italiens für libysches Erdgas geht. Die Migranten oder Flüchtlinge werden im Gegenzug entweder an der Küste oder auf dem Meer abgefangen. Ein „Loch“ hat der italienische Innenminister Marone damit gestopft, aber es gibt vier weitere Schlupflöcher. Das zweite ist Malta, das dritte sind Ceuta und Melilla, deren immer höherer Maschendraht eben doch nicht alle Flüchtlinge aufhalten kann. Und schließlich gibt es die Ausfahrten mithilfe derer, die mit dem hässlichen Namen „Schlepper“ bezeichnet werden: von Marokkos Küste nach Andalusien. Ein neuer Anlaufpunkt für junge Afrikaner ist die Hafenstadt Nouadhibou an der westafrikanisch-mauretanischen Küste. Von dort gehen junge Menschen seit 2013 aus dreizehn afrikanischen Ländern auf die gefährliche Meeresreise nach Las Palmas, nach Gran Canaria, nach Teneriffa, nach Lanzarote.

Die EU ist in Lampedusa abwesend. Die anderen 27 Mitgliedsstaaten der Union haben weder einen Verteilungsschlüssel für Migranten aus Drittländern zur Verfügung gestellt noch versucht, mit einer Vision zu helfen. Eine solche Vision könnte so aussehen: Migranten erhalten am besten schon in den Küstenländern Nord- und Westafrikas eine große Berufsausbildung nach dem Vorbild des dualen Berufsausbildungssystems. Diese jungen Menschen haben finanzielle Mittel – manchmal bis zu 2.000 US-Dollar – von ihren Clans oder Dorfgemeinschaften bekommen, um auszuziehen, und können daher nicht ohne Gesichtsverlust zurückkehren. Eine Ausbildung würde ihnen einen Beruf und ein Zertifikat nach zwei Jahren verschaffen. Mithilfe von Mikrokrediten in Sinne Mohammed Yunus' könnten anschließend in den Herkunftsländern Unternehmen aufgebaut werden. Das wären eine Antwort und eine Vision, mit der man auf die starke Sehnsucht junger Afrikaner nach Europa reagieren und sie in konstruktive Bahnen lenken könnte.

## WAS MÜSSTE GESCHEHEN?

*Erstens:* Die EU muss Italien und auch Spanien durch solidarische Aufnahmen auf Zeit helfen. Sie dürfen bei dieser Aufgabe nicht alleingelassen werden!

*Zweitens:* Die EU-Staaten müssen ihren kommerziellen Schiffen, die im Mittelmeer kreuzen und Menschen aus den Booten aufnehmen, die Abnahme der Migranten garantieren. Nachträglich müssen Kapitäne und Reeder, die Menschenleben gerettet haben, ausgezeichnet und belohnt werden.

*Drittens:* Es müssen Aufnahmequoten für junge Menschen aus ausgewählten Staaten Afrikas festgelegt werden. Ghana beispielsweise könnte dann 3.000 junge Ghanaer nach Deutschland schicken, die innerhalb von zwei oder drei Jahren zum Bau-, Elektro- oder Solartechniker ausgebildet werden. Danach kehren sie zurück und werden mit einer Mikrokredit-Organisation wie Opportunity International mit einem entsprechenden Kleinkredit ausgerüstet, der aber nur für die Gründung eines Wirtschaftsunternehmens eingesetzt werden darf.

*Viertens:* In den Küstenstaaten Libyen, Algerien, Marokko und Mauretanien werden großflächig Berufsschulzentren eingerichtet sowie Curricula ausgebaut, in denen mit Erlaubnis der gastgebenden Regierungen junge Afrikaner für ihre Herkunftsländer ausgebildet werden. Nachdem sie erfolgreich das Lehrprogramm mit einem Zertifikat abgeschlossen haben, können sie in ihre Heimat zurückgehen.

# Für eine etwas bessere Welt

---

Warum man die Europäische Union trotz Krise wollen muss

## KARL LAMERS

Geboren 1935 in Königswinter,  
von 1990 bis 2002 außenpolitischer  
Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion und von 2000 bis 2002  
Vizepräsident der Europäischen  
Volkspartei (EVP).

*Krisen sind der Entwicklungsmodus geschichtlicher  
Großprojekte. Ein solches ist der europäische Einigungsprozess zweifelsfrei. Die Europäische Union  
ist bisher aus jeder ihrer zahlreichen Krisen ge-  
stärkt hervorgegangen – „Europa wird in Krisen.“  
(Jean Monnet)*

Um das Wesen der gegenwärtigen Krise um den Euro zu verstehen, ist es unerlässlich, den Stellenwert der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) innerhalb des europäischen Einigungsprozesses und ihre Entstehungsbedingungen zu verstehen. Die WWU war gedacht als letzter Schritt zur europäischen Einheit durch wirtschaftliche Integration. Er schloss logisch an die vorangegangenen Schritte – Montanunion, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Binnenmarkt – an. Die Voraussetzungen für eine Währungsunion waren jedoch nicht ideal, weil die wirtschaftliche Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit vieler zur Teilnahme bereiten Länder im Binnenverhältnis und international starke Unterschiede aufwiesen. Sie vor Einführung einer gemeinsamen Währung anzugleichen, wäre logisch

gewesen. Das wurde versucht, in Italien etwa durch Reduzierung der Staatsschuld, aber das Ergebnis war unzureichend und vor allem nicht nachhaltig, weil die strukturellen Ursachen der Überschuldung nicht beseitigt wurden.

Die Bereitschaft Deutschlands, dennoch das Wagnis einer Währungsunion einzugehen, lässt sich nur mit der politischen Gesamtlage im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts erklären. Damals sagte der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing: „Es geht nicht an, dass Deutschland [gemeint war die Bundesbank] entscheidet und wir Anderen müssen folgen.“ Mit anderen Worten: Deutschland hat in Währungsfragen eine hegemoniale Position, die mit dem Grundprinzip des europäischen Einigungsprozesses unvereinbar ist. Und diese Hegemonie schien sich durch die Wiedervereinigung nach 1990 politisch wie wirtschaftlich zu verstärken.

Was vor Einführung einer gemeinsamen Währung also nicht möglich war – die Angleichung und Stärkung von Wirtschafts- und Wettbewerbskraft der Teilnehmerländer – sollte nach ihrer Einführung mittels des Stabilitätspaktes erfolgen. Dieser sollte als fiskalpolitischer Hebel für strukturelle Reformen dienen, für ein umfassendes Gesundungs- und Modernisierungsprogramm der europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften. Das misslang, weil das dazu erforderliche Instrumentarium unzureichend war.

So war der Ausbruch einer Krise nur eine Frage der Zeit. Der Auslöser war die drohende Staatspleite Griechenlands und die Gefahr eines Überspringens auf Italien, die drittgrößte Volkswirtschaft in der Währungsunion. In dieser Lage erwies sich allein die Europäische Zentralbank (EZB) als sofort handlungsfähig, weil sie vor allem aufgrund deutschen Drängens als unabhängige Notenbank konzipiert war. Ihrer Verantwortung wurde sie gerecht – notgedrungen auch mit unkonventionellen Methoden. Doch ihr Präsident, Mario Draghi, wies die Mitgliedsländer nachdrücklich darauf hin, dass die EZB ihnen zwar Erleichterungen des Zinsdrucks und Zeitgewinn verschaffen könne, die Notwendigkeit tief greifender Reformen aber unverändert bestehen bleibe.

Eben diesem Zweck struktureller Reformen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft dient das neue Instrumentarium, das sich die Euro-Mitglieder mit dem Fiskalpakt, aber auch mit den beiden Kreditfonds und der Bankenunion zugelegt haben. Die Bundeskanzlerin hat mit dem Vorschlag, anstelle der bisher unverbindlichen Empfehlungen der Kommission für die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer vertragliche Verpflichtungen zwischen diesen und der Kommission zu etablieren, ein weiteres starkes Element in die Debatte eingeführt. Insgesamt ergibt sich daraus – wenn auch inhaltlich noch nicht ausgefüllt – das Projekt einer europäischen Wirtschaftsregierung, die auf das Einnahme- und Ausgabeverhalten von Regierungen Einfluss nimmt und damit Kernbereiche von bisher nationalstaatlichem Handeln europäisiert. Wird dieser Kernbereich in dem jetzt vorgesehenen Maße auf die europäische Ebene übertragen, dann wird die Währungsunion tatsächlich zu einer



Wirtschaftsunion und damit endlich zu einer politischen Union im umfassenden Sinne dieses Begriffs.

In der gegenwärtigen Krise geht es längst um mehr als um die Bewahrung des Euro. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten steht die Frage im Raum, ob Europa und seine Mitgliedsländer die Voraussetzungen dafür schaffen können, das „Europäische Modell“ eines Gleichgewichts zwischen einer liberalen Wirtschaftsordnung und einer solidarischen Gesellschaftsordnung auch in Zukunft zu verwirklichen. Auch entscheidet sich, ob die demokratischen Systeme in den Euro-Ländern stark genug sind, die teils schmerzhaften Reformen durchzusetzen, oder ob die zukunftsfeindlichen Kräfte die Oberhand gewinnen, die die wahren Ursachen der Krise leugnen oder verkennen und Europa für alles Missliche verantwortlich machen. Insofern ist die Krise auch ein Test für die Leistungskraft der europäischen Demokratien.

Die Europäische Union kann einen entscheidenden Schritt in die gemeinsame Zukunft tun oder sie fällt für eine unabsehbar lange Zeit zurück. Deutschland trägt in dieser historisch entscheidenden Situation aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke, seiner politischen Stabilität und seiner Geschichte eine besondere Verantwortung. Manche hoffen auf eine deutsche Führung, andere fürchten sie und wiederum andere tun beides zugleich. Soll Deutschland dieser Verantwortung gerecht werden, so müssen sich seine Politiker und Bürger einige Grundgegebenheiten stärker ins Bewusstsein rufen.

## **DEUTSCHLAND BETEILIGT – ABER UNSCHULDIG?**

Die erste Grundgegebenheit ist, dass Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein wesentlicher Teil des europäischen Geschehens gewesen ist – auch in seinen negativen Ausprägungen. Es hat nicht nur selbst massiv gegen die von ihm durchgesetzten Regeln des Stabilitätspaktes verstoßen, sondern diese auch zusammen mit Frankreich formell abgeschwächt. Die Beteiligung deutscher Banken, darunter fast aller staatlichen Landesbanken, an den Monopoly-Spielen irischer und spanischer Banken im Zusammenhang mit der Immobilienblase oder ihre gedankenlose Teilnahme an den abenteuerlich hohen Anleiheprogrammen Griechenlands werfen die Frage nach der Mitverantwortung auch der deutschen Bankenaufsicht und Politik auf. Augenscheinlich wird die deutsche Beteiligung am europäischen Geschehen durch seine Exporte in die Europäische Union, deren Anteil an seinen Gesamtexporten zeitweise über sechzig Prozent umfasst. Das trägt zu den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen bei, an denen in letzter Zeit von manchen Partnern offen oder verdeckt Kritik geäußert worden ist. Sie ist in der Sache unangebracht, aber die profane Tatsache bleibt, dass die Überschüsse des einen die Defizite der anderen sind. Unübershbar zeigt sich, dass nationales Interesse

im strengen Wortsinn des lateinischen *inter-esse* zu interpretieren ist: als Dazwischen-sein. So, wie die Wirklichkeit in Europa verflochten ist, so sind es auch die Interessen.

## EUROPÄISCHE UND GLOBALE VERFLECHTUNG

Diese Verflechtung ist das Ergebnis dessen, was wir heute Globalisierung nennen. Ihre große Dynamik gewann sie durch die Industrielle Revolution, die in Europa vor mehr als 200 Jahren begann. Konkreten Ausdruck fand die entgrenzte Wirklichkeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der De facto-Währungsunion zwischen den industrialisierten Ländern im westlichen Teil Europas. Schon damals wäre eine institutionelle europäische Reaktion auf diese transnationale Wirklichkeit notwendig gewesen. Doch die Politik und die nationalen Gesellschaften versagten und steigerten sich stattdessen in einen sich abgrenzenden aggressiven Nationalismus hinein. Die Folge waren die Weltkriege.

Nach dem Ende dieser unglückseligen Entwicklung nahmen weitsichtige Männer die Gedanken wieder auf, die schon vor dem Krieg eine transnationale institutionelle Antwort auf die transnationale Wirklichkeit vorge schlagen hatten. Vorrangiges Ziel war es, den Frieden zu sichern. Doch die neuen Wege des institutionalisierten Zusammenwirkens der Staaten, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft, trugen den grenzüberschreitenden Tendenzen nicht nur Rechnung, sondern verstärkten diese noch. So entstand und entsteht mit der heutigen Europäischen Union sukzessive eine besonders dichte transnationale Wirklichkeit.

Inzwischen wird die Globalisierung durch eine weitere Revolution, die der digitalen Kommunikationstechnik, erheblich angetrieben und beschleunigt. Diese entgrenzende Entwicklung höhlt das bis heute geltende Prinzip der Machtorganisation, das Territorialprinzip, aus, denn es beruht auf der Annahme fester, verschließbarer Grenzen, innerhalb derer der Staat Allein-, Letzt- und Allzuständigkeit beansprucht. Das ist offensichtlich eine Illusion geworden.

„Der Nationalstaat ist nicht das Ziel der Geschichte“, sagte ausgerechnet ein Franzose, Raymond Aron. In dieser tiefen historischen Perspektive ist Europa nicht etwas, was man tun oder auch lassen kann, sondern ein Muss, eine Notwendigkeit im strengen Wortsinn. Für sie gilt das Diktum Georg Friedrich Wilhelm Hegels: „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.“ Einfacher gesagt: Was man muss, muss man auch wollen, um es zu gestalten.

Folge der Globalisierung ist eine weltweite Machtverschiebung. Mit der Übernahme der westlichen, ursprünglich europäischen Art des Lebens, des Arbeitens, des Wirtschaftens haben andere Völker auch die Machtmittel erworben, die die westliche Dominanz der vergangenen Jahrhunderte begrün-

deten. Die weltweite Konkurrenz wird mehr und mächtiger. Selbst wenn es keine anderen Gründe für den europäischen Zusammenschluss gäbe, dieser wäre völlig ausreichend: europäische Selbstbehauptung durch Mitwirkung an einer etwas besseren Welt! Um dieser Herausforderung zu begegnen, wäre jedes einzelne Land in der Europäischen Union bei Weitem überfordert – auch das wirtschaftlich mächtigste unter ihnen, also Deutschland, mit gerade einmal einem Prozent der Weltbevölkerung. Dabei müssen die Europäer auch lernen, die Welt und sich selbst mit den Augen der anderen zu sehen – sie sieht dann erstaunlich anders aus.

## DEUTSCHE SCHRITTE

Was also soll Deutschland tun? *Erstens* sollten wir die Herausforderung bewusst annehmen. *Zweitens* sollten wir uns der Relativität unserer Dominanz bewusst sein; Deutschland ist nie stärker als alle oder einige von ihnen zusammen. Von Dominanz Deutschlands auf allen Feldern der Politik kann keine Rede sein. Dies gilt etwa für die Außenpolitik, speziell, wenn der militärische Faktor ins Spiel kommt – in der Libyen-Krise wirkte Deutschlands Enthaltung in der UN geradezu kläglich, ebenso die kategorische Weigerung, sich mit Kampftruppen in Zentralafrika oder Mali zu beteiligen.

*Drittens*: Das Wie ist so wichtig wie das Was in der Politik, „le style c’est l’homme“, sagen die Franzosen. Die Deutschen neigen hingegen zu einem gewissen Dogmatismus, wie die Kritik an der EZB-Politik zeigte. Prinzipientreue ist wichtig, Dogmatismus scheitert immer.

*Viertens* heißt das konkret, dass Deutschland auf der Unerlässlichkeit von Haushaltsdisziplin und strukturellen Reformen bestehen soll, gleichzeitig aber solche Elemente in den schmerzhaften Reformprozess der Krisenländer einbringen oder zulassen soll, die deren wirtschaftlicher Entwicklung Auftrieb geben und die dortigen Reformkräfte stärken können – beispielsweise einen europäischen Altlasten-Tilgungsfonds.

Die Gegenargumente grundsätzlicher wie taktischer Natur sind bekannt. Sie sind aber nicht durchschlagend. Jedenfalls ist es zu wenig, eine Politik der Strenge zu fordern. Sie ist unerlässlich, bedarf aber aus sachlichen wie psychologischen Gründen einer Ergänzung, gerade in diesem Augenblick, in dem erste positive Wirkungen der Reformpolitik einhergehen mit einer Zunahme schwerwiegender sozialer Folgen. Dringend notwendig, um ihrer europäischen Verantwortung gerecht zu werden, wäre vor allem eine innenpolitische Offensive der Politik, um die Basis ihrer Europapolitik abzusichern. Sie würde zugleich das Vertrauen unserer Partner stärken. Der Wahlkampf zum Europäischen Parlament könnte dazu der Auftakt sein.

Die Voraussetzungen für eine solche Initiative sind gut. Die europäische Orientierung nicht nur der beiden, eine große Mehrheit bildenden

Koalitionsparteien, sondern auch der Oppositionspartei „Die Grünen“ ist gegeben. Die Stimmung im Wahlvolk ist besser, als dies die öffentliche Debatte, die viel zu stark von Gegnern und Skeptikern bestimmt wird, erscheinen lässt. Aber diese Stimmung könnte umschlagen, wenn weitere Leistungen Deutschlands, die über Kredite und Garantien – bislang haben sie keinen einzigen Cent „Bargeld“ gekostet – hinausgehen, erwartet würden und die Politik den Kritikern das Feld überließe. Politische Klugheit besteht nicht nur aus Vorsicht und Taktik, es muss auch eine Strategie erkennbar werden, das heißt eine Vorstellung von langfristigen Zielen.

Eine Offensive müsste den Deutschen unmissverständlich klarmachen, dass es keine getrennte Entwicklung mehr geben kann – in Europa nicht, aber auch nicht in der Welt. Dass alle Europäer entweder eine gemeinsame Zukunft oder aber gemeinsam keine Zukunft haben werden. Und dass, wenn Deutschland unstreitig den größten Nutzen politisch wie wirtschaftlich von Europa hat, es auch den größten Schaden bei seinem Scheitern erlitt. Es gibt in Deutschland eine große Bereitschaft, eine solche Initiative aufzugreifen und vielleicht so etwas wie eine neue Art „Europäischer Bewegung“ grenzüberschreitend zu schaffen.

Am wichtigsten aber wäre es, an das Selbstbewusstsein und – ja – auch an den Stolz der Deutschen zu appellieren. Ihr Weg zu dem heute allseits geachteten, ja mancherorts gar bewunderten Gemeinwesen war lang und steinig. 1945 materiell total zerstört, mit mehr als zwölf Millionen Flüchtlingen, dem Verlust eines Viertels seines Territoriums, geteilt, seiner Staatlichkeit entkleidet, moralisch zutiefst verachtet, erhielt sein westlicher, wesentlich größerer Teil gottlob schon drei Jahre später eine zweite Chance. Das lässt sich nur als „Zuwendung ohne Verdienst“ bezeichnen, um mit Martin Luther zu sprechen. Diese Chance haben die Deutschen genutzt, so gut, dass es heute für den weiteren Fortgang des europäischen Einigungsprozesses auf sie mehr als auf jedes andere Land ankommt. Ist das kein Grund zu Freude und einem stillen, europäisch inspirierten Stolz?

Die Chance, die Deutschland 1948 bekam, stand unter der Bedingung, sich unwiderruflich in die europäische Völkerfamilie einzugliedern und gewissermaßen Wiedergutmachung dadurch zu leisten, dass es seinen Beitrag zu einer guten Zukunft für alle europäischen Völker leistet. Das hat es bisher in einem guten Geist getan und so auch seine nationale Einheit wiedererlangt. Seit einiger Zeit aber bestimmt ein enger und ängstlicher Geist die gesellschaftliche Debatte in Deutschland, und bekanntlich gilt: „Im engen Kreis verengt sich der Sinn“, mag das Schiller'sche Pathos auch heute fremd klingen. Und es gilt auch die Fortsetzung: „Es wächst der Mensch (und auch ein Volk) mit seinen größern Zwecken.“ Wer wollte bestreiten, dass die Einigung Europas ein solcher größerer Zweck ist?! Und wie könnte man übersehen, dass in diesem Europa Deutschland, das über Jahrhunderte ein Unruheherd in der Mitte Europas war, dann die ruhige Mitte Europas wäre?

# Wegweiser für den Euro

---

Wie das Vertrauen in die gemeinsame Währung gestärkt werden kann

## NICOLAUS HEINEN

Geboren 1980 in Hachenburg, Analyst für europäische Wirtschaftspolitik bei der Deutschen Bank in Frankfurt. Jüngste Veröffentlichung: „Mission Vertrauen: Wege aus der Eurokrise“, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2012.

Die Eurozone kommt nicht zur Ruhe. Die Lage an den Finanzmärkten bleibt zerbrechlich. In den Krisenländern kommt es immer wieder zu Protesten gegen die Reformrezepte aus Brüssel.

Auf den ersten Blick erscheint dies angesichts der umfangreichen Rettungsmaßnahmen erstaunlich: Mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurden umfangreiche Rettungsmechanismen in Gang gesetzt, um die Not leidenden Staaten vorübergehend vor Illiquidität und Insolvenz bewahren zu können. Gleichzeitig hat die Europäische Zentralbank (EZB) mit Niedrigzinspolitik und mit ihren Aufkaufprogrammen für Staatsanleihen eine aktive Rolle eingenommen – bis hin zur indirekten Staatsfinanzierung.

Alle diese Hilfsmaßnahmen zielen darauf ab, den Krisenländern mehr Zeit zu geben, damit sie ihre fiskalische Schieflage beenden und über Struktur-reformen der wirtschaftlichen und politischen Stagnation entkommen können. Sparkurs und Struktur-reformen sind jedoch kein Selbstzweck. Erfolgreich sind sie nur, wenn die Politik über sie verlässliche Erwartungshaltungen

bilden kann. Diese können jedoch nur gebildet werden, wenn Menschen der Politik in ihrer Steuerungsfunktion ihr Vertrauen schenken.

Eben dieses Vertrauen ist angeschlagen. Bei der Eurokrise handelt es sich um mehr als eine Staatsschuldenkrise. Es handelt sich auch um eine Vertrauenskrise.

## **DIE „EUROKRISE“ – EINE VERTRAUENSKRISE**

Das belegen Umfragen. Eurobarometer vermeldet, dass 59 Prozent der Deutschen europäischen Institutionen misstrauen (EU: 57 Prozent). 2007 waren es noch 36 Prozent (EU: 32 Prozent). In einem ARD-DeutschlandTREND im Spätherbst 2013 gaben 75 Prozent der Befragten an, dass der schlimmste Teil der Eurokrise noch bevorstehe. 44 Prozent der Befragten machten sich Sorgen um ihre Ersparnisse.

Die Ursachen dieses allgemeinen Vertrauensverlustes liegen im Krisenmanagement der letzten Jahre. Auf einen kurzen Nenner gebracht, lassen sie sich drei Faktoren zuschreiben:

1. Überraschungsmoment und Politik der kleinen Schritte: In der Frühphase der Krise führte die unterschiedliche Interessenlage der siebzehn Euroländer zu einem Entscheidungstau. Dieser wurde über eine Lösungsstrategie der kleinen Schritte abgebaut, die sich am kleinsten gemeinsamen Nenner aller beteiligten Staaten orientierte und zugleich ein Bild der Trägheit vermittelte.
2. Dehnung des europarechtlichen Rahmens: Mit den finanziellen Hilfen für Griechenland und andere Krisenländer wurde das Nichtbeistandsgebot des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ein Stück weit umgangen.
3. Politische Kommunikation: Streckenweise wurde in der Eurokrise eine Strategie nur undeutlich vermittelt. Mehrfach waren die Haftungssummen des Euro-Rettungsschirms ausgeweitet, die wirtschaftspolitischen Bedingungen der finanziellen Unterstützungsleistungen aufgeweicht und Zinskonditionen für Rettungskredite vergünstigt worden.

All dies steht im diametralen Verhältnis zum bürgerlichen Bedürfnis nach Sicherheit, das angesichts instabiler Finanzmärkte, niedrigen Wachstumspotenzials, steigender Staatsverschuldung und einer Verschiebung des globalen Kraftfelds hin zu den aufstrebenden Wachstumsmärkten in Lateinamerika und Fernost zunimmt. Eine europäische Politik, die keine klare Gesamtstrategie erkennen lässt, kann langfristig nicht darin erfolgreich sein, Bürgern diese Ängste zu nehmen und Vertrauen zu sichern. Was ist zu tun? Neues Vertrauen in die Politik und in das Wirtschaftssystem kann über die im Folgenden dargestellten Vertrauensanker geschaffen werden.



## ANKER WERFEN

Vertrauensanker Nummer eins sind Regeln, die die Institutionen des Systems leiten und sie einhegen. Sie schaffen Verlässlichkeit und machen das Verhalten von Institutionen und ihren Vertretern berechenbarer. Voraussetzung dafür, dass Regeln Systemvertrauen stiften können, ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Gerade im europäischen Kontext gilt es jedoch, drei Dinge zu beachten: Das Verständnis von Regeltreue ist in der Staatengemeinschaft unterschiedlich. Hinzu kommt, dass ein koordiniertes Vorgehen von siebzehn voll souveränen Euroländern mit allen ihren Interessen, Mentalitäten und Wahlzyklen allzu sehr auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausläuft. Nicht zuletzt gilt: Top-down-Vorgaben – etwa über Vorschriften, wie sie im Rahmen der Hilfsprogramme Ländern auferlegt werden – erzeugen Widerstand und Freund-Feind-Denken. Sie bevormunden Gesellschaften und nehmen ihnen die Motivation, Probleme eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen.

Wo es keine europäische Öffentlichkeit gibt, scheinen hierarchisch strukturierte Ordnungsformen nicht zum Erfolg zu führen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Regelansatz an sich falsch wäre. Vielmehr muss er dazu genutzt werden, den Markt als Mittel einer funktionierenden spontanen Ordnung wiederzuentdecken: Intelligente Regeln sollten den Rahmen einer Wettbewerbsordnung setzen, die einerseits Freiräume schafft und andererseits sicherstellt, dass diese Freiheit nicht missbraucht wird.

Für Europa bedeutet dies: Vollendung des Binnenmarktes, Bankenunion mit einheitlicher Finanzmarktregulierung, vor allem jedoch eine schnellstmögliche Beendigung von Hilfsprogrammen und die Rückkehr an die Kapitalmärkte, die Länder für glaubwürdige Reformen über niedrigere Zinsen belohnen. Allein sie können Menschen und Gesellschaften aktivieren, indem sie Ländern mehr Eigenverantwortung in einer neuen europäischen Wettbewerbsordnung geben, die die Staaten wieder in einen stärkeren Wettbewerb stellt. Strukturreformen und Sparanstrengungen würden dann aus Eigenantrieb erfolgen – und sich direkt auszahlen. Die Erfolgsgeschichten von Ländern wie Deutschland, aber auch Estland und Lettland zeigen, dass dieser Weg möglich ist, wenn er aus eigenem Antrieb erfolgt. Allerdings: Regeln allein würden für Ödnis sorgen, wenn nicht gewährleistet wäre, dass sich aus ihrer Befolgung Nutzen ziehen lässt. Sie müssen daher um den Faktor Wachstum und Teilhabe ergänzt werden.

Erst wenn Wachstumsperspektiven zu Regeln als zweiter Vertrauensanker hinzukommen, glauben Menschen an die Zukunft und gehen Wagnisse ein. Sie vertrauen, sie investieren – und Wachstum nährt sich von selbst. Vertrauen wird dann zur Wette auf den Erfolg gemeinsamer Anstrengungen. Je besser die Wachstumsaussichten sind, desto weniger werden noch Regeln und Kontrollen gebraucht, weil die Akteure sich aus eigenem Antrieb an Versprechen halten. Sie möchten das, was durch Vertrauen erreicht wurde, nicht zerstören.

Ein Blick auf die Bemühungen auf europäischer Ebene, Wachstum zu schaffen, fällt jedoch ernüchternd aus. Wo Mittel in die Abfederung von Strukturwandel geleitet werden, statt in Bildung, Forschung und Infrastruktur die richtigen Wachstumsimpulse geben zu können, nimmt sich ein Kontinent seine eigenen wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven. Und wo auf einen Euro für Landwirtschaft nur ein Cent für den Jugend- und Studentenaustausch kommt, kann er auch langfristig nicht zur Wertegemeinschaft zusammenwachsen.

Was spräche dagegen, nur noch jene Haushaltsposten aus dem EU-Haushalt zu speisen, von denen konkrete Reformimpulse und Investitionen in Mitgliedsstaaten ausgehen? Was spräche dagegen, mit Brüsseler Mitteln arbeitslose junge Menschen, die angesichts schwerer Anpassungsrezessionen und rigider Arbeitsmärkte in Krisenländern keine Tätigkeit finden, über Sprachkurse und Mobilitätsstipendien zu aktivieren, anstatt sie – wie zuletzt im Rahmen der europäischen Jugendgarantie geplant – in Beschäftigungsgesellschaften ruhigzustellen und ihnen eine falsche Vorstellung vom Erwerbsleben zu vermitteln? Brüssel könnte Europas Namen als Wiege der Wissenschaft neue Ehre machen und dem Kontinent über die Förderung grenzüberschreitender, angewandter Innovation als Raum der Forschung und Entwicklung neue Dynamik verleihen. Mittel aus Brüssel könnten Mitgliedsstaaten jenen finanziellen Spielraum ermöglichen, den sie benötigen, um Steuerreformen eigenverantwortlich durchzuführen und vorzufinanzieren.

Subventionen zur Abfederung des Wandels und Erhaltung des Bestands könnten weiterhin in nationaler Verantwortung verbleiben. In nationale Hände zurückgegeben und von den Kapitalmärkten als Finanziers kritisch beäugt, könnte so manche lieb gewonnene Tradition schon bald ihrer Abwicklung entgeblickten.

## GEFÄHRLICHE SPRACHLOSIGKEIT

Auch das beste Wirtschaftssystem mit klaren, durchsetzbaren Regeln und soliden Wachstumsperspektiven kann allein kein Systemvertrauen gewinnen. Früher oder später stellen sich Bürger die Sinnfrage – warum Eurorettung? Warum Reformkurs? Warum Solidarität? Menschen suchen nach menschlicher wie gesellschaftlicher Orientierung, die gute Institutionen oder Wachstumsperspektiven allein nicht bieten können. Hilfreich ist eine Neubestimmung auf einen gemeinsamen Standpunkt entlang einer gesamteuropäischen, ergebnisoffenen Debatte über Werte – also eine Zielbestimmung im Hinblick auf das, was wichtig und wünschenswert ist. Dies ist der dritte Vertrauensanker. Ebenso wenig wie der Reformkurs lässt sich eine solche Debatte verordnen – wohl aber veranstalten, etwa über „Runde Tische“, öffentliche Diskussionen und Ideenwettbewerbe.

Von eben diesem Schritt sind EU und Eurozone noch weit entfernt. Eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit gibt es nicht – ebenso wenig wie eine ergebnisoffene Diskussion über die langfristigen Ziele europäischer Integration. Der einzige Akteur, der diesen Dialog auf überstaatlicher Ebene anstoßen könnte, ist das Europäische Parlament. Die Macht, die das Parlament mittlerweile besitzt, nutzt es noch zu wenig. Die Abgeordneten blockieren sich innerhalb ihrer Fraktionen oft gegenseitig, da sie immer noch in nationalen Interessenkategorien denken, und praktizieren so eine Art *divide et impera* von unten. In der Eurokrise ist das Parlament bisher mit Lösungsvorschlägen oder Appellen nicht allzu sehr hervorgetreten. Das enorme Potenzial, das Europaparlament zu einem Band zwischen den Bevölkerungen Europas und der Brüsseler Steuerungsebene zu entwickeln, sollte zielstrebig genutzt werden. Sonst werden euroskeptische Parteien die gegenwärtige Sprachlosigkeit bei der Europawahl im Mai geschickt instrumentalisieren.

## **SYSTEMVERTRAUEN IST VORBEDINGUNG**

Noch ist die Eurozone von den drei Faktoren für neues Systemvertrauen weit entfernt. Sollte das so bleiben, könnte das langfristig auch Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in den Euro als gemeinsame Währung haben. Der Nexus zwischen Systemvertrauen und Währungsvertrauen in der Eurozone ist das Verhalten der Europäischen Zentralbank selbst. Über ihre Rettungspolitik, aber auch durch die explizite Zusage von EZB-Präsident Mario Draghi im September 2012, alles innerhalb des EZB-Mandats zu unternehmen, um den Euro zu retten, hat sich die EZB faktisch in eine Abhängigkeit von der Politik begeben.

Wo die allgemeine Schiefelage im Währungsraum die Geldpolitik beeinflusst, kann die EZB langfristig Vertrauenskollateralschäden nicht verhindern. Die gemeinsame Währung wird langfristig immer nur so gut sein können wie das Vertrauen, das Menschen in die zugrunde liegenden Institutionen setzen können. Systemvertrauen in die europäische Politik bleibt daher Grundvoraussetzung dafür, dass auch das Vertrauen in die gemeinsame Währung erhalten wird und wieder wachsen kann.

*Anmerkung des Autors: Dieser Beitrag gibt eine persönliche Meinung wieder.*

# Europa wählt

---

Stimmungsberichte aus fünf Ländern

**P**olen: Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren für die Menschen im Dezember 2013 noch kein wichtiges Thema, die Politik schweigt bislang weitgehend dazu. Allenfalls in internen Zirkeln der regierenden Bürgerplattform PO (*Platforma Obywatelska*) wird die Europawahl diskutiert, wobei man sich die bange Frage stellt, ob sich der in den Meinungsumfragen abzeichnende Ansehensverlust von Ministerpräsident Donald Tusk und seiner Partei im Wahlergebnis widerspiegeln könnte. Beobachter gehen davon aus, dass die oppositionelle PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, „Recht und Gerechtigkeit“) um Jarosław Kaczyński, die in nationalen Umfragen derzeit bis zu zehn Prozent vor der regierenden PO liegt, einen Sieg bei den Europawahlen einfahren könnte. Voraussichtlich wird die Wahlbeteiligung unter dreißig Prozent liegen. Dabei wird der PiS eher zugetraut, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, und davon ausgegangen, dass die teils frustrierten PO-Wähler in großer Zahl wahlabstinent bleiben könnten.

Das Jahr 2013 markierte in Polen die Mitte der Legislaturperiode. Ob es sich nur um einen „Halbzeit-Durchhänger“ der generell europafreundlichen Bürgerplattform handelt, lässt sich nicht abschließend sagen. Die schwierige Kommunikation der Regierungs- und Reformpolitik, vor allem aber das Bild der inneren Zerrissenheit sind indes Anzeichen für eine tiefere Krise. Der Spagat zwischen eher linksliberalen, städtischen Wählmilieus und wertkonservativen polnischen Traditionalisten wird immer schwieriger. Die einst verbindende Überzeugung, nur gemeinsam Jarosław Kaczyński und seine PiS verhindern zu können, reicht als einigende Klammer nicht mehr aus und gilt auch den meisten Polen nicht mehr als entscheidendes Wahlargument.

Bei der PiS, der größten Oppositionspartei, ist noch manche europapolitische Provokation aus ihrer Regierungszeit in unguter Erinnerung. Auch vertritt sie in sehr robuster Form vor allem gegenüber der Kommission nationale Positionen. Dabei vermeidet diese populistische Partei dezidiert antieuropäische Reflexe, weil die polnische Bevölkerung nicht euroskeptisch eingestellt ist. Circa 75 Prozent der Polen befürworten die EU-Mitgliedschaft und bewerten sie positiv. Polen hat es wie kein anderes Beitrittsland geschafft, von den EU-Fonds zu profitieren und die europäischen Hilfgelder optimal für den wirtschaftlichen Aufbau einzusetzen. Die Bevölkerung erkennt dies an und zeigt sich dankbar. Allerdings lehnen dennoch 75 Prozent der Polen die Euro-Einführung ab. Die Politik spart das Thema aus: Mit Blick auf die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen, aber auch schon mit Blick auf die Parlamentswahlen 2015 möchte man die Wähler nicht noch mehr vergraulen.

*Christian Schmitz  
Auslandsbüro Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung*

**Großbritannien und Irland:** „Stell dir vor, es ist Europawahl und keiner geht hin!“ – ganz so drastisch stellt sich die Situation in Großbritannien kurz vor der Europawahl nicht dar, aber das Interesse hält sich noch sehr in Grenzen. Und dies, obwohl kaum ein Tag vergeht, an dem die britischen Medien Europa nicht in irgendeiner – meist allerdings in negativer Weise – thematisieren.

Nachdem Premierminister David Cameron den Briten für 2017 ein Referendum über den Verbleib des Königreichs in der Europäischen Union (EU) in Aussicht gestellt hatte, nahm die Debatte über Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft Fahrt auf. Immigration und Missbrauch von Sozialleistungen sind dabei die beherrschenden Themen. Vor allem die populistische *United Kingdom Independence Party* (UKIP) versucht, davon zu profitieren.

Der Premierminister hat Mühe, die eigene Konservative Partei geschlossen hinter sich zu versammeln. Auch sein Bestreben, innerhalb der EU einschneidende Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem aber die Rückführung von Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene zu erreichen, findet in den übrigen EU-Staaten bislang nur bedingt Anklang. Zudem hat er jüngst in der *Financial Times* angekündigt, die Aufenthaltsbedingungen für Rumänen und Bulgaren verschärfen zu wollen, womit er nicht nur die EU-Kommission, sondern auch die Außenminister zahlreicher osteuropäischer Mitgliedsstaaten, gegen sich aufgebracht hat.

Die Emotionalität der Debatte spiegelt sich jedoch in den nationalen Umfragen bisher kaum wider. Hier liegt Labour unangefochten bei rund 35 Prozent mit

fünf bis zehn Prozentpunkten Vorsprung vor den *Conservatives*, während sich *Liberal Democrats* (LibDems) und UKIP gegenseitig den dritten Platz (zehn bis zwölf Prozent) streitig machen.

Ganz anders stellt sich hingegen das Bild bei den Umfragen zur Europawahl dar: Nachdem die *Conservatives* bei der Europawahl 2009 27,7 Prozent erzielt hatten, liegen sie nun laut einer Umfrage von *YouGov* vom Oktober 2013 nur noch bei 21 Prozent und damit an dritter Stelle hinter UKIP (22 Prozent) und Labour (35 Prozent). Von dem bei der Europawahl geltenden Verhältniswahlrecht (im Gegensatz zum sonst in Großbritannien herrschenden Mehrheitswahlrecht) profitiert vor allem die UKIP, die ihre Präsenz im Europäischen Parlament beträchtlich ausbauen könnte. Besonders angesichts der zu erwartenden geringen Wahlbeteiligung scheint das vom Vorsitzenden der UKIP, Nigel Farage, prognostizierte „politische Erdbeben“ ein wahrscheinliches Szenario zu sein.

Immerhin gibt es einige Hoffnungszeichen: Nachdem bis dahin die Befürworter des Austritts fast konstant die Nase vorn gehabt hatten, war im November zum ersten Mal ein Patt zwischen diesen und den Gegnern eines EU-Austritts (39 Prozent zu 39 Prozent) zu verzeichnen. Vermutlich geht das auf eine Initiative des Unternehmerverbands und von Teilen der Finanzbranche zurück, die erstmals öffentlich vor den Folgen eines EU-Austritts gewarnt hatten. Der reale Verlust von Arbeitsplätzen wiegt anscheinend doch schwerer als die vermeintliche Bedrohung durch Einwanderungswellen.

Mehr als eine Randnotiz ist in diesem Zusammenhang die „schottische Frage“: Nach der Europawahl steht am



18. September 2014 ein Referendum über die Loslösung Schottlands von Großbritannien an. Dass sich im Falle einer Unabhängigkeit zwei Drittel der Schotten für eine EU-Mitgliedschaft aussprechen würden, ist ebenso absehbar wie die Tatsache, dass ein Wahlsieg der UKIP Wasser auf die Mühlen der schottischen Unabhängigkeitsbewegung wäre. Insofern könnte die UKIP zur „Hebamme“ (David Gow, *Guardian*) der schottischen Unabhängigkeit werden.

In Irland steht die Europawahl zwar (noch) nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, es gibt aber weder eine explizit antieuropäische Stimmung, noch versuchen sich politische Kräfte mit populistischer Kritik an Europa zu profilieren.

Das ist umso bemerkenswerter, als die rigorosen Sparmaßnahmen der letzten drei Jahre im Zusammenhang mit der *Fine Gael*-Labour-Koalitionsregierung, der Troika und der EU-Kommission gesehen werden.

Aufgrund des EU-Beitritts von Kroatien wird Irland für das Europäische Parlament einen Abgeordneten weniger stellen als zuvor. Was die verbleibenden elf Mandate betrifft, deuten Umfragen darauf hin, dass *Fine Gael* seine vier Sitze im Europäischen Parlament ebenso behält wie *Fine Fail* seine bisherigen drei Mandate. Am ehesten drohen Labour Verluste (bisher drei Sitze) zugunsten von *Sinn Féin*.

Hans-Hartwig Blomeier  
Auslandsbüro London der Konrad-Adenauer-Stiftung

**S**panien: Der EU-Beitritt Spaniens 1986 bedeutete das Ende der außenpolitischen Isolation des Landes und leitete eine beeindruckende ökonomische Aufholjagd ein. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die spanische Europa-Euphorie jedoch deutlich abgekühlt. Ernüchterung, wenn nicht sogar Resignation prägt die Stimmung. Das gilt für Politik, Medien und Gesellschaft gleichermaßen. Die Regierung ist der Meinung, dass ihre Sparanstrengungen in Brüssel nicht ausreichend gewürdigt werden – sogleich nach dem Auslaufen des Bankenrettungsprogramms hatte die Europäische Kommission gemahnt, den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Für die angekündigten Steuersenkungen hat Ministerpräsident Mariano Rajoy nun anscheinend keinen Spielraum mehr. Seitdem im März 2012 ein Spanier seinen Posten im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) verloren hat, wird zusätzlich ein mangelnder Einfluss in den europäischen Gemeinschaftsinstitutionen beklagt. Die Medien entwerfen ein Europabild, das

diese Institutionen als von den nördlichen Mitgliedsstaaten „gekapert“ zeichnen. So solle „dem Süden“ Austerität und Mentalitätswandel aufgezwungen werden. Die Konsequenz ist, dass mittlerweile zwei Drittel der Spanier die Meinung vertreten, es bestünde keine Notwendigkeit, zur Verbesserung der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes „signifikante Reformen“ durchzuführen (Eurobarometer, November 2013).

Für die Wahlen zum Europaparlament wird eine ähnlich niedrige Wahlbeteiligung wie 2009 erwartet: 46 Prozent. Laut aktuellen Umfragen würden die Konservativen 29 und die Sozialisten 28 Prozent der Stimmen (ein Minus von 13 respektive 11 Prozentpunkten) erhalten und damit jeweils sechs Sitze in Straßburg einbüßen. Die Zentrumsparterie „Union Fortschritt und Demokratie“ (*Unión Progreso y Democracia*, UPyD) könnte ihr Ergebnis auf acht Prozent verdreifachen, die Postkommunisten ihres sogar vervierfachen (fünfzehn Prozent, Daten nach Metroscopia, November 2013). Europaskeptische Formationen oder Populisten spielen jedoch keine Rolle. Wichtig ist allerdings auch die Frage, wie sich die Regionalparteien verhalten. So waren zum Beispiel die katalanischen Nationalisten 2009 getrennt nach Rechts-Links-Ausrichtung angetreten.

*Adriaan Kühn  
Auslandsbüro Madrid der Konrad-Adenauer-Stiftung*

**K**roatien ist das jüngste Mitgliedsland der Europäischen Union (EU). Nachdem der Beitritt am 1. Juli 2013 lautstark gefeiert worden war, ist in der Bevölkerung inzwischen Ernüchterung eingetreten. Viel hatten sich die Kroaten vom Beitritt versprochen, vor allem eine sofort spürbare Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Neben der „immateriellen“ Bestätigung ihrer europäischen Identität erhofften sie sich konkret die umfassende wirtschaftliche Einbeziehung des Landes in den Europäischen Binnenmarkt, vorteilhafte Regelungen bezüglich der Freizügigkeit im Güter-, Dienstleistungs- und Personenverkehr sowie wirtschaftliche Unterstützung (Struktur- und Kohäsionsfonds) bei der Realisierung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen. Die Freizügigkeit im Personenverkehr ist nun aber für zwei Jahre ausgesetzt, und die Bereitstellung von

Mitteln des Struktur- und Kohäsionsfonds bleibt an noch ausstehende erfolgreiche Projektvorschläge sowie an den Kofinanzierungsmodus gebunden. Entgegen den Erwartungen hat die kroatische Wirtschaft erst einmal erhebliche wirtschaftliche Nachteile erlitten, wie etwa den Verlust von traditionell wichtigen Absatzmärkten in der Region (*Central European Free Trade Agreement*, CEFTA). Zudem erschweren die rigiden EU-Handels- beziehungsweise Produktions- und Auszeichnungsvorschriften (siehe das Beispiel „Prosek“) den Export vor allem von landwirtschaftlichen Produkten in die EU. Gleichzeitig drängen europäische Dienstleister (RWE) und Handelsketten (Hofer, IKEA) auf den kroatischen Markt und machen den einstigen kroatischen Monopolisten Konkurrenz. Darüber können sich zwar die Verbraucher, nicht aber die staatlichen Versorgungsunternehmen freuen. Hinzu kommt, dass die Mehrbelastungen durch den fälligen EU-Mitgliedsbeitrag und die möglichen Kofinanzierungskosten den kroatischen Haushalt beziehungsweise die kroatische Wirtschaft belasten.

Den kroatischen Bürgern wird auf diese Weise klar, dass sich mit dem EU-Beitritt keines der Probleme Kroatiens von allein löst. Dabei scheint die kroatische Regierung dringend erforderliche Strukturreformen so lange verzögert zu haben, bis diese den Kroaten – im Rahmen des jetzt beschlossenen EU-Defizitverfahrens – als Auflagen der EU oder des Internationalen Währungsfonds (IWF) vermittelt werden können. Politisch weniger kenntnisreiche Wähler könnte das dazu verleiten, der EU die Verantwortung für die jetzt unvermeidbaren und schmerzhaften Sanierungsmaßnahmen zu geben.

Sollte dieser Fehlschluss gezogen werden, könnte es bei den Europawahlen zu einer noch geringeren Wahlbeteiligung kommen als bei dem EU-Referendum 2012, als sie bei 43,5 Prozent lag. Es steht zu befürchten, dass es sogar zu einer Stärkung der europaskeptischen politischen Strömungen und Parteien im Land kommen könnte. Die oppositionelle Kroatische Demokratische Union (*Hrvatska demokratska zajednica*, HDZ), die der Europäischen Volkspartei (EVP) angehört, hatte schon immer den EU-Beitritt Kroatiens angestrebt und wird sich deshalb auch in Zukunft den antieuropäischen Strömungen im Land entgegenstellen. Die kroatische Regierungskoalition unter Führung der Sozialdemokraten dagegen haderte – zuletzt wegen der Anwendung des Europäischen Haftbefehls gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher im Balkankrieg – bereits mehrmals mit der EU-Kommission und pflegt einen eher „robusten“ politischen Dialog mit der EU. Es bleibt abzuwarten, wie kooperativ sich die kroatische Regierung im anstehenden Defizitverfahren zeigen wird, wenn es darum geht, die haushaltspolitische Schiefelage des Landes zu beenden.

Michael A. Lange  
Auslandsbüro Zagreb der Konrad-Adenauer-Stiftung



Österreich

Italien



Portugal

Spanien



# Europas Mehrwert

---

Was es uns kostet, wenn wir nicht europäisch handeln

## KLAUS WELLE

Geboren 1964 in Beelen, Kreis Warendorf, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erinnert sich noch jemand an die Vorbereitungen zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts 1992? Grundlage dafür war der „Cecchini-Bericht“, eine umfassende Analyse der wirtschaftlichen Folgen eines einheitlichen

Marktes für die Bürger von damals noch zwölf Mitgliedsstaaten, der insbesondere die Kosten der europäischen Marktfragmentierung ermittelte. Das entscheidende Argument der Studie war die enorme Kostensenkung im Warenverkehr, die zu erreichen sei, wenn einheitliche europäische Regeln an die Stelle von zwölf nationalen Regelungssystemen träten. Unterschiedliche Regelungen schaffen immense Kosten für die Verbraucher – die Kosten von Nicht-Europa.

Dieser methodische Ansatz ist in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise verloren gegangen. Heute werden die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen europäischer Regelungen genauestens beziffert, aber die Kosten von Inaktivität und fortgesetzter Zersplitterung bleiben außen vor. In Analogie zum Autofahren könnte man sagen: Es gibt europäische Bremspedale, aber kein Pedal zur Beschleunigung und zum Gasgeben.

Studien des Europäischen Parlaments, die zwölf Sach- und Arbeitsbereiche umfassen, haben bei vorsichtiger Schätzung Kooperations- und Einsparungspotenziale in Höhe von über 800 Milliarden Euro jährlich identifiziert. Selbst wenn diese konkrete Zahl in Zweifel gezogen werden sollte, mehrere Hundert Milliarden Euro möglicher Entlastung im Jahr sind es auf jeden Fall.

Bedeutende Vorteile europäischer Kooperation drohen also in sträflicher Weise ungenutzt zu bleiben. Dabei werden Impulse für Wachstum und die Verbesserung der Lebensverhältnisse gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dringend gebraucht. Man denke nur an die Einsparmöglichkeiten bei öffentlichen Beschaffungen, die im europäischen Rahmen weitaus kostengünstiger organisiert werden könnten. Ein eindeutiger Fall von Verschwendung durch unterlassene Zusammenarbeit ist die Fortexistenz nationaler Beschaffungsmaßnahmen im militärischen Bereich. Sie führt zu hohen Zusatzkosten – bei gleichzeitiger Verringerung unserer Verteidigungskapazität.

## **VORTEILE EINES METHODENWECHSELS**

Es ist an der Zeit für ein Revival der Methode „Kosten von Nicht-Europa“. Dieser fundamentale Methodenwechsel bietet nicht zuletzt eine Reihe von systematischen Vorteilen:

### *1. Die Operationalisierung von Subsidiarität*

Das in den Europäischen Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip hat in der Praxis noch keine Form der Operationalisierung gefunden. Es gibt zwar ein Verfahren, mit dessen Hilfe nationale Parlamente einen Subsidiaritätsvorbehalt anmelden können. Auf welcher Grundlage aber entschieden werden kann, ob tatsächlich ein Bruch des Subsidiaritätsprinzips vorliegt, bleibt im Dunkeln und ist letztlich einem rein politischen Prozess überlassen.

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass nur diejenigen Aufgaben einer übergeordneten Ebene übertragen werden sollen, die dort „besser“ gelöst werden können. Aber auch: Was auf einer übergeordneten Ebene besser gelöst werden kann, soll auf diese übertragen werden. Die systematische Prüfung der Kosten von Nicht-Europa bietet genau das: die quantifizierte Prüfung, ob eine Aufgabe besser auf der europäischen Ebene gelöst werden kann oder nicht.

### *2. Wiederherstellung eines positiven Grundkonsenses zu Europa*

Beruhete das Arbeitsprogramm der Europäischen Union auf der Analyse klar identifizierter Integrationsvorteile, ließe sich ein Grundkonsens über die Notwendigkeit europäischer Integration wiederherstellen, ohne systematisch auf Meta-Argumente wie Krieg und Frieden zurückgreifen zu müssen.

Natürlich werden weiterhin die Vorteile von europäischen Integrationsritten zwischen Nationen und sozialen Gruppen unterschiedlich verteilt sein. Die politische Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit ist also nicht aufgehoben. Aber die Identifizierung eines globalen Vorteils ist nicht das Ende der Debatte. Die Chance auf Akzeptanz europäischer Entscheidungen dürfte trotzdem erheblich höher sein.



### 3. Identifizierung von Prioritäten

Die Europäische Kommission macht im Laufe einer Legislaturperiode Hunderte von Gesetzgebungsvorschlägen. Was ist wirklich wichtig? Worauf soll die Arbeitszeit des Gesetzgebers konzentriert werden? Welche Gesetzesvorhaben müssen in die nächste Legislaturperiode verschoben werden? Das ist kein abstraktes Problem. Aktuell ist sichtbar, dass eine große Anzahl von Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode nicht mehr bewältigt werden kann. Welche sollen also Vorrang haben?

Rational wäre, sich auf die Gesetzesvorhaben zu konzentrieren, die die größten Kosten der Nicht-Integration mit sich bringen. Das Legislativpaket für den Weiterbau eines gemeinsamen Dienstleistungsmarkts mit einem Mehrwert von Hunderten Milliarden Euro muss selbstverständlich vorrangig behandelt werden. Eine engere Kooperation im Bereich gemeinsamer Normen und eines Binnenmarkts für Rüstungsgüter im Umfang von über zwanzig Milliarden Euro jährlich verdient ebenfalls baldige Beachtung. Aber es gibt auch viele Vorhaben, die in Zahlen kaum messbar sind. Die im Parlament entwickelte Karte über die „Kosten Nicht-Europas“ macht diese Unterschiede grafisch sichtbar. All das schließt im Übrigen soziale und ökologische Maßnahmen nicht aus, sondern sie bekommen mehr Beachtung, wie sich am Beispiel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ demonstrieren lässt.

Nicht zuletzt erhöht die gemeinsame Methode auch die Chancen einer Einigung von Parlament, Rat und Kommission auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode. Das Parlament ist vorbereitet.

## MILLIARDENSCHWERES POTENZIAL

Habe ich die Leserinnen und Leser mit einem administrativ-bürokratischen Aufsatz belästigt? Nichts läge mir ferner. Die künftige Legitimation der Europäischen Union hängt zentral von ihrer Fähigkeit ab, „europäischen Mehrwert“ zu produzieren und das auch zu kommunizieren. Die vorgeschlagene Arbeitsmethode systematisiert diese Fähigkeit und wirkt darauf hin, ein Hunderte von Milliarden Euro schweres Kooperationspotenzial nicht brachliegen zu lassen. Darüber hinaus wird die Arbeit des Europäischen Parlaments transparenter, indem seine Vorhaben durch Analysen zum europäischen Mehrwert untermauert werden. Sie werden veröffentlicht und unterliegen damit auch der Kritik. Ob Themen auf nationaler oder europäischer Ebene behandelt werden sollen, würde mit dieser Methode dem Bereich der Ideologie entzogen und wäre Gegenstand einer rationalen Analyse.

# Kein Parlament zweiten Ranges

---

Die demokratische Qualität Europas

## **HANS-GERT PÖTTERING**

Geboren 1945 in Bersenbrück,  
Präsident des Europäischen Parla-  
ments a. D., seit 2010 Vorsitzender  
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl des Jahres 1952 ist das Europäische Parlament beziehungsweise seine Vorgänger einer der wesentlichen Schrittmacher der europäischen Einigung. Seit über sechzig Jahren

ist es Ort für Debatten über die Zukunft Europas und Ort der Aushandlung teils mühsamer politischer Kompromisse, die Europa Schritt für Schritt voranbringen.

Der Weg der europäischen Einigung war ein nicht immer geradliniger, ein oft von Krisen und Rückschlägen gekennzeichneter Weg – der auch das Europäische Parlament selbst verändert hat: Die ursprünglich 78, ab 1958 dann 142 Mitglieder der Europäischen Parlamentarischen Versammlung wurden anfangs von den sechs Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestimmt. Seit 1979 erfolgte ihre Direktwahl. Vom 22. bis 25. Mai 2014 – in Deutschland am 25. Mai 2014 – werden die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union nun zum achten Mal das Europäische Parlament wählen, das dann 751 Abgeordnete – 96 davon aus Deutschland – umfassen wird, verteilt auf die 28 Mitgliedsstaaten.

## **WELTWEIT EINZIGE DIREKT GEWÄHLTE SUPRANATIONALE ORGANISATION**

Das Europäische Parlament ist die einzige europäische Institution, die die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union direkt vertritt. Es ist auch die einzige direkt gewählte supranationale Organisation der Welt.

1962 bekam das Parlament seine heutige Bezeichnung. Ab 1971 erhielt es nach und nach einen eigenen Haushalt – und wurde schrittweise an der Aufstellung und Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinschaft beteiligt. Gleichwohl war seine Aufgabenstellung zur ersten Direktwahl begrenzt und mit seiner heutigen Aufgabenfülle nicht zu vergleichen.

1979 hatte das Europäische Parlament keinerlei Gesetzgebungsbefugnisse. Heute steht das Europäische Parlament im Zentrum einer europäischen parlamentarischen Demokratie, von der wir 1979 nur träumen konnten. Es ist kein Parlament zweiten Ranges. Die über sechzigjährige Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung beruht zu einem großen Teil auf dem beständigen Ausbau der parlamentarischen Demokratie in der Europäischen Union.

Mit dem Ministerrat der Europäischen Union ist das Europäische Parlament heute in der Gesetzgebung nahezu gleichberechtigt: Auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon hat sich der Anteil der Mitentscheidungsbereiche auf beinahe 100 Prozent erhöht. Gemeinsam entscheiden Parlament und Rat beispielsweise über den Haushalt der Europäischen Union in Höhe von gegenwärtig 132,8 Milliarden Euro.

## **MEHR RECHTE ALS MANCHES NATIONALPARLAMENT**

Gegenüber der Europäischen Kommission übt das Europäische Parlament entscheidende Kontrollfunktionen aus. Wichtigster Ansatzpunkt ist das Budgetrecht, das Königsrecht des Parlaments. Im Haushalts- und Haushaltskontrollausschuss werden die Aufgaben der Kommission analysiert und bewertet. So können sowohl inhaltliche als auch strukturelle Entwicklungen beeinflusst werden, da im Grunde jede Handlung ihren Niederschlag in den Haushaltsplänen findet.

Eine weitere wichtige Kontrollfunktion besteht in Zusammenhang mit der personellen Zusammensetzung der Kommission. Hier hat das Parlament ein entscheidendes Mitspracherecht: Der Kandidat für das Amt des Präsidenten wird dem Europäischen Parlament vom Europäischen Rat – also der Versammlung der Staats- und Regierungschefs – unter Berücksichtigung des Ergebnisses der vorangegangenen Europawahlen vorgeschlagen. Das Parlament

kann den Vorschlag des Europäischen Rates billigen oder ihn ablehnen. Auch die weiteren Mitglieder der Kommission müssen vom Parlament als Ganzes bestätigt werden; die Kommissare müssen sich einer Anhörung stellen (Artikel 17 Absatz 7 Vertrag über die Europäische Union – EUV).

Die Rechte des Europäischen Parlaments sind damit umfassender als die vieler nationaler Parlamente. In Deutschland etwa wird nur die Bundeskanzlerin beziehungsweise der Bundeskanzler vom Deutschen Bundestag gewählt. Darüber hinaus kann das Europäische Parlament der Kommission mit Zweidrittelmehrheit sein Misstrauen aussprechen (Artikel 234 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV).

## **BUNDESVERFASSUNGSGERICHT WIRD DER BESONDERHEIT DER EU NICHT GERECHT**

Aufgrund dieser Fülle parlamentarischer Rechte ist für mich nicht nachvollziehbar, dass die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments vom Bundesverfassungsgericht wiederholt infrage gestellt worden ist. Diese Legitimation ausschließlich an nationalstaatlichen Maßstäben zu messen, wird der Besonderheit der Europäischen Union als einem völkerrechtlichen Staatenverbund *sui generis* nicht gerecht: Weder die bemängelte unterschiedliche Anzahl der Wähler pro Abgeordneten in den verschiedenen Mitgliedsstaaten noch seine Aufgaben als Mitgesetzgeber und Kontrollorgan der Kommission lassen einen Zweifel daran zu, dass das Europäische Parlament eine echte Volksvertretung ist.

Berechtigt sein mag die Kritik am fehlenden Initiativrecht – ein Mangel, den auch der Vertrag von Lissabon zu meinem Bedauern nicht beseitigt hat. Für einen Mitgesetzgeber ist es auf Dauer unangemessen, darauf angewiesen zu sein, dass die Exekutive Initiativen anstößt – oder sie nur dazu auffordern zu können (Artikel 225 AEUV), wie es seit dem Vertrag von Lissabon möglich ist. Angesichts der bisherigen Entwicklung des Europäischen Parlaments kann aber davon ausgegangen werden, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sich das Parlament dieses Recht erkämpft.

Ich bin über die Hälfte meines Lebens Mitglied des Europäischen Parlaments. In dieser Zeit habe ich viele Veränderungen und Weiterentwicklungen in der gesamten Europäischen Union miterlebt. Meine Überzeugung aus bald 35 Jahren Arbeitserfahrung lautet, dass es der Einheitsgedanke ist, der – gründend auf unseren gemeinsamen Werten und unserer gemeinsamen Geschichte – die Europäische Union zusammenhält. Dazu gehört auch ein Europäisches Parlament, das handlungsfähig ist und unter diesen Umständen stabile Mehrheitsentscheidungen treffen kann.

## HANDLUNGSFÄHIGKEIT DES PARLAMENTS IN GEFAHR

Bei den kommenden Europawahlen soll in Deutschland eine Drei-Prozent-Hürde gelten, nachdem im November 2011 Karlsruhe die bisherige Fünf-Prozent-Klausel gekippt hat. Das europäische Recht stellt es den Mitgliedsstaaten frei, bei Europawahlen Hürden bis zu fünf Prozent aufzubauen, um zu verhindern, dass Minderheitenparteien ins Parlament einziehen, Mehrheitsbeschlüsse nur noch schwer zu erzielen sind und somit die Handlungsfähigkeit des Parlaments in Gefahr gerät. Fünfzehn der insgesamt 28 Mitgliedsstaaten verfügen aktuell über eine Sperrklausel.

Die gegenwärtig 766 Parlamentsmitglieder verteilen sich auf derzeit sieben Fraktionen: Europäische Volkspartei, Sozialdemokraten, Liberale, Grüne, Europäische Konservative, Euroskeptiker sowie Linke. Hinzu kommen 31 fraktionslose Abgeordnete. Mit dem Einzug weiterer Splitterparteien besteht die Gefahr, dass die Parlamentsarbeit zusehends erschwert wird.

Dieser Ansicht waren auch die inzwischen ausgeschiedenen Richter Udo Di Fabio und Rudolf Mellinghoff, die an dem Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom November 2011 mitgewirkt haben: In einem gemeinsamen Sondervotum haben sie überzeugend dargelegt, dass auch das Europäische Parlament – wie der Deutsche Bundestag – vor zu starker Zergliederung der politischen Kräfte geschützt werden müsse.

Um die Handlungsfähigkeit des Parlaments weiterhin zu wahren, muss eine Regelung geschaffen werden, die ermöglicht, länderübergreifend starke Fraktionen zu bilden. Ich bin sicher: Die Drei-Prozent-Klausel ist ein Weg in die richtige Richtung, um die Arbeits- und Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu bewahren und unsere Einheit in der Vielfalt zu schützen.

## KEIN EUROPÄISCHES VOLK?

Nicht selten ist zu hören, die Idee der parlamentarischen Demokratie könne auf europäischer Ebene eigentlich gar nicht verankert werden. Dies sei ein unmögliches Unterfangen. Zu einer Demokratie gehöre ein Demos – ein europäisches Volk gebe es aber gar nicht.

Ich bin anderer Meinung: Die parlamentarische Demokratie war auch in den heutigen europäischen Nationalstaaten nicht in deren jeweiligen Gründungsmythen angelegt. Die Nationalstaaten entstanden vor dem Zeitalter der modernen Demokratie. Zunächst entwickelte sich der Rechtsstaat. Erst später, schrittweise, gegen viele Widerstände und mit vielerlei inneren Widersprüchen entstand in den Staaten des heutigen Europa die parlamentarische Demokratie.

Das Europäische Parlament ist in seiner Mehrheit davon überzeugt, dass dies in ähnlicher Weise auch für die europäische Integration zutrifft.

Erst entstanden die Strukturen einer neuen zwischenstaatlichen Ordnung mit supranationalen Elementen. Dann folgte die Entfaltung des Prinzips eines originären europäischen Rechts; des *acquis communautaire*, des gemeinsamen Besitzstandes, gehütet vom Europäischen Gerichtshof.

Erst langsam begann der Gedanke des Parlamentarismus auf der Ebene der europäischen Integration Fuß zu fassen. Er ist zugegebenermaßen – im Verhältnis zum Reifegrad des Parlamentarismus in den meisten Mitgliedsstaaten – weiter verbesserungsfähig. Dessen ungeachtet muss heute mit aller Klarheit gesagt werden: Die parlamentarische Demokratie ist in der Europäischen Union Wirklichkeit geworden!

## **KEIN GEGENSATZ DER PARLAMENTE**

Es geht heute auch nicht mehr um einen angeblich unversöhnlichen Interessenkonflikt zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten oder zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten.

Im Gegenteil: Die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ist heute so eng wie nie zuvor. Durch ein Netz von Beobachtern in Brüssel und den nationalen Hauptstädten wird die Legislativarbeit auf beiden Ebenen gut abgestimmt.

Immer mehr Sachverhalte des Lebens in der Globalisierung, die der politischen Gestaltung unterliegen, entziehen sich einer nationalen Entscheidungsmacht. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Deshalb ist das Zusammenwirken zwischen der nationalen und der europäischen Ebene zwingend, um überhaupt tragfähige und wirksame Lösungen zu finden, die dann auch einen Mehrwert für alle in der Europäischen Union bedeuten.

Damit die Demokratie weiter gestärkt wird, ist es erforderlich, dass das Europäische Parlament seine Rolle als Mitgesetzgeber aktiv und selbstbewusst wahrnimmt. Ebenso erforderlich ist es, dass sich die nationalen Parlamente stärker mit den Grundfragen, aber auch mit den vielen Einzelheiten der europäischen Politik befassen.

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente stehen nicht im Wettbewerb, sondern sie tragen eine gemeinsame Verantwortung für die europäische Demokratie. Wir arbeiten partnerschaftlich und konstruktiv zusammen – zum Wohle der Völker in der Europäischen Union.

Zum politischen Leben in der Europäischen Union gehört heute das Wechselspiel der drei großen europäischen Institutionen – des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates beziehungsweise des Ministerrates und der Europäischen Kommission.

## MITTEN IM GEFÜGE DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIE

Es war mehr als nur ein symbolischer Akt, dass die „Berliner Erklärung“ am 25. März 2007 zum fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge von den Vertretern der drei Institutionen gemeinsam unterzeichnet wurde. Es ist auch mehr als nur ein symbolischer Akt, dass der Präsident des Europäischen Parlaments zu Beginn der Treffen des Europäischen Rates die Position des Parlaments zu den zu erörternden Themen vorträgt. Und es ist mehr als nur ein symbolischer Akt, dass der Präsident des Europäischen Parlaments inzwischen an den Treffen der Parlamentspräsidenten der G-8-Staaten teilnimmt.

Heute können wir feststellen, dass das Europäische Parlament in seiner Aufgabe, seiner Stellung und seiner Würde im Gefüge der europäischen parlamentarischen Demokratie auf angemessene Weise berücksichtigt wird, wenn wir unser Bild von den Abläufen des Einflusses, der Macht und der Politik in der Europäischen Union zeichnen.

Wir Parlamentarier – sowohl nationale als auch europäische Abgeordnete – spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas. Dessen sollten wir uns stets bewusst sein. Denn die Einigung Europas wird nur auf der Grundlage parlamentarisch-demokratischer Entscheidungen möglich sein. Die europäische Demokratie und den europäischen Parlamentarismus weiter zu stärken, ist daher eine gemeinsame Aufgabe!

### **Literatur:**

Im März 2014 erscheint im Böhlau Verlag:

Hans-Gert Pöttering: *Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg*, ca. 512 Seiten, ca. 29,90 Euro, ISBN 978-3-412-22262-8.



# Studieren in Europa

---

Auslandserfahrungen bereichern die persönliche  
und berufliche Entwicklung

## MARGRET WINTERMANTEL

Geboren 1967 in Bruchertseifen (Westerwald), seit 2012 Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes e. V.

Ein Studium oder Praktikum in einem anderen Land ist für Studierende heute viel selbstverständlicher als noch 1987, als die Europäische Gemeinschaft das ERASMUS-Programm startete. Ziel der neuen Initia-

tive war, die Mobilität in Europa zu steigern. Der Start war eher verhalten: Im ersten Förderjahr konnten 3.244 Studierende aus den damaligen zwölf Gemeinschaftsstaaten, darunter knapp 700 Deutsche, zu einem mehrmonatigen Auslandsstudium bewogen werden. Das hat sich inzwischen geändert.

25 Jahre danach stellt sich ERASMUS als ein wirkliches Erfolgsprogramm dar: Rund drei Millionen Studierende aus jetzt 33 Ländern Europas haben die Gelegenheit wahrgenommen, für einen Teil des Studiums ins Ausland zu gehen. Deutschland zählt dabei mit über 400.000 Geförderten zu den Ländern mit den mobilsten Studierenden. ERASMUS trägt auch erheblich dazu bei, dass inzwischen jeder dritte deutsche Hochschulabsolvent einen temporären Auslandsaufenthalt vorweisen kann, davon sechzig Prozent in Westeuropa. Gefragte Zielländer sind vor allem Großbritannien, Frankreich und Spanien. Besonders mobil sind Studierende der Wirtschaftswissenschaften sowie der Sprach- und Kulturwissenschaften. Auch die Zahl der deutschen Studierenden, die ihr gesamtes Studium im Ausland absolvieren, ist mit 127.000 beachtlich und hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Achtzig Prozent davon studierten in Westeuropa.

## MOBILITÄT STEIGERN

Deutsche Studierende gehören also erfreulicherweise zu denen, die eingesehen haben, dass sich ein Studienaufenthalt im Ausland lohnt. Ein weltoffenes und exportorientiertes Land braucht viele kluge und innovative Köpfe mit internationaler Erfahrung in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Bund und Länder streben in ihrer Internationalisierungsstrategie für die Hochschulen gemeinsam mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) an, dass jeder zweite Hochschulabsolvent im Laufe seines Studiums studienbezogene Auslandserfahrungen sammelt. Um die Mobilität weiter zu steigern, müssen ihre Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. So müssen mehr Stipendien bereitgestellt werden, denn noch immer gilt bei den Studierenden eine fehlende Finanzierung als größtes Hindernis für einen Auslandsaufenthalt. Das neue ERASMUS-Programm der Europäischen Union (EU) mit einer deutlichen Erhöhung der Stipendienmittel wird ab 2014 hier einen erheblichen Beitrag leisten. Eine signifikante Steigerung der Mobilität kann aber nur gelingen, wenn zusätzlich auch die nationalen Fördermittel aufgestockt werden.

Als weiterer wichtiger Entscheidungsgrund gegen ein Auslandsstudium wird eine erwartete Verlängerung des Studiums vorgebracht, etwa wegen fehlender Anerkennung der im Ausland erbrachten Studienleistungen – ein Argument, das im Zuge der Bologna-Reformen längst entkräftet sein sollte, gerade in Deutschland aber immer noch zutrifft. Zwar hat sich die Anerkennungsrate mit der Einführung von Bachelor und Master und mit der Nutzung des Europäischen Systems zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (*European Credit Transfer and Accumulation System*, ECTS) in den letzten Jahren verbessert, ist aber im europäischen Vergleich noch stark zu optimieren. Letztlich müssen trotz erfreulicher Fortschritte auch die Curricula konsequent mobilitätsfreundlich gestaltet werden und Auslandsfenster vorsehen. Die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge, wie sie etwa vom DAAD oder von ERASMUS Mundus unterstützt wird, bietet dazu eine gute Gelegenheit.

## PERSÖNLICH ERLEBBAR

Die Mehrzahl der auslandsmobilen Studierenden berichtet von prägenden Erfahrungen: neuen Freundschaften, verbesserten Fremdsprachenkenntnissen, Gewinn an Selbstständigkeit und neuen Perspektiven auf das Gastland, aber auch auf die Heimat. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten des DAAD und des ERASMUS-Programms haben dazu hervorragende Belege geliefert. Mit Blick auf die Erfahrungen in Europa berichten deutsche ERASMUS-Studierende in der Publikationsreihe *Generation Erasmus. Auf dem Weg nach Europa* des DAAD über ihren Aufbruch aus den vertrauten Lebensverhältnissen und

darüber, was der Aufenthalt im europäischen Ausland bewirkt hat: Weltoffenheit, Entwicklung eines europäischen Lebensgefühls, Mobilitätsbereitschaft, Flexibilität in den Denkweisen und Vertrautheit mit verschiedenen Sprachen und Gedankenwelten. ERASMUS ist zu einem Synonym für europäische Erfahrung und das Zusammenwachsen Europas geworden und damit zu einer überzeugenden Erfolgsgeschichte, die dazu beigetragen hat, dass das gemeinschaftliche Europa nicht nur als politisches und wirtschaftliches Projekt existiert, sondern durch die Begegnungen mit Menschen und Kulturen anderer europäischer Länder konkret und persönlich erlebbar auch in den Herzen verankert wird.

Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um auch in Zeiten der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise und wachsender Euroskepsis für ein solidarisches Miteinander und Handeln einzutreten und gemeinsam Wege aus der Krise zu finden. Zu diesen europapolitischen Themen ist jedoch zumindest in den öffentlichen Diskursen aus den Reihen der zahlreichen ehemaligen ERASMUS-Studierenden, die nach Umfragen zu den überzeugtesten Europäern gehören und zum Teil inzwischen prominente berufliche Positionen einnehmen, leider wenig zu hören. Vermutlich müssen auch die Politiker das Potenzial dieser auslandserfahrenen Europäer konsequenter für ihre Überlegungen und Debatten nutzen. EU-Kommissionspräsident José Barroso hat dazu anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU in Oslo ein gutes Beispiel gegeben, als er mit ERASMUS-Studierenden über die Krise und die Zukunft Europas diskutierte.

## **ARBEIT UND QUALIFIKATION FÜR DIE JUNGEN**

Selbstverständlich braucht es mehr als politische Debatten, um die Stabilität und die Einheit der EU und ganz Europas zu sichern. Vor allem gilt es, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen. Auf politischer Ebene haben die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel daher Beschäftigungsprogramme beschlossen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen, die etwa in Spanien und Griechenland über fünfzig Prozent beträgt. Sie haben aber auch erkannt, dass zur Sicherung der Staatengemeinschaft und zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit von Europa vor allem in die Bildung investiert werden muss, und daher insgesamt 14,7 Milliarden Euro für das neue Bildungsprogramm ERASMUS plus für die Jahre 2014 bis 2020 bereitgestellt. Davon werden rund vier Millionen Jugendliche in Europa aus allen Bildungsbereichen profitieren, darunter allein zwei Millionen Studierende. Diese können sich mit dem Programm zusätzliche internationale Kompetenzen im Ausland erwerben und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

## **„EUROPA MACHT SCHULE“**

Dabei darf aber gerade mit Blick auf die Zukunft und den Zusammenhalt Europas nicht vergessen werden, dass die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der jungen Generation nicht das alleinige Ziel des Studierendenaustauschs in Europa sein darf. Vielmehr muss die Mobilität künftig noch bewusster als jetzt auch zur Bildung eines europäischen Gemeinsinns und einer europäischen Identität beitragen. Dazu können europäische Lehrinhalte, das Lernen von Fremdsprachen, aber auch Projekte wie das vom DAAD koordinierte „Europa macht Schule“ beitragen, bei dem ausländische Gaststudierende in deutschen Schulen ihr europäisches Heimatland vorstellen und mit den Schülern interkulturelle Themen erarbeiten. Die vielfältigen Chancen, die junge Generation für Europa zu begeistern, müssen entschlossen genutzt werden.

# Mit angezogener Handbremse?

Deutsche Parteien im Europawahlkampf

## KARL-RUDOLF KORTE

Geboren 1958 in Hagen, seit 2003 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen mit dem Schwerpunkt „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“.

## STEFAN THIERSE

Geboren 1982 in Landsberg am Lech, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“ an der Universität Duisburg-Essen.

„Handeln. Mitmachen. Bewegen.“ Die Wahlkampagne des Europäischen Parlaments ist wieder einmal lange vor den Kampagnen der Parteien an den Start gegangen. Das sagt einiges über die Rolle der politischen Parteien für die Mobilisierung

der Wähler aus. Man stelle sich nur einmal vor, der Bundestag würde auf YouTube mit dem Slogan „Sie haben die Macht zu entscheiden“ für den Gang zur Urne werben. Doch für das Europäische Parlament (EP) hat es gewissermaßen Tradition, in Wahlkämpfen als Anwalt in eigener Sache aufzutreten und der zunehmenden Wahlverdrossenheit (die Wahlbeteiligung lag im Jahr 2009 europaweit bei 43 Prozent) mit dem Verweis zu begegnen, es sei das einzige demokratisch unmittelbar legitimierte Organ der Europäischen Union (EU) und zudem ein mächtiger Ko-Gesetzgeber. Europawahlkampagnen fehlen aufgrund spezifischer Charakteristika der EU sowie der Besonderheiten des Parlaments zentrale Merkmale, die mit modernen, professionalisierten Kampagnen auf nationaler Ebene in Verbindung gebracht werden.

Seit Langem gelten Europawahlen als *second-order elections*, als zweitrangige

Nebenwahlen, und dies vor allem deshalb, weil die Wähler nicht über die Wahl beziehungsweise Abwahl einer europäischen Regierung entscheiden können. Aus Sicht der Wähler steht bei Europawahlen weniger auf dem Spiel. Einerseits bietet sich ihnen eine vergleichsweise kostengünstige Gelegenheit, ihrer Regierung daheim einen Denkart zu verpassen (*putting the boot in*). Andererseits sind sie eher bereit und in der Lage, frei von wahltaktischen Erwägungen über eine mögliche Regierungskoalition der Partei ihre Stimme zu geben, von der sie sich inhaltlich am besten vertreten fühlen (*voting with the heart*). Kleine Parteien, Exoten und Parteien am Rande des politischen Spektrums schneiden bei Europawahlen im Schnitt besser ab als bei nationalen Parlamentswahlen.

## KEIN „STIMMVEH“ FÜR EINE DEMOKRATISCHE SCHIMÄRE

Der „zweitrangige“ Charakter von Europawahlen spiegelt sich bislang auch darin wider, dass die Parteien Kampagnen „mit angezogener Handbremse“ betreiben. Dies verstärkt den Eindruck einer nebensächlichen Wahlentscheidung. Verständlicherweise kann man einwenden, dass Europawahlkampagnen aufgrund struktureller Hürden wie der Sprachbarriere oder eines fehlenden einheitlichen Wahlsystems<sup>1</sup> nicht mit den Maßstäben nationaler Kampagnen gemessen werden sollten, da für sie „andere Gesetze gelten“.<sup>2</sup> Ohne größere Kommunikations- und Mobilisierungsleistungen seitens der Parteien und Medien wird es jedoch kaum gelingen, die Attraktivität der Europa-

wahlen zu erhöhen und Politik so zu vermitteln, dass tatsächlich eine Wahl im Sinne von Auswahl zwischen inhaltlichen oder personellen Alternativen möglich wird. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage vom Juli 2013 finden gut zwei Drittel aller Europäer, dass ihre Stimme in der EU nicht zähle – der höchste je gemessene Wert. Vor diesem Hintergrund bieten die Europawahlen 2014 einen konkreten Anlass und im Prinzip auch die Bedingungen, eine stärkere Europäisierung, Personalisierung und damit Politisierung der Kampagnen zu ermöglichen und dem Eindruck entgegenzuwirken, dass die EU-Bürger lediglich „Stimmvieh“ seien und die Europawahlen eine demokratische Schimäre. Die deutschen Parteien spielen für die Aufwertung der Wahl und des Wahlkampfes eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

*Erstens* hat der Europawahlkampf spätestens seit der Nominierung von Parlamentspräsident Martin Schulz zum Spitzenkandidaten der Sozialisten und Sozialdemokraten ein Gesicht, das man mit europäischer Politik in Verbindung bringt. *Zweitens* hat die durch Finanz-, Banken- und Staatsschuldenkrise ausgelöste Wirtschaftskrise dem Europawahlkampf ein Thema beschert, das sich für eine weitaus aktivere Mobilisierung und pointiertere politische Auseinandersetzung zwischen den parteipolitisch organisierten Kräften eignet, als man es aus bisherigen Europawahlkämpfen gewohnt war. Im Jahr sechs der Krise ächzt der Süden der EU unter Rekordarbeitslosigkeit, gerade unter Jugendlichen. Bankenkollaps, Staatspleiten und der Zerfall der Währungsunion konnten nur unter Aufspannung zahlreicher Rettungsschirme, daran gekoppelte Spar- und Reformauflagen in

den Defizitländern sowie durch massive Intervention der Europäischen Zentralbank abgewendet werden. Die sozialen und politischen Verwerfungen der Krisenpolitik sind beträchtlich. In den europäischen Nachbarländern mehrten sich seit längerem jene Stimmen, die eine Abkehr von der Austeritätspolitik und verstärkte Wachstumsimpulse durch europaweite Investitionsprogramme fordern. Die im Raum stehende Forderung, dass der Exportweltmeister seine Wirtschaftspolitik stärker auf die Ankurbelung der Binnennachfrage ausrichten solle, um die ökonomischen Ungleichgewichte im Euro-Raum abzubauen, erlangte unlängst neue Brisanz, als die Kommission ein Prüfverfahren wegen dauerhaft zu hoher Leistungsbilanzüberschüsse einleitete.

## TOP-DOWN-ANSATZ

Chance und Herausforderung zugleich birgt die im Lissabon-Vertrag verankerte Bestimmung, dass die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten bei der Nominierung des Kandidaten für die Kommissionspräsidentschaft das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigen. Würde die Vergabe dieses Spitzenamtes davon abhängig gemacht, welcher Kandidat die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, hätten die Wähler zumindest ansatzweise eine wirkliche Wahlentscheidung zu treffen.<sup>3</sup> Die Europawahlen könnten damit das Image einer Sekundärwahl abstreifen. Der Vorstoß, die Wahl des Kommissionspräsidenten mit der Aufstellung von Spitzenkandidaten zu koppeln, hat freilich auch Schattenseiten. *Erstens* ist er kein zivilgesellschaftlich initiiertes Im-

puls, sondern ein von der Kommission selbst unterstützter Top-down-Ansatz der stärkeren Personalisierung und Politisierung der Europawahlen. *Zweitens* dürfte Schulz die Tatsache, dass er Deutscher ist, eher zum Nachteil gereichen. Deutschland wird in Gestalt der Regierung Merkel ohnehin schon als zu dominant wahrgenommen, und Schulz war an den Koalitionsverhandlungen in Berlin unmittelbar beteiligt. *Drittens* – damit zusammenhängend – bleibt abzuwarten, inwieweit die bei der Besetzung europäischer Spitzenämter zu berücksichtigenden, komplizierten Proporzregeln zwischen kleinen und großen, alten und neuen Mitgliedsstaaten durch eine Spitzenkandidatur außer Kraft gesetzt werden können. Der Europäische Rat hat sein Mitspracherecht bei der Kandidatennominierung nämlich mitnichten verloren. Am Ende könnte es zu Tauschgeschäften zwischen Parlament und Europäischem Rat sowie über Parteigrenzen hinweg kommen, bei denen die Transparenz des Verfahrens und die klare Zurechenbarkeit von Verantwortlichkeit auf der Strecke bleiben. Diese Tauschgeschäfte würden – *viertens* – dadurch begünstigt, dass neben einem Nachfolger für den Kommissionspräsidenten weitere europäische Spitzenämter zu vergeben sind: Herman Van Rompuy wird seinen Posten als Präsident des Europäischen Rates ebenso räumen wie die Außenbeauftragte Catherine Ashton den ihren.

Doch immerhin hat die Idee des Parlamentspräsidenten andere Parteien unter Zugzwang gesetzt, ihrerseits mit bekannten und erfahrenen Spitzenpolitikern ins Rennen zu ziehen und ihre Kandidatur auch mit inhaltlichen Zielvorstellungen zu verknüpfen. Im Dezember 2013 gab „Monsieur Euro“ Jean-Claude Juncker



bekannt, als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) bei den Europawahlen antreten zu wollen. Darüber hinaus gelten der polnische Premier Donald Tusk (der mutmaßliche Favorit der Bundeskanzlerin) sowie der irische Ministerpräsident Enda Kenny als mögliche Anwärter. Die endgültige Entscheidung, wer die EVP als Spitzenkandidat in die Europawahl führt, soll im März auf einem Parteikongress fallen. Bislang sind seitens der Unionsparteien mit David McAllister (CDU) sowie Markus Ferber (CSU) lediglich die Spitzenkandidaten des deutschen Wahlkampfes für die Nominierung vorgesehen, die sich jedoch anders als der Kandidat der Sozialdemokraten nicht um ein EU-Spitzenamt bewerben.

Ähnlich ist es bei der FDP, die ebenfalls auf einen bundesweiten Spitzenkandidaten setzen wird. Der europaweite Spitzenkandidat der Allianz der Liberalen und Demokraten Europas wird in partei-internen Vorwahlen ermittelt, bei denen Fraktionschef Guy Verhofstadt und Währungskommissar Olli Rehn gegeneinander antreten werden. Die Grünen ließen als erste Partei überhaupt bis Ende Januar 2014 alle EU-Bürger in einer Online-Urwahl über die zwei europaweiten Spitzenkandidaten beziehungsweise -kandidatinnen abstimmen. Mit Rebecca Harms und Franziska („Ska“) Keller traten gleich zwei deutsche Europaabgeordnete an. Franziska Keller ging als deutsche Spitzenkandidatin aus der Online-Urwahl hervor. Selbst die Vereinigte Europäische Linke, tendenziell eine europakritische Kraft im EP, hat den griechischen Oppositionsführer Alexis Tsipras als Spitzenkandidaten nominiert.

Neben dem Motiv, die Attraktivität der Wahl und damit die Wahlbeteiligung zu erhöhen, wird die Auseinandersetzung mit

den Parolen von Populisten und Europaskeptikern bei allen Kandidaten des Parteienmainstreams erklärtermaßen eine hervorgehobene Rolle spielen. Der von Schulz geäußerte Anspruch, als Chef der EU-Kommission die Bekämpfung der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit durch europäisch koordinierte Maßnahmen in Angriff zu nehmen und die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen durch Wachstumsimpulse zu fördern, hat Themen auf die Agenda gesetzt, an denen wohl kein Wettbewerber vorbeikommen wird.

## NACHHOLENDE POLITISIERUNG

Somit sind Personal und Themen für eine nachholende Politisierung der Euro-Krise im Rahmen der Europawahlen durchaus vorhanden. Dass eine intensivere inhaltliche und personelle Auseinandersetzung über konkrete Europapolitik allenfalls aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist, hat sich bereits im Bundestagswahlkampf 2013 angedeutet. Die etablierten Parteien haben viel daran gesetzt, die Europapolitik und den weiteren Fahrplan im Krisenmanagement aus der politischen Auseinandersetzung so weit wie möglich herauszuhalten, was angesichts eines breiten Konsenses bei den Schlüsselentscheidungen über die Euro-Rettung nicht verwundert. Dieser Umstand hat es der Newcomer-Partei um den Hamburger VWL-Professor Bernd Lucke ermöglicht, sich mit der Forderung nach einer geordneten Auflösung des Euro-Raums als Alternative zu den „Altparteien“ zu profilieren. Die Partei konnte vor allem abtrünnige, enttäuschte FDP-Wähler des nationalliberalen Flügels abwerben. Mit gezielt rechts-

populistischer und wohlfahrtschauvinistischer Rhetorik gelang ihr jedoch auch ein beträchtlicher Zulauf aus dem Nichtwählerlager, vor allem in Ostdeutschland. Eine Analyse der Forschungsgruppe Wahlen kommt indes zu dem Ergebnis, dass nur ein geringer Anteil der AfD-Wähler ihre Stimme der Partei aufgrund politischer Inhalte gab. Zwei Drittel der Wähler scheinen demgegenüber aus Protest gegen das Parteienestablishment für die AfD votiert zu haben.

Europaskepsis ist also nur in begrenztem Maße ideologisch in der Wählerschaft verwurzelt. Vielmehr speist sich diese Stimmung aus der Frustration über die mangelnde Transparenz und Bürgernähe politischer Entscheidungen. Die AfD hat in dieser Sichtweise eine Signal- und Indikatorfunktion erfüllt: Sie hat auf Legitimationsdefizite aufmerksam gemacht und mit der Forderung nach einem Mehr an Bürgerbeteiligung ein Thema gesetzt, das die anderen Parteien nicht länger ignorieren können. Dass die Parteien auf die AfD und ihre europapolitischen Ambitionen auch personell reagieren, zeigt die Ernennung von Peter Gauweiler zum stellvertretenden CSU-Vorsitzenden. Gauweiler, der sich als Kläger gegen Lissabon-Vertrag, Rettungsschirme und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einen Ruf als „Ein-Mann-Opposition“ erworben hat, bezeichnete die AfD als eine „politische Hallo-wach-Tablette“.<sup>4</sup> Seine Nominierung zum heimlichen Spitzenkandidaten der CSU bei der Europawahl ist ein gezielter Schachzug: Er soll dazu dienen, die AfD zu neutralisieren und die CSU auch innerhalb einer Großen Koalition als eigenständige, Zentralismus- und Bürokratie-kritische (das heißt Brüssel-kritische) Kraft zu profilieren. Ob die AfD dauerhaft

im politischen Abseits bleibt, ist noch nicht ausgemacht: Zwar ist die Partei, wie die heftigen inneren Auseinandersetzungen zeigen, keineswegs gefestigt, aber sie könnte möglicherweise davon profitieren, dass bei den Europawahlen 2014 in Deutschland erstmals eine niedrigere Sperrklausel von drei Prozent der Stimmen gilt,<sup>5</sup> welche die AfD allem Anschein nach erringen wird (Stichwort: Regierungsabstrafungseffekt in Kombination mit einer Großen Koalition).

Die insgesamt hohen Zustimmungswerte für Angela Merkel und ihr umsichtiges Handeln in der Euro-Krise, ein zentraler Faktor für das gute Abschneiden der Unionsparteien, beschreiben die weiterhin gute Ausgangslage, sind aber kein Naturgesetz. Sie spiegeln vielmehr die Empfindung wider, dass sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern gut darstellt und die Krise bislang keine persönlichen finanziellen Einbußen bei den Bürgern bewirkt hat.

## UMSTRITTENE DEMOKRATISIERUNGSSTRATEGIE WAGEN

Politisierung, verstanden als verstärkter Wettbewerb um politische Inhalte und Ämter, ist gewiss eine umstrittene Demokratisierungsstrategie.<sup>6</sup> Befürworter versprechen sich von einem Mehr an Wettbewerb eine Steigerung der öffentlichen Aufmerksamkeit sowie eine klarere Zurechenbarkeit der politischen Verantwortung. Eine stärkere Verknüpfung von Programm und Person in Kombination mit der Möglichkeit, dass Wahlen Gewinner produzieren, die für sich ein politisches

Mandat ableiten können, könnte die Attraktivität für Medien und Wähler erhöhen.

Ein immer wieder vorgebrachtes Gegenargument lautet, dass die Politisierung nicht vor den Themen haltmachen würde, welche die Grundfragen der europäischen Integration betreffen. Außerdem könnten zu hohe Erwartungen geweckt werden: Da ein europäischer Wahlsieger kein umfassendes politisches Mandat für eine politische Agenda ableiten könnte, sondern stattdessen durch ein hochgradig gewaltenteiliges Institutionenarrangement und vertragsrechtliche Bindungen in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt wäre, könne die eigentliche Bedeutung der Wahl durch Enttäuschung entwertet werden.

In Wahrheit aber haben die vergangenen Krisenjahre längst zu einer Politisierung der identitätsstiftenden, konstitutiven Sachfragen geführt. Eine Ausklammerung der entscheidenden Grundfragen über den Kurs in Europa aus dem politischen Diskurs und ein Rückzug in Hinterzimmerpolitik seitens der etablierten, pro-europäischen Kräfte hat dies nicht verhindern können, sondern umgekehrt sogar befördert. Eine Strategie des „Weiter so“ wäre im Vergleich zu der Option einer vorsichtigen, auch vertraglich gedeckten Politisierung und Personalisierung der Europawahl gewiss die schlechtere Option. Populistische und europafeindliche Kräfte hätten es dann noch leichter, gegen eine scheinbar anonyme, demokratisch nicht legitimierte, überbürokratisierte EU Stimmung zu machen.

Die Alternative zu einem stärker auf ebenbürtige Spitzenkandidaten zugespitzten Wahlkampf wäre eine lauwarmer Kampagne, die sich in Allgemeinplätze wie „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ flüchtet und die Attraktivität der Europawahl sicher nicht steigern würde. Den Schlüssel zu einer Steigerung der Attraktivität der Europawahlen halten die nationalen Parteien und hier vor allem die Vorsitzenden der Parteien selbst in der Hand.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Korte, Karl-Rudolf: *Wahlen in Deutschland*, Bonn 2009, S. 71 ff.

<sup>2</sup> Holtz-Bacha, Christina: „Massenmedien und Europawahlen: low key campaigns – low key response“, in: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf*, Wiesbaden 2005, S. 7–34, S. 30.

<sup>3</sup> Vgl. auch Zürn, Michael: „Das schwierige Verhältnis von Globalisierung und Demokratie“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23 (2), S. 289–300, S. 298.

<sup>4</sup> Malzahn, Claus Christian/Vitzthum, Thomas: „Die AfD ist eine politische Hallo-wach-Tablette“, in: *Die Welt* vom 01.12.2013. Abrufbar unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article122438921/Die-AfD-ist-eine-politische-Hallo-wach-Tablette.html> (letzter Zugriff am 10.12.2013).

<sup>5</sup> Vgl. Kaeding, Michael: „Drei-Prozent-Sperrklausel bei der Europawahl: Viel Lärm um Nichts. Die wahre Debatte geht um ein einheitliches Wahlrecht“, in: *Regierungsforschung.de, Parteien- und Wahlforschung*. Abrufbar unter <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=201> (07.01.2014).

<sup>6</sup> Vgl. Hix, Simon/Bartolini, Stefano: *Politics: The Right or the Wrong Sort of Medicine for the EU?*, Notre Europe Policy Paper No. 19, abrufbar unter [http://personal.lse.ac.uk/hix/Working\\_Papers/NotreEurope\\_Hix%20Bartolini.pdf](http://personal.lse.ac.uk/hix/Working_Papers/NotreEurope_Hix%20Bartolini.pdf) (07.01.2013).

# Was tun gegen Nein-Sager?

---

Über den Umgang mit anti-europäischen Protestparteien

## NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, Stellvertretender  
Hauptabteilungsleiter für Politik und  
Beratung und Leiter des Teams Innen-  
politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Trotz des ungeahnten Erfolgs der europäi-  
schen Integration, die den EU-Bürgern  
nie da gewesen Wohlstand und soziale  
Sicherheit gebracht hat, sind die europäi-  
schen Institutionen immer schon auch

Gegenstand von ablehnender Kritik, von der Spöttelei bis hin zur Verhöhnung gewesen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum wirken derzeit eher verschärfend, obwohl der Vertrag von Lissabon überaus bemerkenswerte institutionelle Weiterentwicklungen im Sinne der europäischen Demokratie gebracht hat.

## ZERSPLITTERTE FORMATIONEN MACHEN DRUCK

Vor der Europawahl im Mai 2014 ist neuerlich eine Formierung von EU-Gegnern in Parteien zu beobachten, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in einer kürzlich vorgelegten Studie europaweit untersucht hat. Demnach konnten sich rechts- und nationalpopulistische Parteien fast überall in Europa

als relevante politische Kräfte etablieren. Allerdings ist es ihnen nur in der Hälfte aller EU-Mitgliedsstaaten gelungen, mehr als ein Prozent der abgegebenen Stimmen zu holen. Diese Parteiformationen sind überaus heterogen und bilden insgesamt ein weites Spektrum zwischen sanften EU-Skeptikern und knallharten Europa-Feinden ab. Allein deshalb ist nicht zu erwarten, dass sie innerhalb Europas eine starke Kraft entwickeln. Bislang sind die Europa-Abgeordneten solcher Parteien, die in verschiedene Fraktionen zersplittert oder fraktionslos sind, jedenfalls nicht gerade durch Leistung aufgefallen. Allerdings setzen die rechts- und nationalpopulistischen Formationen in einigen Ländern die nationalen Regierungen und ihre Europapolitik durch die harten Forderungen erheblich unter Druck. Es scheint, als würde das in einigen EU-Ländern die Parteienlandschaft dauerhaft verändern.

## RESSENTIMENTS GEGEN DAS „MONSTER EUROPA“

Einige der aktuellen EU-Gegner sind im Grunde alte Bekannte. Oft erweitern sie ihre herkömmlichen „Stammthemen“ Migration und Abgrenzung gegenüber Fremden um aggressive Positionen zum Feindbild EU – vor allem um die simple Mobilisierungsformel „Nein zu diesem Europa“. Das medienwirksame Bündnis so unterschiedlicher Figuren wie Marine Le Pen, Geert Wilders und Heinz-Christian Strache gegen das „Monster Europa“ personifiziert diese Entwicklung. Eine neue Spielart der EU-Gegnerschaft gibt sich dagegen betont zivil und ist um Akzeptanz in moderaten Kreisen bemüht.

Die politischen Forderungen der verschiedenen europakritischen, rechtspopulistischen, nationalpopulistischen oder neofaschistischen Parteien reichen vom Einfrieren des EU-Integrationsprozesses über das Revidieren der EU-Verträge bis hin zum Rausschmiss einzelner Länder aus der Gemeinschaft, zur Auflösung der Euro-Zone oder gar zur Liquidation der Europäischen Union insgesamt. Gemeinsam ist den Europaskeptikern, EU-Gegnern, Rechts- und Nationalpopulisten bei allen Unterschieden, dass sie für sich beanspruchen, jeweils die Interessen der sogenannten „kleinen Leute“ in ihren Ländern zu vertreten. Das klassische populistische Schema des Kampfes der „kleinen Leute“ gegen „die da oben“ kommt in der Variante „wir gegen die da in Brüssel“ zum Tragen. Der Aufstieg dieser bekannten und neuen Parteien beruht dabei auch auf gehässiger Elitenschelte sowie dem Schüren nationaler Vorurteile im Sinne von „Die Deutschen wollen uns alles diktieren“, „Die Griechen können nicht arbeiten“ und Ähnlichem. In allen Ländern, in denen diese Parteien zuletzt deutlich stärker wurden, ist ihre Rhetorik zudem von Parteienverachtung geprägt. Es ist zu bezweifeln, ob solche Anti-Parteien-Parteien überhaupt über die kurzfristige Mobilisierung von Protestwählern hinaus Bestand haben können. Schon früher sind „Gegen-alle“-Parteien sehr bald von ihrer eigenen parteienfeindlichen Rhetorik eingeholt worden.

Der Reiz des Neuen und die medial verstärkte Lust an politischen Tabubrüchen tragen zunächst dazu bei, dass vor den Europawahlen im Mai 2014 eine politische Anti-EU-Stimmung in der öffentlichen Wahrnehmung viel Aufmerksamkeit erhalten könnte. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass gerade jetzt die 28 nationalen Wahlen zum Europäischen Parlament, die als „Europawahl“ bezeichnet werden, zum ersten Mal von einem europäischen Leitmotiv, der EU-Krisenbewältigung, durchzogen werden und diese wohl eher den Skeptikern und Gegnern der Europäischen Integration Wahlkampfmunition bereitstellt.

## **NICHT AN GEGNERN ABARBEITEN!**

Von den bisherigen Strategien der Volksparteien im Umgang mit Rechts- und Nationalpopulisten – scharfe Abgrenzung, Annäherung und teilweise Übernahme von Positionen, tolerierte Minderheitsregierungen oder Zusammenarbeit in Koalitionen – erwies sich keine als Patentrezept. Jedenfalls ist es ratsam, den EU-Skeptikern und Europegegnern in der politischen Debatte nicht ungebührlich viel Aufmerksamkeit zu schenken oder sich gar an ihnen abzuarbeiten. Vielmehr sollten die eigenen Lösungen und die Vorteile Europas in den Mittelpunkt gerückt werden. „Wir müssen selbstbewusst darstellen, was wir unter Europa verstehen“, sagt beispielsweise Elmar Brok.

Dabei ist es von zentraler Bedeutung, auch auf die Schwierigkeiten und die berechtigte Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Nach langen Jahren der Finanzkrise, Wirtschaftskrise und Staatsschuldenkrise im Euroraum ist es nur zu verständlich, wenn sie sich beispielsweise Sorgen um die Zukunft ihres Geldes und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung machen. Natürlich existieren in den 28 Mitgliedsstaaten ganz unterschiedliche Probleme mit Sicht auf Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Der Grad der Gefährdung, einen sozialen Abstieg zu erleiden, ist längst nicht überall gleich hoch. Dennoch müssen europäische politische Parteien die Befürchtungen thematisieren und dabei darauf bedacht sein, im Umgang mit den Protestparteien nicht deren momentane Klientel anzugreifen und die Sorgen dieser Menschen zu negieren oder kleinzureden.

## **SEHNSUCHT NACH KLARHEIT**

Viele EU-Bürger sehnen sich nach mehr Klarheit in der europäischen Politik. Zudem überkommt viele Menschen ein Unbehagen, wenn sie Globalisierungsprozesse als Einbahnstraße wahrnehmen. Man sollte diese Bürger nicht herablassend als gestrig behandeln, wie das zuweilen geschieht. Dagegen müssen die Parteien beispielsweise intensiv um Verständnis für die zähen und schwierigen

Prozesse der Kompromissfindung werben und sie ausführlich erläutern. Gerade an diesen Punkten ist die Elitenkritik nicht gänzlich ohne Grundlage: Zu wenige der europäischen Entscheidungsträger erklären die Politikprozesse im komplexen Mehrebenensystem der EU oder verwenden überhaupt Mühe darauf, die für die EU getroffenen politischen Entscheidungen den Bürgern verständlich, nachvollziehbar und zurechenbar zu machen. Nur gut erklärtes und nachvollziehbar gemachtes politisches Handeln hat in einem komplexen Entscheidungsraum wie der EU die Chance auf Akzeptanz bei den Bürgern.

## **„HURRA, EUROPA!“-FORMELN HELFEN NICHT**

Erklären sowie das Bemühen um Klarheit und Nachvollziehbarkeit sind in jedem Fall bessere Methoden zum Umgang mit der lauter gewordenen Kritik an der EU und der Europäischen Integration als das reflexartige Wiederholen altbekannter „Hurra, Europa!“-Formeln. Dabei ist auch die Einteilung der politischen Landschaft in „gute“ Europafreunde und „böse“ Europafeinde eine argumentative Sackgasse. Lässt man sich darauf ein, unterstützt man die populistischen Mobilisierungsstrategien des „Wir gegen die“ und rückt die Populisten in den Fokus der medialen Wahrnehmung, den sie brauchen wie die Luft zum Atmen. Mit der Verkürzung der politischen Debatte auf die Frage von „mehr Europa“ oder „weniger Europa“ verstellt man zudem den Blick auf den entscheidenden Diskurs: „Welches Europa?“

Die Grundfrage der Europäischen Integration ist lange beantwortet. Der gemeinsame Markt ist die Quelle des Wohlstands. Die wirtschaftliche und politische Integration sichert das europäische Lebensmodell von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Kosten des „Nicht-Euro“ oder des „Nicht-Europa“ würden bei Weitem die Aufwendungen zur Bewältigung der Krise übersteigen. Dass der weitere Weg für Europa nicht im Rückzug ins Nationale, in Abgrenzung und Protektionismus liegen kann, wird offensichtlich von der großen Mehrheit der EU-Bürger akzeptiert. Viel zu wenig von der europäischen Öffentlichkeit beachtet, hat Lettland in den vergangenen Jahren in beeindruckender Weise vorgeführt, wie Reformen im Rahmen des gemeinsamen Marktes der EU zu Wachstum und Wohlstand führen.

Die EU-Skepsis und anti-europäische Rhetorik von Protestparteien ist ein weiterer Anlass zum europäischen Diskurs miteinander. Wie soll die europäische Integration weiter verlaufen? Welche Institutionen sollen mit welcher Legitimation den Rahmen des gemeinsamen Marktes bilden? Wie sollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU-Staaten und die soziale Sicherheit der EU-Bürger bewahrt und entwickelt werden? Trägt die Formel von den „Vereinigten Staaten von Europa“ oder gilt es, ein anderes Zukunftsbild zu skizzieren? Diese Fragen sollten unter den politischen Parteienfamilien in der Europäischen Union und öffentlich ausdiskutiert werden.



Die heterogene Gruppe der Europaskeptiker und EU-Gegner steht für eine destruktive Kultur des Gegeneinanders und des Beharrens auf Fundamentalpositionen. Die zentrale zivilisatorische Leistung der Europäischen Integration liegt aber im Erkennen und aktiven Umgehen mit politischen Konfliktsituationen, aus denen man gemeinsam als Sieger hervorgeht. Die Kultur der Einigung auf Kompromisse, die Weiterentwicklung eigener Positionen zugunsten des konstruktiven Erreichens gemeinsamer politischer Ziele – das ist Europa.

**Literatur:**

Grabow, Karsten/Hartleb, Florian (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe. Herausgegeben im Auftrag des Centre for European Studies und der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel 2013, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_35420-544-2-30.pdf?131104120606](http://www.kas.de/wf/doc/kas_35420-544-2-30.pdf?131104120606).

Grabow, Karsten/Hartleb, Florian: Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa, 2. Auflage, Sankt Augustin/Berlin 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.36200/>.

Die englischsprachige Ausgabe erscheint voraussichtlich im März 2014 unter dem Titel „Europe – no, thanks?“ in Kooperation mit dem Centre for European Studies, Brüssel.

# Die europäische Aufstellung

---

Die Europäische Volkspartei vor der Europawahl

## JOSEPH DAUL

Geboren 1947 in Straßburg (Frankreich), Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Europawahl im Mai 2014 wird zu einer strategischen Richtungsentscheidung. Die Europäische Volkspartei steht vor drei Fragen: Was soll den Menschen in Europa gesagt werden? Wie soll diese Botschaft transportiert werden? Und: Wie kann das europäische Projekt in den nächsten Jahren weitergeführt werden?

Diese Europawahl wird geprägt sein von der wirtschaftlichen Krise, aus der die Europäische Union (EU) nun langsam herauskommt. Die Krise nahm zwar ihren Anfang außerhalb der EU: in den USA und in den Exzessen der Finanz- und Immobilienmärkte. Sie traf aber auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit und viel zu hohe Verschuldung in einigen Staaten der Eurozone. Und sie traf auf eine Währungsunion ohne Politische Union. Seitdem hat sich vieles getan: In den am stärksten betroffenen Krisenländern Irland, Portugal, Spanien und Griechenland sind Parteien der EVP-Familie in die Regierungen gewählt worden. Sie haben mit schmerzhaften, aber notwendigen Schritten die Finanzen ihrer Länder besser geordnet und die Wirtschaft konkurrenzfähiger gemacht. Irland hat die Bail-out-Zone schon verlassen. Griechenland

wird dieses Jahr zum ersten Mal seit Langem wieder eine wachsende Wirtschaft und einen ausgeglichenen Primärhaushalt aufweisen. In Portugal sinkt die Arbeitslosigkeit.

Auf EU-Ebene haben wir mit dem Stabilitätsmechanismus und seinen Hilfsprogrammen die Solidarität gestärkt. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt kann unverantwortliche Verschuldung verhindert werden. Die kommende Bankenunion soll den Bankensektor vor zukünftigen Krisen schützen und die Unterstützung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, sicherstellen.

All das geschah unter der Führung der christlich demokratischen und konservativen Parteien der EVP-Familie. Das sind Leistungen, die vorzeigbar sind und so auch kommuniziert werden sollten. Diese Bilanz gilt es in der kommenden Wahl zu verteidigen, und zwar nach zwei Seiten: gegenüber einer Linken, die immer eher an das Ausgeben von Geld denkt als daran, wie es verdient werden kann, sowie gegenüber Populisten und Nationalisten von links und rechts, die lieber Ängste schüren, als tragfähige Lösungen vorzuschlagen, und die den Euro und die Europäische Union am liebsten morgen abwickeln würden.

## **ERSTMALS EUROPÄISCHE SPITZENKANDIDATEN**

Diese Wahl wird also zu einer großen Abstimmung darüber, in welchem Europa die Menschen in Zukunft leben wollen. Sie wird auch zur Abstimmung darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Zum ersten Mal in der Geschichte des Europäischen Parlaments stellen fast alle europäischen Parteien Spitzenkandidaten auf, die die jeweiligen Wahlprogramme verkörpern und, je nach Wahlausgang, die Führung der Kommission übernehmen könnten. Die europäischen Sozialisten haben sich zunächst eine komplexe Prozedur zur Nominierung ausgedacht, um dann, bereits im November 2013, den gegenwärtigen Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, ohne Konkurrenz zum „designierten Kandidaten“ zu küren. Die EVP wird ihren Kandidaten, wie seit einem halben Jahr angekündigt, auf ihrem Wahlkampfkongress am 6./7. März 2014 in Dublin nominieren.

Es wird in vielen Mitgliedsstaaten öffentliche Auftritte der Spitzenkandidaten geben; auch eine Fernsehdebatte zumindest der Kandidaten von EVP und Sozialisten ist geplant. Zwar sind weiterhin die jeweiligen nationalen Parteien für den Europawahlkampf verantwortlich, aber es wird, zumindest in der EVP, mehr denn je eine übergreifende Linie geben. Diese ist im Detail im EVP-Aktionsprogramm dargelegt, das in der Rohfassung vorliegt, jetzt in den Mitgliedsparteien in die Feinabstimmung geht und ebenfalls im März 2014 in Dublin beschlossen wird. Auch die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat – in enger Abstimmung mit der Partei – ihre Prioritäten formuliert.

Dieser Wahlkampf wird kein Spaziergang. Selbstverständlich werden Sozialisten, Grüne und Liberale alles tun, um die Bilanz der EVP-Parteien in ein schlechtes Licht zu rücken. Insbesondere Sozialisten und Grüne werden, wie schon in den letzten Monaten, ihre falsche Alternative zwischen „Austerität“ und Wachstum propagieren. Es ist den Wählerinnen und Wählern aber sehr wohl verständlich zu machen, dass diese Sichtweise vollkommen an der Realität vorbeigeht: Solide Haushalte und wirtschaftliche Reformen sind nämlich die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, welches dann Quantität und Qualität der Arbeitsplätze erhöht. Denn Wachstum lässt sich nicht befehlen, und Regierungen schaffen keine Arbeitsplätze, das tun Unternehmer und Verbraucher, wenn die Bedingungen stimmen. Und diese Bedingungen schaffen die EVP und ihre Mitgliedsparteien zuverlässiger als ihre Konkurrenten. Diese Botschaft muss im Mittelpunkt des Wahlkampfes gegen die Parteien links der Mitte stehen.

Nationalisten und Populisten von links und rechts werden die Politik der EVP aber auf einer viel fundamentaleren Ebene angreifen: Sie wollen die Ängste vieler Menschen vor Zuwanderung und Arbeitsplatzverlust, vor Verarmung und Kriminalität in Wut auf das europäische Projekt verwandeln. Sie machen den Euro, die Institutionen der EU und die „Eliten“ verantwortlich für die Probleme Europas. Hier besteht die Gefahr, die Sorgen der Menschen als kleinkariert und rückwärtsgewandt zu bezeichnen und beiseitezuwischen. Diese Themen dürfen nicht den Populisten überlassen werden – es muss dringend über sie gesprochen werden. Die angebotenen Lösungen müssen überzeugender sein als jene der Radikalisten. Vor allem aber gilt es, Europa erfolgreich aus der Krise herauszuführen. Jenseits aller Wahlkampfretorik werden in dieser Wahl die Ergebnisse der letzten Jahre zählen.

## VERSTÄNDLICHE VISION

Über die Betonung unserer Leistungen und die Konzepte zur Bewältigung der Krise hinaus muss die EVP auch eine verständliche Vision für eine zukunftsfähige Union anbieten: Die EU muss stärker, einfacher und demokratischer werden.

Das heißt *erstens* und konkret, dass wir zunächst an unserer Grundüberzeugung festhalten: Wir brauchen eine politische Union, die die Währungsunion erst krisenfest und dauerhaft macht. Europa wird in einer globalisierten Welt nicht bestehen und das europäische Sozialmodell kann nicht bewahrt werden, wenn die EU nicht weiter institutionell gefestigt wird. Dazu muss kein neuer Unionsvertrag verhandelt werden. Aber die Gemeinschaftsmethode muss gestärkt werden, und Parlament sowie Rat müssen ihre gemeinsame Rolle als Legislative einer effizienteren Union besser einüben. Die Eurozone sollte sich nicht permanent vom Rest der Union abgrenzen, aber wo

es im Sinne der Handlungsfähigkeit nötig ist, muss sie ihre eigenen Institutionen entwickeln – immer verbunden mit dem Angebot, sich ihr anzuschließen.

Wir müssen außerdem *zweitens* den Abbau von Bürokratie ernsthafter betreiben als bisher. Nicht alle europäischen Gesetzgebungsvorhaben der letzten Jahre sind in gleichem Masse sinnvoll. Wenn Regelungsvorschläge veraltet oder, bei Licht betrachtet, wenig sinnvoll sind, wenn Dinge besser auf nationaler oder regionaler Ebene entschieden werden als auf europäischer, dann müssen die EU-Institutionen auch entsprechende Konsequenzen ziehen – die Vorhaben stoppen oder die Gesetze wieder zurücknehmen. Die Kommission selbst muss sorgfältiger als bisher darauf achten, nur das regeln zu wollen, was notwendigerweise auf europäischer Ebene geregelt werden muss. Das ist auch ein Teil der Bemühungen, die Institutionen der EU wieder näher an die Bürgerinnen und Bürger der Union heranzubringen. Die EVP kann dabei, im Gegensatz zu anderen europäischen Parteien, ein bewährtes christlich demokratisches Prinzip ins Feld führen: die Subsidiarität. Nur so kann das Vertrauen in die europäischen Institutionen wieder gestärkt werden.

*Drittens:* Schließlich brauchen die gestärkten Kompetenzen der Union bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung auch eine entsprechend gestärkte demokratische Legitimität. Der erste Schritt in diese Richtung ist die schon im Lissabon-Vertrag verankerte Verbindung zwischen dem Resultat der Europawahl und der Wahl des Kommissionspräsidenten. Das ist aber erst der Anfang einer neuen Entwicklung, die in den nächsten Jahren auch die Einbindung der nationalen Parlamente in den europäischen Willensbildungsprozess einschließen sollte. Wie das genau aussehen kann, ohne den europäischen Entscheidungsprozess unnötig kompliziert zu gestalten, das muss noch erarbeitet werden. Bei zukünftigen Europawahlen sollte jedenfalls auch ein Teil der Sitze im Parlament von paneuropäischen Listen gewählt werden.

Es geht also bei der Wahl im Mai 2014 um nichts Geringeres als die zukünftige Gestalt Europas. Deshalb kämpft die EVP darum, wieder stärkste Fraktion im Parlament zu werden, den Kommissionspräsidenten zu stellen und so viele Spitzenpositionen wie möglich zu besetzen. Die Bilanz der letzten Jahre muss hierzu deutlich herausgestellt werden. Die besseren Lösungen müssen vermittelt werden.

# Die „hundert Italien“

---

Was Italien für Europa fernab aktueller Wirren bedeutet

## CHRISTIANE LIERMANN TRANIELLO

Geboren 1960 in Bonn, Wissenschaftliche Referentin, Villa Vigoni – Deutsch-Italienisches Zentrum für Europäische Exzellenz, Lovenjo di Menaggio (Italien).

Auf die Frage „Warum braucht Europa Italien?“ könnte man mit Evelyn Hamanns legendärer Frau Hoppenstedt aus dem berühmten Loriot-Sketch antworten: „Da regt mich ja schon die Frage auf!“ Denn

wäre Europa ohne Italien überhaupt *Europa*? Eine tautologische Frage! Aber auch eine Steilvorlage. Man hält inne, betrachtet die drei Hauptbestandteile und überlegt, wie sie zueinander in Beziehungen stehen. Was ist *Europa*? Was ist *Italien*? Und wie soll man „brauchen“ verstehen?

Fangen wir beim letzten an: „Brauchen“ ist ein starkes Wort; es rührt an die Existenz, es meint nicht kontingente Gründe. Also schaut man nicht auf jene Motive, die aus dem zufälligen Gestern und Heute der europäischen Vertragssituation heraus pragmatisch nahelegen, dass Italien halt dazugehört, sondern auf das „Eigentliche“, was Europa begründet und idealiter ausmacht. Aber was ist das? Europa zu definieren, haben sich Menschen über Jahrtausende

bemüht. Immer, wenn man es festlegen will, scheint es sich zu verflüchtigen. Das gilt politisch, monetär, geografisch, territorialstrategisch, religiös, ökonomisch, kulturell. Das gilt für die Frage, wer dazugehört und wer nicht, wo die Grenzen sind. Das gilt für die Frage, wozu Europa gut sein soll: Sicherung von Frieden, Wohlstand, Wahrung eines Mitspracherechts in der früher bipolaren und jetzt multipolaren Welt, Modell für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit oder Methode zur Erhaltung der Nationalstaaten? Alles zusammen? Die europäischen Verträge deklinieren ganz unterschiedliche „Europas“ durch. Im Brüsseler Rahmen werden die einzelnen europäischen Partner funktional bestimmt, und in dieser Konstruktion hat Italien seinen Platz und wird „gebraucht“.

Mit der europäischen Architektur der Nachkriegszeit erschöpft sich die Frage nach Europas Sinn und „Identität“ jedoch nicht. Um diese Identität wird gefeilscht, nicht nur an den Rändern. *Identität* gilt manchen als hässliches I-Wort, stets im Verdacht, irgendwie nach Exklusion zu trachten. Aber ohne Identität kein Subjekt und ohne Subjekt kein vernünftiger Wille, kein politischer Wille und auch keine ökonomische Ratio. Die Jahre der Krise haben gezeigt, dass es schwer bis unmöglich ist, sich auf gemeinsame Ziele, Anstrengungen und solidarische Leistungen zu verständigen, wenn nicht klar ist, wer das Subjekt „Wir“ ist, für das all dies geschehen soll.

## JANUS AUF DEM SPRUNGBRETT

Hier kommt Italien ins Spiel. Wenn Europa nämlich ein Subjekt sein will, das sich Gedanken darüber machen kann, was es ist und welche gemeinsamen Projekte es anpacken könnte, dann verdankt es dies seiner Biografie, an deren Narrativ Italien mitwirkt, seit überhaupt von Europa gesprochen wird – und zwar sowohl in dem Erzählstrang über die alte europäische Kulturtradition als auch in dem Kapitel der zeitgenössischen Einigungspolitik nach 1945. Zu Europa gehören beide. Europa ist identisch mit seiner Geschichte oder besser: mit seinen Geschichten. Diese können und müssen dann zum Sprungbrett für großartige Vorhaben in der Zukunft werden, aber ohne den Kopf des Janus, der zugleich zurück und nach vorn blickt, geht gar nichts.

Deshalb kann sich die Antwort auf die Frage „Warum braucht Europa Italien?“ nicht mit ökonomischen Argumenten zufriedengeben, zum Beispiel mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass Italien die drittgrößte Wirtschaft in der Eurozone ist, „too big to let fail“. Gewiss gilt auch in Europa: „It’s the economy, stupid!“ Aber wollten die Europäer nicht gerade etwas mehr sein als „bloß“ ein prosperierender Wirtschaftsraum? Ebenso wenig befriedigt der geostrategische Hinweis, dank Italien besitze Europa einen verlängerten Arm ins Mittelmeer, denn auch dann wäre Italien eben bloß funktional interessant, und das heißt bekanntlich: austauschbar.



## **DOLCE VITA**

Der Blick der Europäer auf sich selbst, auf ihre eigene Biografie, riskiert, auf dem Niveau des European Song Contest zu verharren. Die europäischen Nationen könnten in die Logik der alten Völkerschauen verfallen: Jede führt vor, was sie Einzigartiges zu Europas Glanz beigetragen hat. In einer solchen Logik spielt Italien in der europäischen Champions League zweifellos ganz vorn mit. Von der etruskischen Zeit bis zu Renzo Piano bietet Italien eine ununterbrochene Kette kultureller und künstlerischer Meisterwerke, die allenthalben rezipiert und nachgeahmt worden sind. Die Arbeiten der italienischen Malerei, Bildhauerei, des Designs und der Architektur von Weltrang lassen sich gar nicht zählen. In der Musik, im Film haben italienische Künstler unerreichte Meisterschaft bewiesen. Und man muss natürlich all die Erfindungen der italienischen Lebensart hinzunehmen, bei denen gerade die Deutschen ins Schwärmen geraten: Küche, Mode und schöne Autos. Leonardo, Michelangelo, Pizza, Nutella und Dolce Vita ... Aber was ist an einer solchen Revue nationaler Spitzenleistungen europäisch?

Italien bietet darauf zwei Antworten, die zugleich europäische Wege aufzeigen: Zum einen erweist sich die italienische Geschichte als eine Art Europa en miniature. Denn die Dichte und Fülle der weltweit einmaligen Kulturleistungen verdankt sich der Dichte der Kommunikation, der Inszenierung und der Konkurrenz, der Vernetzung auf vergleichsweise kleinem Raum. Sprichwörtlich ist die Rede von den „hundert Italien“: Italien bedeutet unendliche Vielfalt, selbstverständlich auch schwere Konflikte, aber eben eine ununterbrochene Geschichte des intensiven Austauschens, Konkurrierens, Abguckens, Imitierens, Bessermachen-Wollens.

## **HINEINNEHMEN, ÜBERZEUGEN, ADAPTIEREN**

Die zweite Antwort hängt mit der ersten zusammen. Die italienische Kultur vermeidet scharfe Schnitte und Brüche. Nichts ist irreversibel. Geschmeidigkeit und Flexibilität sind hohe Tugenden. In Italiens politischer Kultur wurde eine große europäische Technik erfunden und unendlich verfeinert: die gemeinsame Suche nach konzilienten, entwicklungs-offenen und zugleich pragmatischen Formeln, die niemanden das Gesicht verlieren lassen und maximale Partizipation gestatten. Egal ob man es „Politik der Mitte“ (Alcide de Gasperi) oder „Öffnung nach links“ (Aldo Moro) oder nach deutschem Vorbild „Große Koalition“ (Enrico Letta) nennt – der Grundgedanke ist, dass ein Gemeinwesen davon lebt, dass ein möglichst breiter Kreis von Mitspielern berücksichtigt und der extremistische Rand so schmal wie möglich gehalten

wird. Diese politische Begabung wirkt manchmal in ihrem disziplinierten Willen zum Kompromiss langweilig, und dann betreten tolldreiste Spektakelmacher wie Silvio Berlusconi die Politbühne.

Aber es ist kein Zufall, dass der einzige, der Berlusconi jemals in demokratischen Wahlen besiegt hat und den der Mailänder Unternehmer fürchtete wie keinen anderen Gegner, ein typischer unspektakulärer Kompromiss-Politiker alter christlich demokratischer Prägung wie Romano Prodi ist, der an seiner Seite den unaufgeregten Tommaso Padoa-Schioppa hatte. Deren politische Begabung des Hineinnehmens, Vereinnahmens, Überzeugens, Adaptierens ist, so scheint es, die andere Seite der genialen Kultur-Begabung Italiens und eben Europas. Darum braucht Europa Italien.

# Stimmen aus der Ukraine

Anmerkung der Redaktion:  
Der Redaktionsschluss für die Beiträge dieser Rubrik  
war der 15. Januar 2014.

# „Haltet uns den Weg nach Europa frei!“

—

Ein flammender Appell aus der Gefangenschaft

## **JULIA TIMOSCHENKO**

Geboren 1960 in Dnipropetrowsk (Ukraine), Vorsitzende der Partei „Batkiwschtschyna“ („Vaterland“), von Februar 2005 bis September 2005 und von Dezember 2007 bis März 2010 Premierministerin der Ukraine. Seit August 2011 in Haft, zurzeit in der Frauen-Strafkolonie Katschanowka.

Ich bin dankbar für die Gelegenheit, mich aus dem Gefängnis heraus an Sie wenden zu können – als eine Frau, die sich immer frei gefühlt hat. Es heißt, dass ein Aufenthalt im Gefängnis die Seele verhärtet, besonders dann, wenn man als politisch Andersdenkende ungerecht verurteilt worden ist. Ich kann aber mit Sicherheit behaupten, dass mein Geist durch den

kafkaesken Prozess und die Inhaftierung nicht an Kraft verloren hat. Vielmehr wurde er befreit, denn ich bin nun gezwungen, mich auf das Wesentliche zu konzentrieren: das Nachdenken über mein Land. Mein Gefühl der inneren Freiheit gibt mir das Recht, offen und verantwortungsbewusst zu Ihnen zu sprechen.

2014 wird ein wahrhaft besonderes Jahr für ganz Europa sein, die Ukraine eingeschlossen. Der Fall der Berliner Mauer jährt sich zum 25. Mal, die Erweiterung der NATO zum fünfzehnten Mal und die „Big-Bang“-Erweiterung der EU sowie die „Orangene Revolution“ in der Ukraine zum



Julia Timoschenko am 18. Januar 2010. © picture-alliance/dpa, Foto: Oleksandr Prokopenko

zehnten Mal. Wenn Hunderttausende Ukrainer heute auf dem Euromaidan in Kiew und anderen Städten erneut friedlich protestieren, könnte 2014 zu einem entscheidenden Jahr für die demokratische Zukunft und die europäische Berufung meines Landes werden.

„Die Ukraine lehnt Europa ab“ – ich hätte nicht gedacht, dass ich eine solche Schlagzeile in meinem Leben zu Gesicht bekommen würde. Es wäre jedoch ein Fehler, wenn man in Europa die Entscheidung Viktor Janukowitschs, bei dem Gipfeltreffen zur östlichen Partnerschaft in Wilna im letzten November das Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen, als ein Zeichen dafür interpretierte, dass das ukrainische Volk Europa und seine Werte ablehne. Die Entscheidung, dem Abkommen den Rücken zu kehren, lag allein bei Janukowitsch, und er allein trägt dafür die Verantwortung vor dem ukrainischen Volk und der Geschichte.

Grundlegend ist für mich die Tatsache, dass unter meiner Regierung die Ukraine 2008 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) wurde und damit begann, über ein tief greifendes und umfassendes Freihandelsabkommen (*Deep and Comprehensive Free Trade Area, DCFTA*) zwischen der Ukraine und der Europäischen Union zu verhandeln. Wir hatten gehofft, durch das Assoziationsabkommen mit der EU unsere Nation endlich in der Familie der freien Gesellschaften verankern zu können. Das Abkommen war also für uns mehr als nur ein Vertrag. Es bedeutete eine Wiederkehr unserer nationalen Hoffnung; es war ein Fenster, durch das wir uns von einer düsteren Vergangenheit befreien und in die auf Regeln gegründete demokratische Realität des heutigen Europa würden eintreten können.

## WAS EUROPA FÜR DIE UKRAINE BEDEUTET

Selbstverständlich war den Ukrainern klar, dass die Unterzeichnung dieses Abkommens nur ein Anfang sein würde und dass für den Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft nach europäischen Normen noch viel Arbeit geleistet und sogar Härten ertragen werden müssten. Andererseits haben wir beobachtet, dass viele unserer Nachbarn – Polen, Ungarn, die Slowakei und die Ostsee-Anrainer – diesen Vorschuss auf die Annäherung an Europa geleistet haben, und wir wissen, dass keiner von ihnen die einmal getroffene Entscheidung für Europa rückgängig machen würde.

Ich weiß, dass man der EU in einigen Mitgliedsländern mit großer Skepsis gegenübersteht. In der Ukraine jedoch, wo der Rechtsstaat ein Spielzeug des Präsidenten ist, wo Oppositionspolitiker aufgrund unsinniger Beschuldigungen ins Gefängnis oder ins Exil geschickt werden und wo Privatpersonen ihr Eigentum ohne Rückgriffsmöglichkeit auf den Rechtsweg weggenommen werden kann, bedeutet die Erfüllung europäischer Normen die Verankerung unserer Freiheit in einer soliden Grundlage, die kein Einzelner zerstören kann. Für uns bedeutet das vereinte Europa ganz einfach das, was es für alle Europäer in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutet hat: die Möglichkeit, die Diktatur, die staatliche Kontrolle der Wirtschaft und willkürliche Regeln hinter sich zu lassen.

Janukowitsch hat nie eine europäische Strategie im Sinne einer durchdachten Politik gehabt, die hätte sicherstellen können, dass die Ukraine nicht ihr Rendezvous mit ihrer europäischen Bestimmung verpasst. Er hat auch keine Strategie mit Sicht auf Russland. Die einzige Richtung, die er für die Ukraine sieht, läuft darauf hinaus, ihm auch weiterhin die Macht über den Reichtum und die Geschicke des Landes zu sichern. Daher ist er ständig auf der Suche nach einem schmalen taktischen Weg, der ihm bessere Chancen bietet, an der Macht zu bleiben, denn die Macht ist sein einziges Ziel. Er hat keine EU-Politik. Europa und Russland täuscht, erpresst und betrügt er konsequent bei dem Versuch, sie gegeneinander auszuspielen. Er will den Status quo und sein Machtmonopol erhalten, verfügt aber nicht über die Mittel dazu.

Dass die Unterzeichnung des Abkommens aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten zurückgestellt wurde, ist jedoch eine grobe Täuschung. Wir wurden einfach an den Meistbietenden verkauft, der Janukowitsch ewige Macht versprach. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass keinem Land ein Vetorecht über die souveräne Zivilisation und die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine zusteht. Genauso bin ich davon überzeugt, dass das Assoziationsabkommen und die DCFTA zwischen der Ukraine und der EU einer für beide Seiten nützlichen Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit mit Russland in keiner Weise entgegenstehen. Es handelt sich hier nicht um ein Nullsummenspiel.

## VOLLENDUNG DER „ORANGENEN REVOLUTION“

Es ist ein mystischer Zufall, dass Janukowitsch in denselben Novembertagen wie vor neun Jahren uns alle wieder auf den öffentlichen Plätzen zusammengebracht hat. Wenn sich die Geschichte derart wiederholt, ist das ein Zeichen. Es bedeutet, dass wir heute das zu Ende bringen müssen, was wir nach der „Orangenen Revolution“ von 2004 liegen gelassen haben. Wir müssen die korrupten Clans ein für alle Mal aus der Regierung des Landes entfernen. Sie sind mit den Grundlagen des europäischen Lebens nicht vereinbar. Die Geschichte hat uns noch einmal die Chance gegeben, dies zu erreichen, und wir dürfen nicht noch einmal versagen! Ereignisse wie jene auf dem Maidan können nicht geplant werden – sie werden wie Sterne geboren, wenn die Zeit gekommen ist. Heute ist sie noch einmal gekommen!

Leider gibt es in der Ukraine in den letzten drei Jahren immer weniger Europa und immer mehr post-sowjetischen Neo-Autoritarismus, unter dem das Strafrecht so manipuliert wird, dass politische Gegner und die Zivilgesellschaft verfolgt werden können. Nach dem neuesten Index von Transparency International ist die Ukraine derzeit das korrupteste Land in Europa. Das Investitionsklima ist das schlechteste in der jüngeren Geschichte des Landes. Und laut dem Index für Wirtschaftsfreiheit von 2014 ist keine Volkswirtschaft gehemmter als die der Ukraine. Politische Gefangene, Einschüchterung der Medien, ständige Belästigung von Studenten und Aktivisten der Zivilgesellschaft, Plünderung von Firmen und Enteignung von Zivilpersonen – all das in einer extrem zentralisierten politischen Ordnung ohne richterliche Unabhängigkeit und geltende Regeln. Solange Janukowitsch an der Macht bleibt, lebt die Ukraine mit dem Risiko, ihre Unabhängigkeit zu verlieren.

## WAS AUF DEM SPIEL STEHT

Die Unvereinbarkeit des aktuellen politischen Regimes mit dem Rechtsstaat, den Menschenrechten und anderen zentralen europäischen Werten ist eine *grundlegende Ursache* der aktuellen Krise in meinem Land. Aber diese Ukraine mit ihrer jetzigen Regierung, ihrer Wirtschaft und ihrer Politik ist nicht nur unvereinbar mit Europa. Sie stellt ein *wachsendes Sicherheitsrisiko* für die EU und ihre Mitgliedsstaaten dar, weil die weitverbreitete Synergie zwischen staatlich geförderter Korruption und organisiertem Verbrechen zu einem negativen Übertragungseffekt führt.

Diese außergewöhnliche Lage erfordert eine außergewöhnliche Reaktion vonseiten Europas – haltet uns den Weg nach Europa frei! Schlagt nicht die Tür zu!



Das Geschehen in der Ukraine ist Teil der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, in der direkten Nachbarschaft der EU und im ehrgeizigeren Rahmen einer globalen europäischen Strategie, die selbst noch in Arbeit ist.

Was könnten die EU und Deutschland tun? Die *strategische Botschaft* lautet: durch das Assoziationsabkommen mit der Ukraine die Türen offen halten. Außerdem wären im Wesentlichen *drei* Maßnahmen zusammen mit der entsprechenden *Politik* umzusetzen:

- *De facto Solidarität beweisen, das Volk sowie die Institutionen der Demokratie und der Zivilgesellschaft unterstützen und die Freilassung aller politischen Gefangenen mit Nachdruck fordern.* Ich bin der deutschen Regierung und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel dankbar für ihre führende Rolle bei diesem Prozess der Solidarität und Unterstützung.
- *Die Einführung einzelner restriktiver Maßnahmen in Betracht ziehen, einschließlich gezielter, wohlabgewogener Sanktionen gegen die verhasstesten ukrainischen Funktionäre.* Dazu gehören etwa Einreiseverbote und das Einfrieren von Bankkonten und Vermögen, um ihnen das Gefühl der Straflosigkeit zu nehmen, das ihre Brutalität anfacht.
- *Die Integrität des eigenen Rechtsraumes hochhalten, indem man die eigenen Regeln innerhalb der eigenen Gerichtsbarkeit unnachgiebig anwendet.* Das jetzige Regime in der Ukraine wäscht das schmutzige Geld seiner Clans in europäischen Ländern und erwirbt damit Land, Yachten, Flugzeuge und andere „nette Kleinigkeiten“ in der gesamten demokratischen Welt. Die Familien, die zu Janukowitschs Clansystem gehören, leben von diesem korrupten Geld in demokratischen Ländern. All das lässt man geschehen, während die Büttel des Regimes den friedlichen Maidan der Studenten in Blut ertränken. Lassen Sie das nicht länger zu! Handeln Sie und verteidigen Sie Ihre eigenen Sicherheitsinteressen!

Unverrückbare Konditionalitäten und praktische Schritte innerhalb der drei oben genannten Politikbereiche könnten zusammen mit diesem Ansatz positive Ergebnisse erbringen. Des Weiteren möchte ich Sie dringend auffordern, Schritte in Betracht zu ziehen, die den ukrainischen Studenten, Journalisten, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft Reisen in die EU erleichtern.

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Meine Partei, die *Batkivschtschyna* („Vaterland“), gehört zur politischen Familie der Europäischen Volkspartei. Wir sind stolz darauf, zu der stärksten politischen Familie in Europa zu gehören, die unsere gemeinsamen Werte teilt: Freiheit und Verantwortung, die Würde des Menschenlebens, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität.

## „EINE EUROPÄISCHE UKRAINE IST DIESEN KAMPF WERT“

Ich werde mein Möglichstes tun, um die demokratische Opposition in der Ukraine zu *einen*. Eine geeinte Opposition stellt die einzige zukunftsfähige Alternative zur gegenwärtig herrschenden Partei dar. Wir müssen mit Selbstvertrauen vorgehen, Konfrontation im Team vermeiden und Entscheidungen treffen, die für alle sichtbar auf hohen moralischen Standards beruhen und der Ukraine und ihren Bürgern dienlich sind. Wir werden strategisch, konsequent, mutig und unaufgeregt voranschreiten. Eine europäische Ukraine ist diesen Kampf wert!

Wir müssen ein für alle Mal unsere Freiheitsrechte wiederherstellen und eine Nation aufbauen, die des Vertrauens und der Werte Europas würdig ist. Die Ukraine kann für ihre Bürger und unsere Nachbarn im Osten, Russland eingeschlossen, nur dann ein Beispiel einer erfolgreichen Europäisierung werden, wenn sie die europäischen Werte und den Rechtsstaat umsetzt und festigt. Ich halte das für den entscheidenden Faktor eines gemeinschaftlichen Erfolges der Ukraine und der EU.

Am ersten Tag des europäischen Maidan sah ich im Fernsehen ein junges Paar, das ohne Parolen oder Handzettel unter den Ersten auf dem Maidan war. Sie waren in zwei Flaggen gehüllt – die ukrainische und die europäische – und umarmten sich voll Vorfreude und Hoffnung. Dann sah ich, wie sie – nass bis auf die Haut und im Regen frierend – sich darauf einrichteten, die Nacht hindurch dort auszuharren. Die Menschen um sie herum kamen und gingen, aber sie hielten Wache. Das ist so symbolkräftig, weil die beiden wie Millionen anderer Ukrainer das Leben und einander lieben, sich für die Ukraine engagieren und im Wesentlichen ein integraler Bestandteil einer vereinten zivilisierten Menschheit sind. Alles Alte, Korrupte, Unmoralische und Verschlagene steht hier im Weg wie ein verrotteter Baumstumpf und hindert uns am Leben. Dieses junge Paar, das für viele andere steht, glaubt daran, dass der Wandel möglich ist, dass das Gute obsiegt und dass sein Land seinen Gemeinsinn braucht. Wahrscheinlich wissen sie wenig über das Assoziationsabkommen und die DCFTA, aber sie haben verstanden, dass Europa Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und eine gute Regierungsführung bedeutet. Wäre das nicht so, wären sie nicht gekommen, um auf dem Euromaidan zu wohnen.

Gemeinsam sind wir stärker. Ich glaube an Europa! Ich glaube an die europäische Ukraine!

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Wilfried Becker, Gernersheim.*

# Am Scheideweg zwischen Demo- kratie und Diktatur

---

Ein Zuruf vom Euromaidan

## VITALI KLITSCHKO

Geboren 1971 in Belowodskoje bei Frunse (Kirgisische SSR), heute Bischkek (Kirgisistan), Vorsitzender der Partei „Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen“ (UDAR) und Präsidentschaftskandidat in der Ukraine.

Seit mehr als einem Monat nehmen im Zentrum von Kiew Millionen Ukrainer ihr Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit friedlich in Anspruch. Es begann als eine Versammlung, die im Vorfeld des Gipfeltreffens zur östlichen Partnerschaft im November 2013 das Assoziationsab-

kommen der Ukraine mit der Europäischen Union unterstützte. Längst hat sich daraus eine Demonstration für den Respekt vor der Würde des Menschen und gegen die Brutalität der Polizei sowie gegen das korrupte Verhalten der Behörden entwickelt. Bemerkenswert ist die Abwesenheit Viktor Janukowitschs, des Präsidenten der Ukraine. Er wandte sich von seinem Volk ab, als er abrupt das Assoziationsabkommen aufgab und stattdessen einen undurchsichtigen und erniedrigenden Handel mit Russland einging. Zu allem Überfluss gingen die Behörden am Morgen des 30. November mit unerhörter Gewalt

gegen die Demonstranten vor. Dabei weigerte sich Janukowitsch, Millionen von Ukrainern anzuhören, die sich nicht nur einen höheren Lebensstandard wünschen, sondern insbesondere die Achtung ihrer Menschenrechte einfordern. Die Ukrainer haben Besseres verdient. Das ist der Grund, weshalb ich meine Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Ukraine angemeldet habe.

## NUR TAUBE OHREN

Mein ganzes Leben habe ich danach gestrebt, bei allem, was ich tue, der Beste zu sein. Jetzt gebe ich meine Karriere als Boxweltmeister im Schwergewicht auf, um mich ganz auf die Politik konzentrieren zu können. Die Ereignisse in der Ukraine sind viel zu wichtig, als dass man passiv zuschauen könnte. Die Aufforderung an alle Menschen guten Willens, ihrem Land beizustehen, ist in der Ukraine nie dringlicher gewesen als heute.

In meinem Land öffnet sich eine Kluft zwischen einer starrsinnigen Regierung, die sich weigert zuzuhören, und friedlichen Bürgern, die angehört werden wollen. Wir müssen einen Weg finden, wie sich die Ukraine an die europäische Gemeinschaft demokratischer Nationen annähern kann. Ein „Zurück in die Zukunft“, also zu einem – mit einer dünnen westlichen Lack-schicht kaschierten – neosowjetischen Totalitarismus darf es nicht geben.

Als Führer der Opposition und Parlamentsabgeordneter habe ich meinen Landsleuten zugehört und unermüdlich versucht, mit der Regierung Janukowitsch einen Weg aus der aktuellen schweren politischen Krise auszuhandeln. Leider hat Janukowitsch für die Forderungen des ukrainischen Volkes nur taube Ohren. Es gibt jedoch eine Möglichkeit für die Ukrainer, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden: Die Antwort wären vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Als Janukowitsch am 30. November mit Gewalt gegen friedliche Demonstranten vorging, büßte er einen großen Teil seiner Legitimität als Präsident ein. Man darf auch nicht vergessen, dass die Bereitschaftspolizei unter seiner Verantwortung am 1. Dezember 2013 Protestierende und Journalisten brutal verprügelte und am 11. Dezember 2013 versuchte, die Protestbewegung „Euromaidan“ zu zerschlagen. Ebenfalls kam es zu einer Welle von Verfolgungen und gewalttätigen Übergriffen auf Bürgerrechtler. Ich denke, viele von Ihnen haben die Bilder gesehen, die zeigen, wie brutal die investigative Journalistin Tetjana Schornowil verprügelt worden ist. Diejenigen, die diese abscheulichen Taten begingen, genießen bislang völlige Straffreiheit. Nur durch Neuwahlen für das Präsidentenamt und das Parlament kann das ukrainische Volk eine Regierung erlangen, die es achten und der es vertrauen kann!

Damit im Frühjahr 2014 Neuwahlen abgehalten werden können, muss die jetzige Regierung zurücktreten und den Weg für eine Übergangsregierung

frei machen. Dies ist auch erforderlich, um den zu befürchtenden Wahlbetrug und den Einsatz administrativer Manipulationen durch die Regierung zu verhindern. Wie wir erst kürzlich bei fünf Sonderwahlen zum Parlament feststellen mussten, waren die Unregelmäßigkeiten und Betrügereien massiv, gut organisiert und systematisch.

Meine Mitstreiter und ich haben hart daran gearbeitet, das Vertrauen und die Unterstützung des ukrainischen Volkes zu gewinnen. Wenn ich gewählt werde, werde ich mein Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass die Ukrainer in einem Rechtsstaat mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einem hohen Lebensstandard leben können. Ich werde die Korruption und die alles erstickende Bürokratie bekämpfen, damit die Ukrainer ihre Träume verwirklichen und ihre Chancen ausschöpfen können. Nicht zuletzt soll die Ukraine niemals die „kleine Schwester“ irgendeines Landes sein, sondern ein zuverlässiger, gleichwertiger Partner für alle.

## **DER ESKALATION ENTGEGENWIRKEN**

Zunächst aber gilt es, für die aktuelle politische Krise eine Lösung zu finden. Jeden Tag gehen ganz normale Ukrainer zum Platz der Unabhängigkeit in Kiew, um ihrer Forderung nach einem besseren Leben Ausdruck zu verleihen. Ihre Stimmen werden von Tag zu Tag lauter. Sie hoffen, auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten und anderer demokratischer Regierungen zählen zu können. Moralische Unterstützung und Solidarität reichen hier nicht aus. Es ist Zeit zu handeln, um jedem weiteren Einsatz von Gewalt durch die ukrainischen Behörden vorzubeugen und sie daran zu hindern, eine Welle von Massenverfolgungen gegen die demokratischen Kräfte auszulösen.

Der Westen kann auch jetzt noch etwas bewirken, denn er verfügt über genügend Hebel auch politischer Art, um der Eskalation entgegenzusteuern. Morgen könnte es bereits zu spät sein, denn die Ukraine steht vor einer schicksalhaften Entscheidung zwischen demokratischer Erneuerung und Diktatur.

Ich habe im Laufe meiner Karriere vielen beeindruckenden Gegnern gegenübergestanden. Erst kürzlich stand ich zusammen mit anderen Demonstranten der Bereitschaftspolizei von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Ich fühlte – wie immer – keine Furcht, sondern stattdessen eine Entschlossenheit, diesen Kampf zu gewinnen, der vielleicht der schwierigste meines Lebens ist: den Kampf für die europäische Zukunft der Ukraine.

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Wilfried Becker, Germersheim.*

# Presse und Protest

---

Über die politische Rolle und Gefährdung ukrainischer Journalisten

## SONJA KOSCHKINA

Geboren 1985 in Kiew (Ukraine),  
Chefredakteurin der Internet-  
publikation „Levy Bereg“  
(<http://lb.ua>), Kiew (Ukraine).

Vor rund zehn Jahren begann die „Orangene Revolution“ als eine „journalistische Revolution“. In deren Verlauf rebellierten bekannte Journalisten und Medienvertreter gegen die Dominanz der staatlichen Zensurbehörden.

Während des „Euromaidan“ – der Proteste auf dem zentralen Platz in Kiew – 2013/2014 spielte sich etwas Ähnliches ab. Diesmal gingen die Zensurbestrebungen jedoch nicht unmittelbar vom Staat aus, sondern von der dem Staat dienenden Wirtschaft. Der Widerstand gegen diese neue Art der Zensur wird fast noch schwieriger. Hinzu kommt das sich wieder verschärfende Verhalten der Regierung selbst, die die Berichterstattung behindert und Angriffe auf Journalisten begünstigt.

Anfang Dezember 2013 herrschte Verwunderung unter den Zuschauern des größten ukrainischen Fernsehsenders „Inter“: Statt der üblichen, meist positiven Berichterstattung über das Regierungshandeln sahen sie ungeschönte Bilder von der blutigen Auflösung des „Euromaidan“ und hörten Kommentare von Oppositionsführern sowie Erklärungen von Diplomaten und westlichen Politikern, die die von der ukrainischen Regierung ausgeübte Gewalt gegen friedliche Demonstranten verurteilten.

Die monolithische Haltung der Behörden geriet ins Wanken. Die Eigentümer von „Inter“, der Geschäftsmann Dmytro Firtasch und der Leiter der Präsidialverwaltung, Serhij Ljowotschkin, zögerten nicht, sich mit den Menschen der Ukraine solidarisch zu erklären. Wie Interfax-Ukraine, die größte Nachrichtenagentur des Landes, berichtete, reichte Ljowotschkin seinen Rücktritt ein. Dieser Schritt wurde jedoch offiziell nicht bestätigt; anscheinend wurde seinem Wunsch nicht sogleich entsprochen.

Stattdessen wurde die Präsidialverwaltung umgestaltet, wobei dann Ljowotschkin, der inoffiziell für die Informationspolitik bei „Inter“, aber auch bei „First National“ und „1+1“ (letztere versorgt größtenteils das Staatsgebiet der Ukraine und gehört formell dem Oligarchen Igor Kolomojski), seines Amtes enthoben wurde. Seine Funktion bei der Aufsicht über die Informationspolitik übernahm der neue stellvertretende Leiter der Präsidialadministration und der frühere Gouverneur von Sumy, Juri Tschmir.

Damit war es mit der „Pressefreiheit“ bei „Inter“ schon wieder vorbei. Nach nicht einmal zehn Tagen strahlte der Sender in seinen Hauptnachrichten wieder die üblichen Geschichten über Regierungserfolge aus – ungeachtet der Proteste in Kiew und der Provinz. Außerdem ignorierte der Sender viele Informationen im Zusammenhang mit der Verfolgung von Bloggern und Journalisten, die Fakten zu den Protesten enthielten.

## **DIE „FAMILIE“ KAUF MEDIENUNTERNEHMEN**

Unabhängige Informationen jedoch können über das Internet abgerufen werden. Die Aufrufquoten der Online-Medien, die ehrlich und unparteiisch über die Ereignisse des „Euromaidan“ berichten, stiegen inzwischen um das Zwei- bis Dreifache. Allerdings bedeutet das eine immer noch ungenügende Verbreitung, denn – wie Soziologen ermittelt haben – machen aktive Internetnutzer lediglich 28 bis 30 Prozent der ukrainischen Bevölkerung aus; die meisten von ihnen leben in Großstädten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Anzahl der unabhängigen Online- und Druckmedien in der Ukraine kürzlich abgenommen hat. 2013 erwarb beispielsweise der 28-jährige Millionär Serhij Kurtschenko die „Ukrainian Media Holding“, zu der die Lizenzausgaben der populären Zeitschriften *Forbes* und *Correspondent* gehören. Kurtschenko soll ein Mitglied der sogenannten „Familie“ sein – das sind Staatsbedienstete und Geschäftsleute, die Präsident Viktor Janukowitsch und seiner unmittelbaren Umgebung nahestehen sollen. Früher konnten *Forbes* und *Correspondent* hohe Druckauflagen beziehungsweise Besucherzahlen auf ihren Websites vorweisen. Nach der Übernahme hat sich die Lage geändert. Kurz nach dem Kauf kündigte der Chefredakteur des hiesigen *Forbes*, Wladimir Fedorin, weil er sich weigerte, unter Zensurbedingungen zu arbeiten. Im Dezember nahmen aus



demselben Grund vierzehn weitere Journalisten der Zeitschrift ihren Abschied. Der *Correspondent* verlor sowohl seinen Chefredakteur, Vitali Sytsch, als auch Julia McGuffey, die Chefredakteurin der Website, und eine Anzahl führender Journalisten.

Darüber hinaus gründete oder erwarb die „Familie“ 2013 verschiedene elektronische und Printmedien oder auch Fernsehsender: „Business“ und „BTB“, das Wirtschaftsmagazin *Capital*, die Website „Free Press“ und andere. Dies berichtet die unabhängige ukrainische Mediengewerkschaft (<http://nmpu.org.ua/2012/12/arbuzov-formuje-vlasnyj-media-holdinh/>). Damit wurde der Medienmarkt von den Interessen einer einzigen wirtschaftlich-politischen Gruppierung wesentlich beeinflusst.

Die größten bislang noch unabhängigen Online-Medien – Lb.ua, *Ukrains'ka Pravda* und das Informationsportal Ukr.net – sahen sich im November und Dezember 2013 massiven Hackerangriffen ausgesetzt. Bemerkenswert ist, dass diese Angriffe jeweils zur selben Zeit und mit derselben Intensität ausgeführt worden sind, was darauf schließen lässt, dass sie ein und dieselbe Stelle zentral koordiniert hat.

Am 8. Dezember 2013 stürmte der ukrainische Sicherheitsdienst mit Unterstützung der militärischen Spezialeinheit „Berkut“ den Sitz der größten Oppositionspartei „Vaterland“. In demselben Gebäude befinden sich die Büros zweier Online-Medien der Opposition, Censor.net und die Fernsehstation „INTV“. Ebenfalls betroffen war die ebenfalls dort untergebrachte Oppositionszeitung *Abendnachrichten*. Ohne Angabe von Gründen konfiszierten die Einsatzkräfte die Computerserver, wodurch die Arbeit der drei Medienunternehmen vollständig gelähmt wurde. Die Server sind bis heute nicht zurückgegeben worden – sie werden wohl immer noch durch den ukrainischen Sicherheitsdienst untersucht.

## **GEWALTÄTIGE ÜBERGRIFFE AUF JOURNALISTEN**

In den letzten Monaten ist die Zahl der Übergriffe auf Journalisten in Ausübung ihrer Tätigkeit dramatisch angestiegen. Laut „Institut für Masseninformati- on“ hat sie 2013 den höchsten Stand seit der Unabhängigkeit der Ukraine erreicht: Registriert wurden 101 gewalttätige Übergriffe. Dabei entfällt der größte Anteil von siebzig Übergriffen auf die Berichterstatter bei den Protesten ([http://liga.net/infografica/165400\\_napadeniya-na-zhurnalistov-v-ukraine-v-2013-m-ustanovlen-antirekord.htm](http://liga.net/infografica/165400_napadeniya-na-zhurnalistov-v-ukraine-v-2013-m-ustanovlen-antirekord.htm)). So wurden an einem einzigen Tag, dem 1. Dezember 2013, 48 Medienvertreter auf der Bankova-Straße in der Nähe des Gebäudes der Präsidentenverwaltung tötlich angegriffen. Gehirnerschütterungen, Blutergüsse, Verletzungen durch explodierende Blendgranaten und ähnliches waren die Folgen. Während der Zusammenstöße auf der

Bankova-Straße schlugen die Einheiten der Spezialeinheit „Berkut“ brutal auf Fotografen und Kameramänner ein; ihnen war klar, dass sie es mit Journalisten zu tun hatten. Fotos und Videos, die diese Zwischenfälle dokumentieren, wurden weltweit verbreitet.

Die Eskalation wird deutlich, wenn man zum Vergleich die Zahlen aus vorangegangenen Jahren heranzieht. Im Jahr 2012 wurden demnach 65 Übergriffe auf Journalisten registriert. Die Motive waren in den meisten Fällen politischer Natur. Laut Wirtschaftsportal Liga.net ging die Gewalt oft von Sicherheits- und Ordnungskräften bestimmter Personen, Institutionen und Politiker aus.

In der Nacht zum 25. Dezember 2013 wurde Tetjana Schornowil, eine bekannte Journalistin und „Euromaidan“-Aktivistin, brutal verprügelt. Journalistisch konzentrierte sich Tetjana auf Untersuchungen, die Licht in die zahlreichen Korruptionfälle der höheren Ränge in der ukrainischen Regierung bringen sollten. Die Angreifer hielten Tetjana Schornowils Wagen auf einer Landstraße in der Nähe von Kiew an, schlugen sie auf den Kopf und versuchten bewusst, ihr Gesicht zu entstellen. „Der Schläfenbereich wurde von schweren Schlägen getroffen – ein klares Anzeichen dafür, dass man sie töten wollte“, klagt der Ehemann der Journalistin, Nikolai Berezovij, an.

Für all dies gibt es eine logische Erklärung: Bei der Entwicklung der aktuellen Proteste haben Journalisten eine besondere Rolle gespielt. In den Anfangstagen des „Euromaidan“ nutzten sie soziale Netzwerke und Medien, um die Menschen dazu aufzurufen, auf die Straße zu gehen und die Demokratie in der Ukraine zu verteidigen. Außerdem gaben viele bekannte Journalisten, wie zum Beispiel Jegor Sobolev oder Igor Lutsenko, ihre journalistische Karriere auf, um sich auf ihre Aufgaben als Bürgerrechtler fokussieren zu können. Heute koordinieren sie den Dialog zwischen den Protestierenden und den Oppositionsparteien und führen Informationskampagnen, um die demokratischen Werte in den verschiedenen Regionen des Landes zu stärken.

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Wilfried Becker, Germersheim.*

# „Mit Zuversicht“

Über die Zukunft der CDU als Volkspartei

## PETER TAUBER

Geboren 1974 in Frankfurt am Main, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Viele hatten nicht mehr daran geglaubt. Die Zeiten, in denen Parteien bundesweit Ergebnisse von über vierzig Prozent erreichen könnten, seien endgültig vorbei – so konnte man es in Kommentaren vieler Politikwissenschaftler in den letzten Jahren immer wieder lesen. Die CDU als große Volkspartei der Mitte hat das eindrucksvoll widerlegt. Dank der Politik der CDU unter Führung von Angela Merkel erreichte die Union 41,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler und steigerte ihr Ergebnis um 7,7 Prozent – ein Zuwachs, der seit 1953 unerreicht geblieben war.

Aus dem großen Erfolg vom September 2013 leitet sich für die Zukunft und über das Wahljahr 2014 hinaus eine große Verantwortung für die CDU ab. Mit unserer Politik muss sie Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen machen – für Jung und Alt, für Männer und Frauen, für Familien, für Zuwanderer, für Unternehmer, Arbeitnehmer und für Menschen, die auf die Solidargemeinschaft angewiesen

sind. Dabei müssen wir an die denken, die sich politisch bei der CDU „zu Hause“ fühlen, aber auch an die, die erstmals CDU gewählt haben oder sich bis dato nur schwer vorstellen konnten, ihr Kreuz bei der Union zu machen.

Will die CDU Volkspartei bleiben und mehr Menschen dafür gewinnen, in der CDU mitzumachen oder für die CDU ein Mandat im Gemeinderat zu übernehmen, dann muss sie sich der Frage stellen, ob ihre Angebote und Möglichkeiten zur Mitarbeit attraktiv und überzeugend genug sind.

Die CDU steht daher aus meiner Sicht vor vier großen Herausforderungen, die wir anpacken müssen.

*Erstens* muss sie in einer sich permanent verändernden und zunehmend „bunteren“ Gesellschaft stärker ihren zweiten Markenkern neben dem im „C“ verankerten christlichen Menschenbild herausstellen: *Der Gedanke der Union ist eine Idee, die uns in der Tat von allen anderen Parteien unterscheidet.* Wir stehen also vor der Aufgabe, als Volkspartei attraktive programmatische Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen unseres Landes zu machen. Die „Union“ ist die Klammer, die Menschen mit unterschiedlichen Sichtweisen

zusammenbringt. Wer erkannt hat, dass nicht das Durchsetzen von Partikularinteressen, sondern das Bemühen um einen Ausgleich unsere Gesellschaft freier und gerechter macht, der wird in der Union seine politische Heimat finden. Das heißt konkret: Eine Politik für Familien mit vielen Kindern zu machen, schließt nicht aus, auch die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare in den Blick zu nehmen. Diese Form der „Ausschließertis“ ist falsch und führt auch nicht zu dem Mehr an Gemeinsinn, den unser Land braucht.

*Zweitens* kommt es darauf an, wie die Union das tut. Aus meiner Sicht unterscheidet sich die Union in einem zentralen Punkt grundsätzlich von anderen, die den Anspruch erheben, Deutschland politisch führen zu wollen. *Wir gehören nicht zu denen, die immer nur wehklagen und meckern. Wir sehen die Herausforderungen und Probleme und stellen uns ihnen.* Und wir tun das als CDU im wahrsten Sinne des Wortes mit Gottvertrauen und Zuversicht. Das war beim Wiederaufbau nach dem Krieg so und erst recht nach dem Fall der Mauer und dem Vollzug der deutschen Einheit. Aus diesem Verständnis heraus sollte es gelingen, ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger zu machen, wie wir uns Deutschland im Jahr 2030 vorstellen. Ich glaube, dass viele Menschen neben den alltäglichen Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz oder die Gesundheitsversorgung genau diese Frage umtreibt: Es geht darum, zu fragen, welches Ziel und welche Idee die Menschen in Deutschland einen.

Gerade in einem Land, in dem immer mehr Menschen leben, deren Vorfahren keine gebürtigen Deutschen sind, entsteht durch eine „gemeinsame“ Vergangenheit nicht automatisch das notwendige Gemeinschaftsgefühl, um eine deutsche Identität

herauszubilden. Deshalb ist es zum einen so wichtig, gerade jungen Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Geschichte näherzubringen. Denn nur mit diesem Wissen sind entscheidende Aspekte der deutschen Rolle in der Welt verständlich. Zum anderen geht es darum, eine über die Wohlstandssicherung hinausgehende verbindende Idee für eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln. Wir müssen darüber reden, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit sich die Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden und unsere Geburtenrate wieder steigt. Andere in Europa haben es vorgemacht. Es gilt zu fragen, welche Antworten sich aus den für uns wichtigen Werten für eine moderne Gesellschaftspolitik im 21. Jahrhundert ableiten lassen. Und wir sollten uns dessen bewusst werden, welchen Platz wir als Deutsche in der internationalen Völkergemeinschaft künftig einnehmen wollen. Aus den Antworten auf diese Fragen ergibt sich im Wesentlichen das, was unsere Nation für die Zukunft prägen wird. Die CDU sollte den Anspruch erheben, diese Debatten dort zu prägen, wo sie bereits geführt werden, oder sie anzustoßen.

*Drittens* muss die Union noch mehr Menschen begeistern und zum Mitmachen einladen. *Wir brauchen neue, engagierte Mitglieder für die Arbeit vor Ort und Bürgerinnen und Bürger, die sich offen dazu bekennen, dass ihre politische Heimat die Union ist.* Unsere Mitgliederstruktur spiegelt nicht den breiten Zuspruch aus allen Gesellschaftsschichten wider, den wir am 22. September erhalten haben. Das müssen wir ändern.

*Viertens* gilt es, die Partei organisatorisch so aufzustellen, dass wir die Menschen unmittelbar erreichen und für unsere Politik werben können. Das ist umso wichtiger, je komplexer politische Zusammenhänge

werden. Mittels sozialer Netzwerke hat die CDU im zurückliegenden Wahlkampf viele Menschen erreicht, die nicht über Infostände oder Wahlkampfveranstaltungen mit uns ins Gespräch gekommen wären. Auch deshalb war die Union bei der Bundestagswahl die mit Abstand stärkste Partei bei den Jung- und Erstwählern. Wir müssen diese Form des politischen Diskurses verstetigen und als Partei permanent ansprechbar und erreichbar sein.

Wie kann die CDU das schaffen? Vor uns liegen in zehn Bundesländern Kommunalwahlen und darüber hinaus noch zahlreiche Bürgermeister- und Landratswahlen. In den Stadt- und Gemeindeverbänden laufen die Vorbereitungen für den Wahlkampf auf Hochtouren. Vielerorts hat die CDU das Prinzip der offenen Listen etabliert. Wir laden Bürgerinnen und Bürger ein, für die CDU zu kandidieren, auch wenn sie (noch) kein Parteimitglied sind. Mancherorts sind fast ein Drittel der Kandidaten noch kein Mitglied der CDU. Darüber hinaus sind Wahlkampfzeiten auch immer Zeiten, um neue Mitglieder zu werben. Wir müssen es schaffen, noch stärker junge Menschen, Frauen und Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte anzusprechen und für die CDU zu gewinnen. Das ist zwar immer auch eine Aufgabe der Stadt- und Gemeindeverbände vor Ort, aber noch stärker müssen sich unsere Bürgermeister, Landräte und Abgeordneten der Länderparlamente und des Bundestags diesem Gedanken verpflichtet fühlen.

Man erlebt immer wieder, wie Einzelinteressen aufeinanderprallen und mit Argusaugen darüber gewacht wird, wer sich auf Kosten eines anderen durchgesetzt hat – nicht nur im politischen Raum. Ein solcher Geist widerspricht dem Grundverständnis der Unionsparteien. Aus den

Erfahrungen der Weimarer Republik heraus war es ein Anliegen der Gründerväter der CDU, eine politische Kraft in Deutschland zu schaffen, in der Menschen aus verschiedensten gesellschaftlichen Kreisen zusammenfinden – geeint durch gemeinsame Überzeugungen, aber auch miteinander verbunden in dem Bewusstsein, dass es das Gemeinsame braucht, um für den Einzelnen etwas zu erreichen. Die preußische Königin Luise hatte es einst so formuliert: „Wenn jedermann nach seinem Gang handeln wollte, jeder seinen Neigungen folgen; was würde da aus uns allen werden.“

Dieser Gedanke der Union ist die Brücke, die wir schlagen müssen, um noch mehr Zuwanderer und mehr junge Leute einzuladen, in der CDU mitzumachen. Ich bin der Überzeugung, dass es nach wie vor viele Menschen in diesem Land gibt, denen das Gemeinwohl und die Zukunft unseres Landes nicht egal sind, die nicht nur an ihr eigenes Fortkommen denken. Oder um es mit den Worten von Papst Benedikt XVI. zu sagen: „Wo der persönliche Egoismus oder die Interessen von Gruppen sich über das Gemeinwohl hinwegsetzen, wenn jeder nur an seine eigenen Interessen denkt, kann die Welt nur zugrunde gehen.“ Für Menschen, die so denken, muss die CDU sich stärker als bisher als politische Heimat anbieten und sie einladen.

Doch was machen wir, wenn es uns gelungen ist, Menschen, die sich mit der Union identifizieren können, für eine Mitarbeit zu begeistern? Wenn jemand die Zukunft der Pflege in einer alternden Gesellschaft umtreibt, dann wird er auf Dauer keine Erfüllung darin finden, im CDU-Stadtverband über die Hundesteuer- oder Friedhofssatzung zu diskutieren, so wichtig diese Entscheidungen vor Ort – das sage ich als ehemaliger Stadtverordneter und

Kreistagsabgeordneter mit großer Überzeugung – auch sind. Wir brauchen also stärker als bisher regelmäßige Formate, bei denen beispielsweise der Chefarzt des Kreiskrankenhauses die Gelegenheit hat, mit dem Gesundheitsexperten der CDU ins Gespräch zu kommen. So findet er mit seinem Anliegen und seiner Expertise Gehör bei den Entscheidungsträgern der Partei und die Partei hat umgekehrt einen Mehrwert, indem sie sich seines Know-hows bedienen kann. Diese Angebote müssen niedrigschwellig und regelmäßig sein.

Die Digitalisierung bietet die einmalige Chance, solche neuen Formate zu entwickeln. Die CDU kann und sollte künftig ganz anders als bisher um diejenigen werben, die in unserer Gesellschaft an vielen Stellen Verantwortung tragen. Darüber hinaus müssen wir die Möglichkeiten von sozialen Netzwerken nicht nur in Wahlkampfzeiten nutzen. Ich bin oft gefragt worden, ob ich nun Facebook nutze, statt Hausbesuche zu machen oder auf die Kirchweih zu gehen. Schon die Frage offenbart, dass der Fragesteller das Prinzip von Social Media nicht verstanden hat. Ich kann auf Facebook und Twitter nichts diskutieren und keine Geschichte erzählen, die nicht irgendwo in der analogen Welt stattgefunden hat. Inzwischen sind viele Abgeordnete und Bürgermeister in den sozialen Netzwerken präsent. Das ist ein erster, wichtiger Schritt. Wenn man nun noch akzeptiert, dass die Regeln der Kommunikation dort anders funktionieren, als das Politiker bisher gewohnt waren – und damit meine ich nicht den bisweilen leider rüden und unpassenden Umgangston miteinander –, dann ist viel gewonnen. Mit Bürgerinnen und Bürgern, Mitgliedern und Anhängern der CDU dort auf Augenhöhe zu diskutieren, bietet die

Chance, Menschen mitzunehmen. Wir sollten uns als politische Funktionsträger die dafür notwendige Zeit nehmen – und es reicht nicht, wenn das der Generalsekretär tut. Ich erwarte, dass alle, denen unsere Mitglieder ein Amt übertragen haben und die von den Bürgerinnen und Bürgern für die CDU gewählt worden sind, sich diesem Gedanken verpflichtet fühlen – und zwar nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Wann fühlen sich Menschen motiviert und eingeladen mitzumachen? Sicher nicht, wenn man ständig klagt und jammert, wenn man Szenarien beschreibt, bei denen man das Gefühl hat, der Untergang des christlichen Abendlandes stehe unmittelbar bevor, und schon gar nicht, wenn man alles schlechtredet. Jeder kennt diese ständigen Nörgler in den Kommentarspalten auf *Spiegel online* oder auch auf Facebook. Niemand mag sie. Und das gilt auch für den politischen Diskurs. Ludwig Erhard hat gesagt: „Natürlich ist es die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kritisieren. Es ist aber nicht ihre Aufgabe, unser Land schlechtzureden.“ Genau darum geht es. Die CDU steht nicht dafür, Probleme schönzureden, wir wollen anpacken und dabei die Kräfte in unserer Gesellschaft stärken und als Partner gewinnen, die das auch tun. „Jeder einzelne Bürger muss das Gefühl haben und das Bewusstsein, dass er selbst Mitträger des Staates ist. Er muss erkennen und wissen, dass es ein gemeinsames Interesse gibt, das beachtet werden muss, und dass das in seinem ureigenen Interesse geschieht.“ So hat es Konrad Adenauer formuliert. Wenn wir uns diesem Satz verpflichtet fühlen und ihn wieder stärker in den Vordergrund rücken, dann wird es der CDU gelingen, Volkspartei zu bleiben und an den großen Erfolg vom 22. September 2013 anzuknüpfen.

# Zuerst die Barmherzigkeit

---

Programmatisch Neues im Pontifikat des Franziskus

## **RAINER BUCHER**

Geboren 1956 in Nürnberg, seit 2000 Vorstand des Instituts für Pastoraltheologie und Pastoralpsychologie an der Fakultät Katholische Theologie der Universität Graz (Österreich).

Die Kirche ist kein Selbstzweck, ihre Sakramente sind es nicht, selbst die Schönheiten, ihre Kunst sind es nicht, die Theologie und die Dogmen sind es schon gar nicht – und auch der Papst ist es nicht.

Es gibt alles und alle in der Kirche, damit sie tut, wofür es sie gibt. Was das ist, dafür hat das Zweite Vatikanum fulminante Formulierungen gefunden. Eine lautet: Die Kirche ist das „allumfassende Sakrament des Heiles“, „welches das Geheimnis der Liebe Gottes zu den Menschen

zugleich offenbart und verwirklicht“.<sup>1</sup> Alle und alles in der Kirche müssen sich daran messen lassen, ob sie dazu etwas beitragen. Auch der Papst.

## **REAKTION AUF DEMÜTIGENDE REICHWEITENVERLUSTE**

Anders als man vielleicht auf den ersten medial gelenkten Blick meinen möchte, steht es mit dem Papsttum freilich seit Längerem nicht besonders gut. Denn seine konkrete neuzeitliche Organisationsidee ist in die Jahre gekommen. Diese Organisationsidee entwickelte sich in der frühen Neuzeit in einer merkwürdigen Gegen-



abhängigkeit zum Souveränitätsdenken des modernen Staates. Wie er begriff sich die katholische Kirche als in sich und aus sich heraus unabhängig, darin dem Staat ebenbürtig, durch ihr übernatürliches Gottesverhältnis ihm sogar überlegen.

Mit dieser Souveränitätsstrategie reagierte die katholische Kirche immer steiler auf eine ganze Kaskade demütigender Reichweitenverluste: auf die erfolgreiche Etablierung konkurrierender christlicher Kirchen in der Reformation, auf die Entmachtung durch den modernen, liberalen Staat in den bürgerlichen Revolutionen, auf das Aufkommen konkurrierender politischer Religionen im Kommunismus und in der völkischen Religiosität und schließlich noch auf die moderne Individualisierung des Religiösen im 20. Jahrhundert. Das Papsttum wurde zur Spitze und zum Zentrum dieser Strategie.

Diese Strategie arbeitete mit Inklusion durch Exklusion, das bedeutete sozialen wie heilsökonomischen Ausschluss der anderen bei interner Verdichtung der römischen Kirche. Lange war diese Strategie ziemlich erfolgreich. Nur funktioniert sie immer weniger, weil sich die Machtverhältnisse zwischen Individuum und religiösen Institutionen mittlerweile auch im katholischen Feld gewandelt haben. Auch die katholische Kirche verortet sich seit einiger Zeit nicht mehr allein normativ, sondern auch situativ.<sup>2</sup>

Im gewissen Sinne hängt seither das Papsttum in seiner neuzeitlichen Souveränitätsformatierung einigermaßen in der Luft, und man kann die medial globalisierte Charismatik Johannes Pauls II. und den Gelehrtenhabitus Benedikts XVI. als Versuche verstehen, genau damit auf eine sehr persönliche, also gerade nicht amtliche Weise umzugehen.

## FRANZISKUS ÜBERNIMMT DIE LEITUNG DER KIRCHE DES KONZILS

Nun hat das Zweite Vatikanum dem Volk Gottes und damit auch dem Papst einen neuen Ort zugewiesen. Dieser Ort ist nicht durch Exklusion und Erhabenheit, sondern durch Solidarität und Inklusion im Horizont des universalen Heilswillens Gottes definiert. Mit dem letzten Konzil hat die katholische Kirche anerkannt, dass es nicht mehr geht, in die Welt hineinzusprechen, sich im Übrigen aber als erhaben über sie zu glauben und sich ihren Freuden und Hoffnungen, ihrer Trauer und ihren Ängsten nicht auszusetzen.

Papst Franziskus übernimmt die Leitung der Kirche des Konzils. Er sagt dies auch ausdrücklich: „Das Zweite Vatikanische Konzil ... hat beschlossen, der Zukunft mit einem modernen Geist ins Gesicht zu sehen und sich für die moderne Kultur zu öffnen. Die Konzilsväter wussten, dass Öffnung zur modernen Kultur religiöse Ökumene bedeutete und Dialog mit den Nichtglaubenden. Seitdem ist sehr wenig in diese Richtung getan worden. Ich habe die Demut und den Ehrgeiz, es tun zu wollen.“<sup>3</sup>

Für Franziskus ist das Zweite Vatikanum „eine neue Lektüre des Evangeliums im Licht der zeitgenössischen Kultur“.<sup>4</sup> Dieser Satz sprengt alle Diskussionen über eine Hermeneutik der Kontinuität oder Diskontinuität, denn er steht jenseits dieser Alternative und hält die entscheidende methodische Wende fest, die das Konzil gegenüber der Kirche der Neuzeit darstellt – eine Wende, die tief in das Betriebssystem von Theologie und Kirche eingreift: Die Kirche beurteilt nicht mehr von

außen die Gegenwart, als ob sie nicht dazugehören würde. Stattdessen sind die Gegenwart und speziell die Armen und Ausgeschlossenen in ihr<sup>5</sup> der heilsgeschichtlich einzig mögliche Ort der Entdeckung von Sinn und Bedeutung des Evangeliums.

Genau diese Wende des Konzils ist mit Franziskus in Rom angekommen. Dieser Papst verkörpert mit dem, was er tut und sagt, die geistliche, praktische und theologische Herausforderung epochalen Ausmaßes, die das Konzil bedeutet. Er konfrontiert seine Kirche mit ihrem letzten Konzil.

## PRIMAT DER BARMHERZIGKEIT

Daraus folgt viel. Aus dem konziliaren Ansatz des Papstes folgt der situative Vorrang der Orthopraxie vor der Orthodoxie [das heißt des rechten Handelns vor der rechten Lehre, Anm. der Redaktion]. Franziskus begründet das Primat der Barmherzigkeit wie das Konzil im universalen Heilswillen Gottes. Damit bricht der Papst jede kirchliche Selbstbezüglichkeit auf – bekanntlich die Grundversuchung der katholischen Kirche. Im Handeln der Kirche geht es zuerst darum, jeden Menschen aus der Perspektive der Liebe Gottes anzuschauen, und sei dieser Mensch noch so weit entfernt von einem Leben nach kirchlichen Normen.

Der Ansatz des Papstes bedeutet auch die Verpflichtung der Kirche, sich an den Rändern und Grenzen ihrer selbst zu entdecken, weil sie dort ihre Aufgaben und durch diese zu sich selbst findet. Aus dem

Ansatz des Papstes folgt zudem der Vorrang des Volk-Gottes-Charakters der Kirche vor ihren hierarchischen Stufungen. Hier trifft der Papst zielgenau wunde Punkte der jüngeren Kirchengeschichte: die defizitäre Synodalität der katholischen Kirche etwa oder auch das kontrollfixierte Verhältnis des Lehramts zur wissenschaftlichen Theologie.

Und es bedeutet, Gott im „sanften, leisen Säuseln“<sup>6</sup> des Elija zu finden, im immer offenen Raum von Sicherheit und Zweifel; damit schließt der Papst an die große spirituelle – und nicht nur dogmatische – Tradition der Kirche an.

## DIE „PASTORALE UMKEHR“ HAT DAS PAPSTTUM ERREICHT

Dieser Papst verkörpert die „pastorale Umkehr“<sup>7</sup>, die das Konzil bedeutet und die Franziskus in *Evangelii gaudium* auch genau so nennt. Mit ihm hat diese pastorale Umkehr das Papsttum endgültig erreicht. Darin ist Franziskus eine Hoffnung für seine Kirche.

Dieser Papst ist aber auch eine Hoffnung für die ganze Welt, denn er verkörpert die Zuversicht, etwas zu sagen zu haben, das sie über den ökonomisch wie kulturell zunehmend hegemonialen und in weiten Teilen der Welt eben nicht sozial eingehegten Kapitalismus und die fundamentalistischen Reaktionen auf ihn hinausführt. Und dabei auch nicht zurückführt in die „Absurdität“ eines „kirchlichen und gesellschaftlichen Konservativismus“, der meint, man könne die „Leere und Unbarmherzigkeit der kapitalistischen Kultur

mit einer Rückkehr zu vormodernen Vorschriften und Identitätsmarkern ... wieder auffüllen“.<sup>8</sup>

Niemand weiß, ob dieser Papst die Zeit, die Kraft, die Ressourcen, die Geschicktheit und die Bündnispartner hat, sein Programm durchzuhalten. Wenn er jesuitische Strategieintelligenz mit franziskanischer Optionsstärke verbindet, hat er eine Chance.

*Der Text basiert auf einem Impulsreferat, das der Autor am 5. Dezember 2013 bei der Diskussionsveranstaltung „Zeichen, Worte – Taten? Wie verändert Papst Franziskus die Kirche und die Welt?“ vorgetragen hat. Der Themenabend zu Papst Franziskus eröffnete die Reihe „Die Politische Meinung im Gespräch“.*

*„Kapitalismuskritik, Kulturkritik und Reformen in der Kirche“ lauten die im Januar 2014 erschienenen und von Karlies Abmeier verfassten „Analysen & Argumente“ der Konrad-Adenauer-Stiftung zu „Evangelii Gaudium“, dem ersten Apostolischen Lehrschreiben von Papst Franziskus; abrufbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.36580>.*

<sup>1</sup> II. Vatikanisches Konzil, Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute (*Gaudium et spes*), Nr. 45.

<sup>2</sup> Siehe dazu: Rainer Bucher, *Wenn nichts bleibt, wie es war. Zur prekären Zukunft der katholischen Kirche*, 2. Aufl., Würzburg 2012, 15–41.

<sup>3</sup> E. Scalfari, Interview mit Papst Franziskus, *La Repubblica*, 01.10.2013. Zitiert nach der Website des Radio Vatikan: [http://de.radiovaticana.va/news/2013/10/01/%C3%BCberraschung:\\_papst-interview\\_mit\\_%E2%80%9Ela\\_repubblica%E2%80%9C/ted-733261](http://de.radiovaticana.va/news/2013/10/01/%C3%BCberraschung:_papst-interview_mit_%E2%80%9Ela_repubblica%E2%80%9C/ted-733261) (20.12.2013).

<sup>4</sup> A. Spadaro, *Das Interview mit Papst Franziskus*. Freiburg i. Br./Basel/Wien 2013, 57.

<sup>5</sup> Siehe das Apostolische Schreiben „*Evangelii gaudium*“, Nr. 53 f.

<sup>6</sup> A. Spadaro, *Das Interview mit Papst Franziskus*. Freiburg i. Br./Basel/Wien 2013, 59.

<sup>7</sup> *Evangelii gaudium* Nr. 27. Im spanischen Originaltext steht „*conversión pastoral*“. Dies wurde in der „Arbeitsübersetzung“ der ersten Tage auf der Website des Vatikans korrekt mit „*pastorale Umkehr*“ übersetzt, in der jetzt gültigen Übersetzung in „*pastorale Neuausrichtung*“ abgeschwächt. Maßgeblich ist der spanische Originaltext.

<sup>8</sup> Kurt Appel, „Ein neuer Blick auf Papst Franz“, in: *Der Standard*, 05.08.2013. Siehe dazu auch: Rainer Bucher, „Wie leben im hegemonialen Kapitalismus? Perspektiven des deutschen politischen Katholizismus“, in: *Wort und Antwort* 54 (2013), 149–156.

# Konvergenz und Krise

---

Zur Diskussion über die Wirkung des Euro

## JÜRGEN NIELSEN-SIKORA

Geboren 1973 in Köln, Leiter der Abteilung Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dominik Geppert: Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro, Europa Verlag, München 2013, 192 Seiten, 16,99 Euro.

Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit. 2., aktualisierte Auflage, C. H. Beck Verlag, 489 Seiten, München 2012, 26,95 Euro.

Der Euro? Freiheit, Frieden und Wohlstand, versichern die einen. Die anderen sprechen von einer Brüsseler Kunstwährung, vom inflationären Zwangsgeld oder schlicht vom „Teuro“. Der Euro ist Sinnbild von Konvergenz *und* Krise, ein Gegenstand lebhafter Diskussionen in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft.

In den 1970er-Jahren glaubte der französische Finanzexperte Jacques Rueff, Europa entstehe einzig und allein durch eine gemeinsame Währung. Berufen konnte er sich auf den Stufenplan zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion von 1971 – eine Reaktion auf die US-amerikanische Geldpolitik der späten

1960er-Jahre – und die Inflation des Dollar. Doch die Verwirklichung der Union stockte, bis der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors in den späten 1980er-Jahren den Prozess voranbrachte. Er schlug ein System europäischer Zentralbanken, feste Wechselkurse und die sukzessive Ersetzung nationaler Währungen durch eine Gemeinschaftswährung vor. Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 wurden dann sowohl die Europäische Union als auch die gemeinsame Währung Realität. Die 1998 gegründete Europäische Zentralbank sollte zudem für eine einheitliche Geldpolitik sorgen.

Schon Mitte der 1990er-Jahre malten Skeptiker wie die „Initiative pro DM“ Schreckensbilder der Gemeinschaftswährung an die Innenwände des europäischen Hauses. Heute reicht die Palette der Eurokritiker von der „Alternative für Deutschland“ über Peter Gauweiler und Thilo Sarrazin bis hin zu Hans-Olaf Henkel und Henrik M. Broder. Sie fürchten eine Art Währungssozialismus und das Ende des Wohlstands in Europa.

## **GRÜNDUNGSMYTHOS ÜBERSTRAPAZIERT**

Angesichts der jüngsten Entwicklungen und des Streits um den Euro – so meint der Bonner Historiker Dominik Geppert – dürfe man nicht länger den Gründungsmythos des vereinten Europa überstrapazieren. Die Narration von den friedensstiftenden Vereinigten Staaten von Europa habe sich in Zeiten der Spaltung Europas in Gläubiger- und Schuldnerstaaten erschöpft. Der Euro, längst im Fadenkreuz

internationaler Besorgnis, bewirke zusehends eine Zerreißprobe der EU. Ursache, so Geppert, seien historische Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gelte. Im Verstoß gegen die No-bail-out-Klausel und in der fehlenden Möglichkeit der Auf- und Abwertung nationaler Währungen durch den Euro lägen zwei Hauptprobleme. Zudem werde die Europäische Zentralbank (EZB) als Instrument zur Finanzierung nationalstaatlicher Defizite missbraucht.

Geppert stützt sich in seiner Argumentation einerseits auf Quellen aus dem Finanzteil der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Verweise auf Europa-Artikel der Zeitung machen rund ein Fünftel der Literaturangaben aus. Die zweite Säule seiner Argumentation ist die britische Sichtweise: Geppert greift Argumente des britischen Historikers Timothy Garton Ash, des britischen Investmentbankers David Marsh sowie die Ausführungen der Bloomberg-Rede des britischen Premierministers David Cameron im Januar 2013 auf. Er plädiert für eine Korrektur der Euro-Politik und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der einem System variabler Koalitionen innerhalb der EU weichen solle. Die neue, dezentrale und flexible Ordnung sei zwar mehr als nur eine Freihandelszone, ob hierzu jedoch in Zukunft auch die Währungsunion gehören müsse, sei „eine durchaus offene Frage“. Den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, erachtet er allerdings für nicht sinnvoll. Denn die Rettungspolitik der EU verfolge die Idee eines Europa, das es nicht gebe.

Gepperts These von der „fatalen Sprengkraft des Euro“ wird begleitet von zahlreichen historischen Exkursionen. Sein Essay ist allerdings nicht auf eine systematische Analyse der historischen Entwicklung angelegt.

## TREND ZUR KONVERGENZ

Eine solche leistet hingegen der Münchner Historiker Andreas Wirsching in seinem Buch *Der Preis der Freiheit*, das einem mächtigen historischen Trend der europäischen Einigung nachgeht: der Konvergenz.

Die „Geschichte Europas in unserer Zeit“ – so der Untertitel – blickt aus der Gegenwart zurück auf die vergangenen dreißig Jahre, auf den Zusammenbruch des Kommunismus und dessen Rückwirkung auf den Westen, die Aufbruchsstimmung zu Beginn der 1990er-Jahre, den Jugoslawienkrieg und die Transformation der Märkte. Wirsching schildert die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Weltwirtschaft, die Massmigration und Massenkultur, den Populismus in Europa und die Erinnerungskultur.

Die Diskussion über den Euro bettet er in weltgeschichtliche Zusammenhänge ein. Die Hauptquelle der europäischen Krise sei in den USA zu suchen, genauer: in der Deregulierung und Liberalisierung des Finanzmarktes seit den 1980er-Jahren. Der Mentalitätswandel der Marktteilnehmer und die stark expansive Politik des billigen Geldes hätten letztlich auch den amerikanischen Immobilienmarkt im 21. Jahrhundert überhitzt. Auslöser war die US-Notenbank, die den Leitzins Ende der 1990er-Jahre innerhalb kürzester Zeit um drei Prozentpunkte auf 3,5 Prozent senkte. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 betrug der Zinssatz nur noch ein Prozent. Die günstigen Kredite führten in der Konsequenz zu einer Immobilienblase, da bis zu diesem Zeitpunkt gängige Kreditvergabekriterien außer Kraft gesetzt wurden. Sogenannte Subprime-Hypotheken boten auch Menschen ohne Einkommen

oder Vermögen die Möglichkeit, Geld aufzunehmen. Die Eigenheimpreise stiegen und reizten zu Spekulationen. Die Blase wuchs, und der Immobilienmarkt schien plötzlich Teil eines gigantischen Monopoly-Spiels zu sein.

Mit Verzögerung schwappte die Finanzkrise auf Europa über. 2008 wurde sie zur Wirtschaftskrise, weil auch der Kreditverkehr zum Erliegen kam und der Realwirtschaft liquide Mittel fehlten. Griechenlands gefälschte Haushaltsdaten und die massiven Verstöße gegen die Konvergenzkriterien der EU führten schließlich zu einer politischen Krise. Die Schuldenkrise mutierte zur Vertrauenskrise und die Währungs- zur Haftungsunion.

## OFFEN UND DIALEKTISCH

Wirsching zeichnet diese Entwicklung eindrucksvoll nach, warnt am Ende jedoch alle Euro-Skeptiker vor falschen Idealvorstellungen Europas, die die Realität in eine negative Perspektive rücken würden: „Aus der Selbstreflexion über die gewünschte Zielvorstellung entwickelt sich die radikale Infragestellung, nämlich die ‚Krise‘ Europas.“ Die Vorstellung von der Zukunft Europas und die Diagnose der Krise gehörten, so Wirsching weiter, untrennbar zusammen und müssten kognitiv aufeinander bezogen werden. Wer die Währungsunion rückgängig machen wolle, glaube an ein Europa, das es nicht gebe.

Der Autor betont die Offenheit der historischen Entwicklung und die Dialektik der europäischen Geschichte: Angleichung in der Ungleichheit, Vereinheitlichung bei fortschreitender Differenzierung

und Desintegration inmitten beschleunigter Integration. Unverkennbar sei der Konvergenzschub, der mit der Einigung einhergehe und trotz des krisenhaften Gestaltwandels Europas stets voranschreite. Indizes der Konvergenz erblickt Wirsching in der Befreiung aus dem totalitären System des Kommunismus (politische Konvergenz), damit zusammenhängend im Übergang von der Plan- zur Sozialen Marktwirtschaft (ökonomische Konvergenz) und schließlich in der Freizügigkeit und der Relativierung der Grenzen (kulturelle Konvergenz). Insofern begreift er Europa heute als einen gigantischen Lernort. Die politischen Aufgaben könnten nur im Rahmen bestehender Institutionen gelöst werden. Den historischen Pfad zu verlassen, verbiete der Blick auf die politischen, finanziellen und kulturellen Kosten. „Mehr Europa“ laute die Losung gerade in Zeiten der Krise.

Andreas Wirsching fokussiert deutlich stärker die historische Entwicklung und liefert nicht nur eine sachgerechte Einschätzung der gegenwärtigen Krisendebatte, sondern auch eine äußerst gelungene und sehr lesenswerte Studie über das Europa des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Die Europäer entscheiden am Ende selbst, wer von beiden Recht behalten soll.

## **PROVOKATIV ODER SACHLICH**

Dominik Geppert verzichtet in seinem vorgestellten Buch ganz bewusst auf eine wissenschaftliche Diskussion und eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte der europäischen Integration. Der Titel ist provokant und soll zur Diskussion anregen, der Inhalt ist deshalb essayistisch angelegt. Seine Thesen greifen aktuelle Tendenzen der öffentlichen Diskussion auf. Dabei orientiert er sich an der Meinung der britischen Öffentlichkeit, die vereinzelt auch in Deutschland zu vernehmen ist. Ob dies einer konstruktiven Diskussion auf europäischer Ebene zuträglich ist, sei dahingestellt.



# Solidarisch, frei, „rheinisch kapitalistisch“

---

Über Fundamente und Reformdiskurse des Sozialstaates

## STEFAN FUCHS

Geboren 1981 in Bonn, Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, seit März 2010 Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Demographie.

Michael Spieker (Hrsg.): Der Sozialstaat. Fundamente und Reformdiskurse, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012, 305 Seiten, 49,00 Euro.

Die Legitimität des Sozialstaates zu bekräftigen, ist das Ziel eines Bandes über den „Sozialstaat – Fundamente und Reformdiskurse“, der aus einer Tagungsreihe der Akademie für Politische Bildung Tutzing

entstanden ist. Die Beiträge spannen einen weiten Bogen von den normativen Begründungen des Sozialstaates über Politikfeldanalysen (zu Renten, Grundsicherung und Familienförderung) bis hin zu grundsätzlichen Stellungnahmen zum Sozialstaat in Deutschland. Die Autoren eint das Bekenntnis zu einem entwickelten Sozialstaat, der für sie ein notwendiger Bestandteil einer modernen Demokratie ist. Zu den demokratischen Kernaufgaben gehöre es nicht nur, die liberalen Grundrechte der Bürger zu gewährleisten, sondern darüber hinaus „soziale Rechte“ anzuerkennen und umzusetzen, wie Frank Nullmeier („Normativer Vorrang der Demokratie vor dem Sozialstaat?“) formuliert.

Entschieden verteidigen die Autoren den Sozialstaat gegen den von einigen Libertären erhobenen Vorwurf, dass der Sozialstaat die Freiheit der Bürger im Namen der sozialen Sicherheit beschneide und ihren Leistungswillen schwäche. Weit davon entfernt, leistungsfeindlich zu sein, fördere der „Rheinische Kapitalismus“, so konstatiert Markus Vogt, mit seinen solidarischen Hilfen in Notlagen „die Fähigkeit und Bereitschaft zu individueller Leistung und Verantwortungsübernahme“. Beispielhaft für die Produktivitäts- und Leistungsvorteile solidarischer Sicherungssysteme sei der Einsatz des Kurzarbeitergeldes 2008/2009: Dieser habe es der deutschen Wirtschaft ermöglicht, die Finanzkrise ohne Massenentlassungen zu überstehen, und so maßgeblich zum sogenannten deutschen „Beschäftigungswunder“ beigetragen. Bekanntlich wird Deutschland im Ausland wegen seines Beschäftigungserfolges beneidet; als vorbildlich gilt insbesondere die niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Merkwürdigerweise spielt dieser Erfolg des „Modells Deutschland“ in dem Sammelband keinerlei Rolle; international vergleichende Analysen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fehlen leider in dieser Publikation.

## **MEINUNGSMACHE GEGEN FAKTEN?**

Statt mit empirisch messbaren Entwicklungen befassen sich die meisten Autoren stärker mit „Diskursen“, in denen sie den Schlüssel zum Verständnis der jüngeren Sozialstaatsreformen zu erkennen meinen. Am schärfsten formuliert diese Sicht Albrecht Müller, für den „die politische

Wende bis hin zur Agenda 2010 vor allem mit einer Hegemonie über die Meinungsbildung bewirkt worden ist und nicht durch objektive Standortschwierigkeiten, die angeblich neue Globalisierung und die angeblich schwierige demografische Entwicklung“. Der Grund für die Sozialstaatsreformen seien nicht objektive Gegebenheiten, sondern eine von „Interessen gesteuerte Meinungsmache“ gegen den Sozialstaat. Seit der „Tendenzwende“ in den 1970er-Jahren hätten CDU/CSU und Wirtschaftslobbyisten systematisch den Sozialstaat diskreditiert, um eine „Privatisierung gesellschaftlichen Reichtums“ durchzusetzen. Zu diesem Zweck werde im Staatssektor „auf allen Ebenen gespart“. Belege dafür liefert Müller nicht.

Tatsächlich sind die jährlichen Sozialausgaben pro Kopf trotz der Agenda-Reformen seit 2003 von knapp unter 8.000 Euro auf über 10.000 Euro (2009) gestiegen. In anderen Ländern, die solche Sozialreformen nicht durchführten, sind diese Ausgaben noch stärker gestiegen: in Frankreich zum Beispiel von 8.200 Euro (2003) auf nahezu 11.000 Euro pro Kopf. Mit seinem immensen Staatssektor (fast sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts) müsste Frankreichs Wirtschaft aus Müllers Perspektive eigentlich blühen, tatsächlich leidet sie aber unter Stagnation und Arbeitslosigkeit. Die bessere Beschäftigungslage in Deutschland hat nun unstrittig mit größerer Wettbewerbsfähigkeit und diese mit einem geringeren Anstieg der Lohnkosten zu tun. Neben der moderaten Tarifpolitik spielen dafür die Rentenreformen eine Schlüsselrolle: Während in Frankreich und Südeuropa die Rentenausgaben von 2000 bis 2010 stark anstiegen, blieben sie in Deutschland konstant. Möglich war diese Konsolidierung

bei einer wachsenden Zahl von Rentenbeziehern nur durch schmerzhaftes Einschnitten in das Rentenniveau. Den Rentenreformen gilt nun Müllers besonderer Zorn. Er bestreitet rundweg, dass die Alterung der Gesellschaft zu Einschränkungen im Interesse der Jüngeren zwingt. Die Problematik des demografischen Wandels ist für ihn ein Propagandakonstrukt, das die Finanzindustrie nutze, um mit der privaten Altersvorsorge ein „Riesengeschäft“ zu machen.

## **MEHR DISKURS, WENIGER EMPIRIE**

Dagegen belegt Stefanie Wahl in ihrem Beitrag nüchtern die Kosten der alternden Gesellschaft für die soziale Sicherung, die besonders in der Krankenversicherung weitere Reformen erfordere. Ihr Plädoyer für die kapitalgedeckte Altersvorsorge vermag allerdings in Zeiten negativer Realzinsen – Kritiker der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sprechen von einer „schleichenden Enteignung der Sparer“ – nicht mehr zu überzeugen.

Generell beleuchten die Autoren die Folgen der Finanz- und Geldpolitik für die soziale Sicherung zu wenig. Sofern die Finanzkrise überhaupt eine Rolle spielt, führen die Autoren die Auswüchse des Finanzkapitalismus auf einen ideologisch motivierten „Neoliberalismus“ zurück. Dass die Deregulierung der Finanzmärkte auch dem Interesse der Staaten und dabei nicht zuletzt dem Ziel folgte, zur Finanzierung von Sozialausgaben mehr Schulden machen zu können, bleibt ausgeblendet. Insgesamt leidet der Band

in seinen politischen Analysen unter der verbreiteten Neigung, sich mehr mit Diskursen als mit der Empirie zu befassen.

## **GUTE GRÜNDE FÜR STAATLICHE WOHLFAHRT**

Die Stärke des Bandes liegt in den normativen Begründungen des Sozialstaates. Michael Spieker zeichnet die Anfänge sozialstaatlichen Denkens in der deutschen Aufklärung nach: Im Gegensatz zu gängigen Urteilen über das „polizeistaatliche“ Denken des konservativen Rechtsphilosophen Christian Wolff sieht er in dessen Auffassungen keine Entmündigung der Untertanen, sondern Ansätze einer subsidiären, freiheitlichen Wohlfahrtsstaatskonzeption. Mit Bezug auf Immanuel Kant weist er nach, dass die Ablehnung der *Eudämonie* als Legitimation des Staats keine generelle Absage an Sozialstaatlichkeit bedeutet. So befürwortete Kant eine steuerfinanzierte Armenfürsorge und wies in seiner Friedensschrift *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* (1795) der Politik auch die Sorge für das Glück der Bürger zu.

An die Kantische Gesellschaftsvertragslehre knüpfte im 20. Jahrhundert John Rawls in seiner Theorie der Gerechtigkeit an. Gegen libertäre Interpretationen von Rawls zeigt Manuel Knoll, dass seine Theorie wohlfahrtsstaatliche Interventionen zu begründen vermag. Entgegen Rawls' eigener Überzeugung könne aber selbst seine Konzeption in pluralistischen Gesellschaften keinen Konsens herstellen, die Gegensätze in den Gerechtigkeitsvorstellungen ließen sich nicht aufheben.

## ZAUBERFORMEL „INKLUSION“

Dessen ungeachtet meinen manche, mit der Zauberformel „Inklusion“ das für alle passende Leitbild der Sozialpolitik gefunden zu haben. Inga Fuchs-Goldschmidt („Moral, Gerechtigkeit, Inklusion“) sieht in der Inklusion „die unabdingbare Bedingung der Möglichkeit für ein sinnvolles Leben“. Was bedeutet nun aber „Inklusion“, die den Einzelnen angeblich erst zu „einem vollwertigen Mitglied der Gesellschaft“ macht? Erfordert die Inklusion zum Beispiel immer Erwerbstätigkeit? Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ist das Betreuungsgeld ein „Fehlanreiz“, weil es Mütter davon abhält, ihre Kinder in Krippenbetreuung zu geben und sich selbst in den Arbeitsmarkt zu „integrieren“?

Es wäre sicher falsch, den Fürsprechern der „Inklusion“ das bewusste Streben nach einem paternalistischen Betreuungsstaat zu unterstellen. Nicht zu übersehen ist aber, dass „Inklusion“ als Deckmantel für eine „One-Size-fits-all-Politik“ dienen kann, die – von der Kindererziehung bis zur Gesundheitsvorsorge – die Pluralität der Präferenzen und Lebensentwürfe in der modernen Gesellschaft negiert und die Menschen bevormundet. Nach einer anregenden Lektüre über „Fundamente und Reformdiskurse“ des Sozialstaates bleibt es daher dem Leser überlassen, weiter darüber nachzudenken, wie die von Autoren wie Markus Vogt geforderte „solidarische Leistungsgesellschaft“ politisch geordnet werden könnte.

# Informieren und werben

---

Die Aktivitäten der KAS im Vorfeld der Europawahlen

Die anstehende Europawahl am 25. Mai 2014 fordert auch die Konrad-Adenauer-Stiftung heraus. Als *die* Europa-Stiftung in Deutschland sehen wir es als eine unserer zentralen Aufgaben an, für das Projekt des vereinigten Europa und insbesondere die gestiegene Bedeutung des Europäischen Parlaments zu werben.

Wussten Sie schon, dass die Tatsache, dass man als Kunde der Deutschen Bahn bei einer Verspätung von mehr als zwei Stunden fünfzig Prozent des Fahrpreises erstattet bekommt, letztlich auf eine Entscheidung des Europäischen Parlaments zurückzuführen ist? Auch wenn allzu oft negative Schlagzeilen überwiegen, spiegeln diese keineswegs den tatsächlichen, überwiegend positiven Einfluss der EU auf unser tägliches Leben wider. Das aber ist zu wenig bekannt. Leider ist es einfach, die EU für die ein oder andere Übertreibung zu kritisieren und lächerlich zu machen, aber unendlich schwer, der EU für die positiven Leistungen, die wir gerne als selbstverständlich „einkassieren“, die ihr zustehende Anerkennung zukommen zu lassen. Schon vergessen – die Vorteile des Reisens ohne Grenzkontrollen und ohne lästigen Geldumtausch oder die Möglichkeiten, ohne bürokratischen Aufwand im europäischen Ausland zu studieren oder arbeiten zu können?

Im Zentrum der Aktivitäten der Stiftung im Vorfeld der Europawahlen stehen zwei Elemente: zum einen aktuelle Informationen über Entwicklungen in der EU zu geben und zum anderen auch Werbung für die Wahlen zu

machen. Denn es ist inkonsequent, einerseits immer wieder pauschal ein Demokratiedefizit der EU anzumahnen, aber auf der anderen Seite an den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht teilzunehmen. Und viel wichtiger: Mehr als die Hälfte aller Gesetze, die Grundlage für das Leben in Deutschland sind beziehungsweise werden, haben ihren Ausgangspunkt auf europäischer Ebene. Grund genug, sich mit den Europawahlen und den angebotenen Alternativen intensiv zu beschäftigen.

Im Rahmen des Info-Blocks wird die KAS neben den kontinuierlichen Informationen auf dem Themenportal Europa ([www.kas.de/europa](http://www.kas.de/europa)) auch einen Überblick über alle relevanten Parteien, die in den verschiedenen Ländern zu den Wahlen antreten werden, erstellen. In diesem Kontext beschäftigen wir uns intensiv mit rechtspopulistischen Parteien in Europa (vergleiche die Studie „Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg nationalpopulistischer Parteien in Europa“, <http://www.kas.de/wf/de/33.36200/>). Die Frage des Euro und die Argumente für unsere gemeinsame Währung haben wir in einem Leporello „Der Euro – Währung für Europa“ mit Informationen zu Grundlagen, Argumenten und Fakten zusammengefasst. Ab Februar dieses Jahres wird eine Ausstellung zur Geschichte der Europawahlen in verschiedenen Bildungsforen der Stiftung zu sehen sein. Kürzlich ist im Droste Verlag der von Hanns Jürgen Küsters herausgegebene Band „Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013)“ erschienen. Das Aufsatzkompodium widmet sich der Rolle führender deutscher Unionspolitiker im europäischen Einigungsprozess.

Werben für Europa wollen wir mit sogenannten „Europaforen“, zu denen wir europäische Spitzenpolitiker in die Bildungszentren der Stiftung einladen, um über ihre Erfahrungen mit dem vereinigten Europa zu sprechen. Zudem werden die neuen Medien von uns bedient. So wird es neben dem bereits existierenden Europa-Blog (<http://www.europaundwir.eu/>) einen Blogger-Wettbewerb zur Zukunft Europas geben, der gemeinsam mit der Zeitschrift *The European* durchgeführt wird. In kurzen Erklärfilmen auf YouTube („Mein Tag ohne die EU“) werden wir der Frage nachgehen, was uns alles fehlen würde, wenn es die EU nicht gäbe. Und analog zu den Aktivitäten der Stiftung anlässlich der Bundestagswahlen soll auch im Vorfeld der Europawahlen eine Kampagne über Facebook laufen, die dazu animieren soll, dass möglichst viele Bürger sagen: „Europa – Meine Wahl!“

Vor zehn Jahren haben zehn osteuropäische Staaten die Entscheidung für die EU vollzogen: An den 1. Mai 2004 werden wir ebenfalls mit zahlreichen Diskussionsrunden, Seminaren und Konferenzen in Deutschland, aber auch im osteuropäischen Ausland von Lettland über Polen bis Tschechien erinnern.

*Stefan Friedrich*  
*Leiter der AG Europa / Leiter Team Politikdialog und Analyse*  
*Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit*



FUNDSTÜCK







## „GIB GUMMI!“

GÜSt Hirschberg/Rudolphstein (A9), 10. November 1989: Das Foto dokumentiert den Augenblick nach der Öffnung der Grenzübergangsstelle, als Hunderte Trabis – umgangssprachlich „Rennpappen“ oder „Gehhilfen“ – „rübermachen“. Mit Vollgas geht es in die Freiheit. Fast scheint es, als würde sich die unendliche Anspannung, mit der das Ende des unmenschlichen DDR-Grenzregimes über Jahrzehnte herbeigesehnt worden war, in den Rauchschwaden der Zweitaktmotoren und Pneumant-Reifen auflösen. Umweltgesichtspunkte müssen erst einmal zurückstehen.

Die Zeiten, als Grenzen für viele Deutsche eine ebenso beklemmende wie bedrohliche Grunderfahrung waren, sind vorüber. Sie endeten bald vor einem Vierteljahrhundert, nachdem zunächst die Ungarn und die Tschechoslowaken den „Eisernen Vorhang“ durchlässig gemacht hatten.

Der Aufbruch in die Freiheit 1989 war ein europäischer Aufbruch. Über die „Finalität“ Europas hat damals wohl niemand viel nachgedacht. Hauptsache, man macht sich auf den Weg! Gemeinsam wird es sich finden.

Foto: © Museum Mödlareuth (Fotograf: Arndt R. Schaffner)

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2014  
zum Thema

# Inklusion

---

## Was geht und was geht nicht?

Hierzu schreiben unter anderen Bernd Ahrbeck,  
Klaus Klemm und Klaus Kaiser.  
Ein Interview mit Verena Bentele ist angefragt.

### IMPRESSUM

Nr. 524, Januar/Februar 2014, 59. Jahrgang, ISSN 0032-3446

#### DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

#### Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,  
Bernhard Vogel

#### Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

#### Geschäftsführung

Walter Bajohr

#### Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)  
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)  
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm  
Studentische Hilfskraft: Simone Ludewig

#### Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10  
rita.tuepper-fotiadis@kas.de  
cornelia.wurm@kas.de  
www.politische-meinung.de

#### Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,  
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34  
Faxnummer: (05 41) 31 04 40  
C.Brinkmann@fromm-os.de

#### Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

#### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH  
Agentur für Markenentwicklung, Berlin  
www.stanhema.com

#### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.  
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €  
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten  
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-  
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern  
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines  
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über  
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-  
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten  
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch  
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich  
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch  
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

Christine Bach, Michael  
Böhm, Guido Hitze,  
Ulrike Hospes, **Christoph  
Kösters**, Heinrich Küppers,  
Hanns Jürgen Küsters,  
Ulrich Lappenküper,  
Michael Martens, **Horst  
Möller**, Peter Molt, **Rudolf  
Morsey**, Klaus Dieter  
Naumann, Sönke Neitzel,  
**Paul Nolte**, Hans-Gert  
Pöttering, **Andreas  
Rödder**, Hilmar Sack,  
**Georges-Henri Soutou**,  
Wolfgang Tischner ...

**SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG ZUM  
ERSTEN WELTKRIEG AB APRIL AM KIOSK**